

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Hans-Heinrich Nolte

Wohin mit Osteuropa?

Überlegungen zur Neuordnung des Kontinents

Magarditsch A. Hatschikjan

Haßlieben und Spannungsgemeinschaften

Zum Verhältnis von Demokratien und Nationalismen
im neuen Osteuropa

Paul J. J. Welfens

Die Europäische Union

und die mittelosteuropäischen Länder:

Entwicklungen und wirtschaftspolitische Optionen

Jerzy Maćków

Die Normalisierung der neuen alten Nachbarschaft

Zum aktuellen Stand
der deutsch-polnischen Beziehungen

B 39/95

22. September 1995

Hans-Heinrich Nolte, Dr. phil., geb. 1938; Professor für Osteuropäische Geschichte an der Universität Hannover.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg.) *Internal Peripheries in European History*, Göttingen 1991; *Der Mensch gegen den Menschen. Überlegungen und Forschungen zum deutschen Überfall auf die Sowjetunion*, Hannover 1992; *Die eine Welt. Abriß der Geschichte des Internationalen Systems*, Hannover 1993²; (zus. mit Beate Eschment und Jens Vogt) *Nationenbildung östlich des Bug*, Hannover 1994; Aufsätze in englischen, russischen, tschechischen, polnischen sowie deutschen Sammelbänden und Zeitschriften.

Magarditsch A. Hatschikjan, Dr. phil., geb. 1951; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bereich Forschung und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin/Bonn.

Veröffentlichungen u. a.: *Osteuropa – ein nationalistischer Hexenkessel?*, in: *Außenpolitik*, 42 (1991) 3; (Hrsg. zus. mit Peter R. Weilemann) *Parteienlandschaften in Osteuropa. Politik, Parteien und Transformation in Ungarn, Polen, der Tschecho-Slowakei und Bulgarien 1989–1992*, Paderborn u. a. 1994; *Minen, Enträumung, Modernisierung. Anmerkungen zu Transformation und Nationalismus in Südosteuropa*, in: *Südosteuropa*, 43 (1994) 5; (Hrsg. zus. mit Peter R. Weilemann) *Nationalismen im Umbruch. Ethnizität, Staat und Politik im neuen Osteuropa*, Köln 1995.

Paul J. J. Welfens, Dr. rer. oec., geb. 1957; 1990/91 McCloy Distinguished Research Fellow am AICGS/The Johns Hopkins University, Washington (D. C.); danach Professor für Europäische Wirtschaftspolitik/Internationale Wirtschaft an der Universität Münster. Seit 1995 Professor für Wirtschaftspolitik, insbes. internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Universität Potsdam; Präsident des Europäischen Instituts für internationale Wirtschaftsbeziehungen.

Veröffentlichungen u. a.: *Internationalisierung von Wirtschaft und Wirtschaftspolitik*, Heidelberg 1990; *Market-oriented Systemic Transformations in Eastern Europe*, New York 1992; *Privatization and Foreign Direct Investment in Transforming Economies*, Aldershot 1994; (Hrsg. zus. mit Richard Tilly) *European Economic Integration as a Challenge to Industry and Government*, Heidelberg 1995; *European Monetary Integration*, New York 1995³; *Grundlagen der Wirtschaftspolitik*, Heidelberg 1995; (Hrsg.) *Economic Aspects of German Unification*, New York 1995².

Jerzy Maćków, Dr. phil., geb. 1961; Studium der Politikwissenschaft, Philosophie und neueren Geschichte in Poznań (Posen) und Hamburg; z. Z. wissenschaftlicher Assistent am Institut für Politikwissenschaft der Universität der Bundeswehr Hamburg.

Veröffentlichungen u. a.: *Die Krise des Totalitarismus in Polen*, Hamburg–Münster 1992.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/9 79 91 86, möglichst Telefax 06 51/9 79 91 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 7,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Wohin mit Osteuropa?

Überlegungen zur Neuordnung des Kontinents

I. Rückkehr zu alten Grenzen?

Der Zusammenbruch der UdSSR hat die Frage der Grenzen Europas neu aufgeworfen. Das alte europäische System hatte den Raum von Lissabon bis zum Ural – einschließlich der Kolonien, aber unter Ausschluß beider Amerikas – in Fragen von Politik und Macht nicht ohne Krisen, aber letztlich erfolgreich geordnet. Der deutsche Hegemonialversuch 1914–1945 hat dieses System gesprengt, als die USA einbezogen wurden, um Deutschland zu schlagen¹. Das Ende des alten Ordnungssystems kommt auch darin zum Ausdruck, daß an die Stelle der Gesamtkonferenzen europäischer Mächte, deren Tradition vom späten Mittelalter bis zum Berliner Kongreß reicht, die „Vereinten Nationen“ mit ihrem Sitz außerhalb des Kontinents traten. Während der Zeit des Kalten Krieges schien der Ost-West-Gegensatz diese neue Struktur des internationalen Systems noch einmal zu überlagern². Der Zusammenbruch der UdSSR machte jedoch deutlich, daß die behauptete Bipolarität in Wirklichkeit das Potential des „Ostens“ überfordert hatte, daß die Sowjetunion zwar militärisch, aber weder ökonomisch noch intellektuell, noch politisch einen Widerpart bilden konnte. Eine „Rückkehr“ zu einem „europäischen Haus“ von Madrid bis Moskau erwies sich aber ebenfalls als unmöglich, da die USA ökonomisch, intellektuell und nicht zuletzt politisch zum integralen Teil des Kontinents geworden sind. Kulturell haben sie ja nie aufgehört, zu Europa zu gehören, und von der Mentalität her mag mancher Deutsche sich in Illinois oder Minnesota mehr zu Hause fühlen als in Sizilien, Lublin oder Moskau³.

1 Vgl. Fritz Fischer, Bündnis der Eliten, Düsseldorf 1979; Andreas Hillgruber, Die gescheiterte Großmacht, Düsseldorf 1980; Klaus Hildebrandt, Deutsche Außenpolitik 1933–1945, Stuttgart 1980⁵, S. 9–19.

2 Vgl. Hans-Heinrich Nolte, Die eine Welt. Abriß der Geschichte des Internationalen Systems, Hannover 1993²; Paul Kennedy, Aufstieg und Fall der großen Mächte, Frankfurt a. M. 1991.

3 Dies ist der Platz, jenen amerikanischen Familien zu danken, die seit dem Krieg jungen Deutschen immer wieder die Möglichkeit gegeben haben, die Nähe zwischen der amerikanischen und der deutschen Kultur zu erfahren.

Die Zusammenfassung des gesamten, religiös wie kulturell überwiegend durch Christentum und Aufklärung geprägten Raumes zwischen Sydney und Santiago, Vancouver und Wladiwostok zu einem politischen Großblock kann jedoch nicht im Sinne der Stabilität der politischen Organisation „Weltsystem“ sein. Eine Konstellation, in welcher Europa und seine Siedlungskolonien auf der einen dem „Rest der Welt“ auf der anderen Seite gegenüberstehen würden, würde eher zu einer neuen Polarisierung führen: An die Stelle des überwundenen Ost-West-Konflikts könnte ein verschärfter Nord-Süd-Konflikt treten. Es ist daher wünschenswerter, daß unterhalb der Dachorganisation der Vereinten Nationen eine Vielfalt von Großregionen besteht, wie sie z. T. schon heute vorhanden sind. Aber in welche Großregionen soll der von Europäern (bzw. ihren Nachfahren) überwiegend bewohnte Teil der Welt aufgeteilt werden? Viele glaubten nach dem Ende der Blockkonfrontation im ersten Überschwang an eine Rückkehr zu alten Grenzen.

Aber welche „alten Grenzen“ sollten gelten? Die des Schisma von 1054 (obgleich das orthodoxe Griechenland zur EU gehört)? Die der Verbreitung deutschen Stadtrechts im späten Mittelalter (obgleich Bukarest dann nicht dazugehört)? Die der Ostgrenzen des Wiener Kongresses 1815 (obgleich Riga dann nicht dazugehört, von der polnischen Frage ganz zu schweigen)? Die der Friedensschlüsse 1920/21 (obgleich dann die Frage der Zugehörigkeit Ostgaliziens und der Karpato-Ukraine aktuell würde)?

II. Religion und Kultur als Ursachen für Grenzziehungen

Die Frage der Neuordnung Europas war schon in den achtziger Jahren aufgeworfen worden, als Intellektuelle aus Slowenien, der Tschechoslowakei, Ungarn und Polen dafür plädierten, ihre Länder zu Mitteleuropa und nicht zu Osteuropa zu zählen. So schrieb der tschechische Romancier Milan Kundera 1983 in einer französischen Zeitschrift, Mitteleuropa sei vom Osten „gekidnappt“ worden –

und der Westen habe es verraten⁴. Kundera definierte Mitteleuropa als die Länder Ungarn, Tschechoslowakei und Polen. Er sah dieses Mitteleuropa negativ gekennzeichnet durch die Gefahr aus dem Osten, insbesondere durch den Sozialismus, der inhaltlich als etwas Östliches aufgefaßt wurde – also als Westeuropa entgegengesetzt. Dagegen sei Mitteleuropa durch den Katholizismus mit Westeuropa verbunden, und auch der Protestantismus gehöre zur gemeinsamen „lateinischen“ Kultur; die Orthodoxie dagegen gehöre kulturell nicht zum Westen. Der Westen sei ferner durch ein Maximum an Formen auf einem Minimum an Raum, der Osten – insbesondere Rußland – jedoch durch ein Minimum an Formen auf einem Maximum an Raum gekennzeichnet.

Es waren also vor allem religionsgeschichtliche und kulturelle Argumente, die Kundera vorbrachte. Aber weder sind die Argumente im einzelnen alle überzeugend, noch kann man bei der Vielfalt der europäischen Kultur ohne große Schwierigkeiten überhaupt dafür votieren, Kulturgrenzen auch zu politischen Grenzen zu machen. Es ist ja nicht wirklich so, daß der Westen ein Maximum an Formen auf einem Minimum an Raum hervorgebracht hat, Rußland dagegen nicht. Kein Land östlich des Bug ist nach Religion und Ethnizität ähnlich homogen, wie die Länder Westeuropas in den letzten Jahrhunderten durch Genozide und Vertreibungen, durch Umsiedlungen und nicht zuletzt durch staatliche Schulpolitik gemacht worden sind. Während die Araber aus Spanien vertrieben wurden, blieben die Tataren in Kasan und die Kalmücken in Astrachan⁵; während die Juden in und durch Deutschland vernichtet wurden, überlebten sie in Rußland. Und wo blieben die Katholiken Schwedens und die Protestanten Frankreichs? Wer spricht heute in der Bretagne noch bretonisch oder in Schottland noch gälisch, so wie Tschuwaschen und Udmurten ihre eigenen Sprachen behalten haben?

Die Vorstellung, daß der Westen toleranter sei als der Osten⁶, mehr Formen akzeptiere, beruht auf einem Irrtum. Toleranz ist ja nichts Einfaches, und zwischen Tataren und Russen gibt es fraglos Probleme. Wenn die Spanier aber mit ihren Arabern

4 Milan Kundera, *Un occident kidnappé*, deutsch in: *Kommune 2*, (1984), S. 43–52. Vgl. Frank Gerterich/Christian Semler (Hrsg.), *Dazwischen. Ostmitteleuropäische Reflexionen*, Frankfurt a. M. 1984.

5 Vgl. Andreas Kappeler, *Rußland als Vielvölkerreich. Entstehung. Geschichte. Verfall*, München 1992; Hans-Heinrich Nolte/Beate Eschment/Jens Vogt, *Nationenbildung östlich des Bug*, Hannover 1994.

6 Vgl. Claus Scharf, *Konfessionelle Vielfalt und orthodoxe Autokratie*, in: *Festschrift für K. O. Freiherr von Aretin*, hrsg. von Ralph Melville u. a., Stuttgart 1988, S. 179–192.

solche Probleme nicht haben, dann nur deswegen, weil sie diese ausgetrieben haben. Gewiß können wir heute für uns in Anspruch nehmen, daß wir tolerant gegenüber den Juden sind – es gibt ja nur noch 50 000 in Deutschland. Und sicher, um zu Kundera zu kommen, die Tschechen haben heute keine Probleme mit ihrer deutschen Minderheit. Aber doch nur deswegen, weil sie vertrieben wurde. Die Vorstellung, Westeuropa sei besonders tolerant, ist also eher in einem kurzen Gedächtnis begründet.

Auch Kunderas Annahme, der Sozialismus sei etwas typisch Osteuropäisches/Russisches, läßt sich historisch kaum verteidigen. Der Sozialismus ist ein intellektuelles Konzept, das in Westeuropa erdacht und formuliert worden ist – in Köln, in Brüssel und vor allem durch einen deutschen getauften Juden, der in London arbeitete. Gewiß bedarf es eigener Überlegungen, warum dieses Konzept in Osteuropa durchgesetzt werden konnte⁷ – aber das ändert nichts daran, daß es aus dem Westen stammt.

Es gibt kaum eine kulturelle Grenze, die quer durch den Osten unseres Kontinentes verläuft und nicht auch den Westen betrifft: Der Limes teilte die Menschen zwischen Barbaren und römischen Bürgern entlang von Rhein, Donau und den Karpaten. Das Schisma von 1054 teilte die Christenheit in eine griechische und eine lateinische Orthodoxie entlang von Narwe, Bug, Karpaten, Save und Una. Im späten Mittelalter, als Byzanz kaum noch Macht ausübte und Rußland von den Mongolen unterworfen war, erlebten die verschiedenen Königreiche zwischen Polen und Bulgarien Perioden der Expansion und des Glanzes. Aber Expansion und Glanz gingen in der Regel auf Kosten der jeweiligen Nachbarn innerhalb des Raumes – Deutsche eroberten die baltischen Länder, Polen annektierte die Ukraine, Ungarn Belgrad. Wieder entstanden lange wirksame kulturelle Einflüsse – wie der deutsche in Lettland und Estland, der schwedische in Finnland oder der polnische in der Westukraine.

Im Verlauf der Frühen Neuzeit wurde der Raum Osteuropas aufgeteilt zwischen dem osmanischen, russischen und habsburgischen Imperium sowie dem Königreich Preußen. Die religiösen und kulturellen Differenzen wurden in dieser Periode vermehrt: Die baltischen Länder und Teile Ungarns wurden protestantisch, Bosnien und Albanien muslimisch, und jene Juden, die aus Mitteleuropa und Spanien vertrieben wurden, fanden hier eine

7 Vgl. Bernd Bonwetsch, *Die russische Revolution 1917*, Darmstadt 1991.

Zuflucht: die Sefardim südlich, die Aschkenasim nördlich der Donau. Die Vernichtung der Juden Osteuropas durch Deutsche hat dann eine Leere hervorgebracht, die diesen Raum noch heute in einer eigentümlichen Weise kennzeichnet. Vorher hatte die Eroberung des Südostens durch die Osmanen und Böhmens durch die Habsburger zur Folge gehabt, daß die einheimischen Adelsschichten entweder vertrieben, reichstreu oder aber ausgerottet wurden – die sich hier neu bildenden Nationen des 19. und 20. Jahrhunderts besaßen also nur noch einen schwachen Adel⁸.

Folgt man den religiösen Zusammenhängen, dann gingen ebenfalls viele jener Grenzen durch Osteuropa, welche auch Westeuropa zerteilten: Die lutherische Welt reichte von Hannover und Wittenberg bis Stockholm und Reval, aber auch bis Kronstadt. Die calvinistische Welt reichte von Edingburgh und Genf bis Debrecen und Raków. Die katholische Welt erstreckte sich von Lissabon bis Wilna und von Dublin bis Agram. Die Orthodoxie bildete einen regional begrenzten Raum, der Europa mit Asien verband.

Die Spaltung, welche die Reformation in der Christenheit verursacht hat, war tiefer, als das Schisma – die Trennung zwischen Rom und den vier östlichen Patriarchaten Konstantinopel, Antiochien, Jerusalem und Alexandrien. Für beide alte Kirchen war der Protestantismus eine Häresie⁹. Sowohl die römische wie die griechische Kirche akzeptieren die ersten Konzilien; als Luther sagte, daß auch ein Konzil irren könne, verließ er diesen gemeinsamen Boden. Es gibt durchaus wichtige Differenzen zwischen der römischen und der griechischen Kirche; die politisch wichtigste ist vielleicht, daß die Kirche im Osten nicht jenen Grad von Unabhängigkeit vom Staat erreicht hat wie die römische. Aber auch hier ist die Differenz zum Protestantismus größer. In der Orthodoxie war der Patriarch das zwar machtmäßig unterlegene, aber geistlich führende Gegenüber des Kaisers oder des Zaren. In den protestantischen Kirchen war der Landesfürst „*summus episcopus*“, der höchste Bischof in äußeren Dingen. Das war ein Grad der Abhängigkeit der Kirche vom Landesfürsten, den es in keiner griechisch-orthodoxen Kirche gab –

8 Vgl. zu dieser Perspektive Orest Subtelny, *Domination of Eastern Europe. Native Nobilities and Foreign Absolutism*, Kingston 1986; Piotr S. Wandycz, *The Price of Freedom. A History of East-Central Europe*, London 1992.

9 Dies wird z. B. daran deutlich, daß Protestanten bei der Aufnahme in die orthodoxe Kirche (bis zu Peter I.) neu getauft, Katholiken jedoch nur gesalbt werden mußten; vgl. Hans-Heinrich Nolte, *Religiöse Toleranz in Rußland*, Göttingen 1969, S. 108–115.

sieht man davon ab, daß Peter der Große die Russisch-Orthodoxe Kirche nach dem Vorbild der lutherischen Kirche reformierte und in einen ähnlichen Zustand von Abhängigkeit brachte¹⁰.

Soweit Kultur bis auf den heutigen Tag von Religion bestimmt wird – und das ist zu einem beträchtlichen Grad der Fall –, gibt es fünf Europas:

1. das *griechisch-orthodoxe Europa* östlich der Trennungslinie von 1054;
2. das *lateinisch-orthodoxe Europa*, das den Süden des Kontinents bestimmt und bis Irland und Litauen in den Norden hinaufreicht;
3. das *protestantische Europa* mit seinen Zentren in Deutschland, Holland, England, der Schweiz und Skandinavien bis Estland und Lettland;
4. das *jüdische Europa*, das den Holocaust in London und Paris, aber auch in Moskau und Petersburg überlebt hat;
5. das *muslimische Europa* mit seinen alten, nunmehr bedrohten und z. T. vernichteten Enklaven in Bosnien und neu auf unsicherem Grund entstehenden, wie beispielsweise in den Pariser Vorstädten oder Berlin-Kreuzberg¹¹.

Seit langem aber ist Kultur in Europa nicht allein durch die Religion geprägt, sondern auch durch jene Bewegung der Säkularisierung, Ernüchterung und Individualisierung, welche im späten Mittelalter in Italien begann und sich seit der Frühen Neuzeit von England und Frankreich nach Süden und Osten, nach Spanien und Rußland ausgebreitet hat. Diese Bewegung hat die alten Differenzen mit neuen überlagert; mit neuen Schismata und Häresien, deren Grenzen noch einmal neu den Kontinent in Provinzen gliedern. Die Betonung z. B. der besonderen Eigenschaften Westeuropas stammt u. a. von Ranke, der die Entstehung des kulturellen Europas auf das Zusammentreffen germanischer und romanischer Elemente im Mittelalter zurückgeführt hat. Die Slawophilen des 19. Jahrhunderts haben weniger Rankes Sichtweise in Frage gestellt, als für die slawische Welt einen eigenen, vom Westen unterschiedenen Kulturkreis in Anspruch genommen. Sie meinten, das

10 Vgl. Igor Smolitsch, *Geschichte der Russischen Kirche 1700–1917*, Leiden 1964, S. 118–120.

11 Bis zum Ende der Frühen Neuzeit konnte es in Westeuropa zweifelhaft sein, ob der Islam Teil der europäischen Kultur sei, während es in Osteuropa damals große muslimische Gruppen gab. Seitdem in Frankreich, England und Deutschland mehrere Millionen Mitglieder starke muslimische Gemeinden etabliert sind, kann die Zugehörigkeit nicht mehr in Frage gestellt werden, ohne zugleich den humanistischen Anspruch der europäischen Kultur in Frage zu stellen.

Wesen der Slawen sei friedlicher und gemeinschaftlicher, toleranter und weniger durch Individualismus und Klassenkampf geprägt als der Westen¹². Dieses Selbstbild der Slawen wurde dann durch den Stalinismus gründlich widerlegt. Die Massenverfolgungen der Stalinzeit reihen sich durchaus „würdig“ ein in die Reihe von Judenvertreibungen und Kreuzzügen, die den Westen gekennzeichnet haben. Was Rußland im 19. Jahrhundert vielleicht an Klassenkampf gegenüber Frankreich nachzuholen hatte, hat es im 20. gründlich besorgt; jedenfalls blieb auch Rußland jene Ernüchterung nicht erspart, welche die intellektuelle Entwicklung des Westens gekennzeichnet hat¹³.

Was Europas Kultur vor allem kennzeichnet, ist sicherlich ihre Vielfalt. Die historischen Kulturgrenzen eignen sich deshalb nur schlecht als Anhaltspunkte für aktuelle politische Gliederungen des Kontinentes. Vielleicht kann man sogar noch weiter gehen und sagen, daß es wenig empfehlenswert ist, diese kulturellen Differenzen heute hervorzuholen und ihnen eine neue Bedeutung zu geben, indem man etwa die katholischen Länder Osteuropas in die Europäische Union aufnimmt und die orthodoxen nicht oder indem man Muslime zwar als Minderheit im eigenen Land hat, mehrheitlich muslimische Länder wie Bosnien oder Albanien jedoch nicht als Teile Europas begreift. Indem man alte Kulturgrenzen zu Teilkriterien macht, überhöht man sie ideologisch; aus solchen Abgrenzungen kann leicht nationaler Fanatismus entstehen¹⁴. Die Aktualisierung der orthodox-muslimischen Differenzen im ehemaligen Jugoslawien zeigt die Folgen einer solchen Politik.

Kulturell begründete Abgrenzungen sollten bei der Strukturierung Europas also eher vermieden werden – nicht, weil Kultur und Religion nicht wichtig wären, sondern eher aus dem gegenteiligen Argumentationszusammenhang heraus: weil Religion und Kultur so tief verankerte Orientierungen anbieten, daß man ihre Kapazität zur Lösung politischer Probleme in weithin säkularen Gesellschaften leicht überschätzt.

12 Vgl. die Textsammlung von Dmitry Tschizewski/Dieter Groh (Hrsg.), *Europa und Rußland*, Darmstadt 1959; als Einstieg in die neuere Debatte: Karl Schlögel (Hrsg.), *Wegzeichen*, Frankfurt a. M. 1990.

13 Vgl. Thomas G. Masaryk, *Zur russischen Geschichts- und Religionsphilosophie*, Bd. 1–2, Jena 1913 (Nachdruck Düsseldorf 1965); Hans-Heinrich Nolte, *Einsamkeit und Pathos. Zur Geistesgeschichte halb-peripherer Länder*, erscheint in: *Comparativ*, Leipzig 1995.

14 Vgl. als umfassende Übersicht André Gerrits/Nanci Adler (Hrsg.), *Vampires Unstaked. National Images, Stereotypes and Myths in East Central Europe*, Koninklijke Nederlandse Akademie van Wetenschappen, Amsterdam 1995.

III. Die Wirtschafts- und Sozialverfassung als regionale Gliederung

Insbesondere im Außenhandel wurde die in der Frühen Neuzeit entstehende regionale Arbeitsteilung zwischen dem Westen und dem Osten deutlich: Polen, Pommern und Mecklenburg exportierten Getreide, Rußland und Schweden Marinebedarfsgüter nach England oder Holland¹⁵. In diesen Ländern wurde vor allem der Handel mit hochwertigen Gütern¹⁶ organisiert.

Die Regionalisierung Europas nach sozialökonomischen Kriterien nahm im 19. Jahrhundert weiter zu. Nach Schätzungen der Durchschnittseinkommen hatte Rußland am Anfang des 19. Jahrhunderts 49 Prozent, Österreich-Ungarn 51 Prozent und der Westen des Kontinents 61 Prozent des Pro-Kopf-Einkommens von England erreicht. 1861 betrug die Relation 32 Prozent für Rußland, 51 Prozent für Österreich-Ungarn und 81 Prozent für das kontinentale Westeuropa. Die Unterschiede zwischen England und Rußland hatten sich demnach verschärft, während die zwischen England und Westeuropa gemildert worden waren¹⁷. Die Ostgrenze Deutschlands und Österreichs war zu einer Kulturgrenze geworden; sie wurde dies noch mehr bis zum Ende des Jahrhunderts. Man kann das noch heute in alten Atlanten nachvollziehen, z. B. anhand der vielen Eisenbahnlinien, die an der deutschen Grenze zu Kongreßpolen aufhörten. Seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde Deutschland zu einem Land des Zentrums, mit hohem Lebensstandard und führend in der Produktion von kapitalintensiven Gütern¹⁸.

Viele Deutsche verstanden diesen Machtanstieg als Folge und Bestätigung ihres Nationalcharakters. In dieser Situation wurde der Begriff „Mitteleuropa“ geprägt; am deutlichsten von Friedrich Naumann. Gemeint war der Raum, den deutsche Kultur mit bestimmt hatte: neben Deutschland Österreich-Ungarn, das westliche Polen und das Baltikum; im Westen die Beneluxstaaten oder

15 Vgl. J. Ph. Lemmink/J. v. Koningsbrugge (Hrsg.), *Baltic Affairs*, Nijmegen 1990.

16 Vgl. Hans-Jürgen Nitze (Hrsg.), *The Early Modern World System in Geographical Perspective*, Göttingen 1993.

17 Vgl. Ivan T. Berend/Györgi Ranki, *East Central Europe in the 19th and 20th centuries*, Budapest 1977 (Daten S. 86–101).

18 Vgl. Andrew B. Tylecotte, *German Ascent and British Decline 1870–1980*, in: Edward Friedmann (Ed.), *Ascent and Decline in the World-System*, Beverly Hills 1982, S. 41–68.

wenigstens Belgien, das ja bis 1795 zum Reich gehört hatte. Die Mitteleuropa-Idee hatte auch eine soziale Komponente – viele gingen davon aus, daß deutscher Kapitalismus sich von dem englischen Manchestertum wesentlich unterscheidet; in Deutschland sollte der Staat eine stärkere Rolle spielen und der Kapitalismus durch die Sozialgesetzgebung stärker am Wohl der Menschen orientiert werden. Es gab für die Mitteleuropa-Idee also durchaus Argumente. Aber traf der nationale Erklärungsansatz den Kern? Die Welt war und ist in sozialökonomischer Hinsicht viel eher als ein in Kreisen organisiertes System zu erklären als aus dem Beitrag einzelner Nationen¹⁹.

Die Ausbreitung von Kapitalismus und Industrialisierung ging nicht gleichmäßig vor sich. Innere Peripherien – wie Irland oder Mecklenburg – entstanden, deren Produktion auf Zuliefergüter für die jeweiligen Zentren ausgerichtet wurde, mit denen sie nicht konkurrieren konnten²⁰. Viele periphere oder halbperiphere Länder kamen über Jahrhunderte hinweg nicht aus dieser Rolle zugeordneten Wirtschaftens hinaus – trotz vielfältiger Anstrengungen²¹. Der am ehesten erfolversprechende Weg bestand aus einer Mischung aus Agrarreform, staatlicher Förderung der Infrastruktur sowie maßvollem Schutz „junger“ Industrien vor dem Weltmarkt – aber nicht in einer Abschottung gegen ihn. Mitentscheidend war, ob diejenigen Eliten im Land sich politisch durchsetzten, welche die ökonomisch für das jeweilige Land angemessenen Entscheidungen trafen²². Das klassische Theorem der komparativen Kostenvorteile eines weniger industrialisierten Gebiets und des daraus fast automatisch folgenden Aufstiegs eines halbperipheren oder peripheren Raums wurde nur selten bestätigt; in der Regel hat die Hierarchie des Systems große Zählebigkeit gezeigt – Verhältnisse von „langer Dauer“, um Fernand Braudel zu zitieren²³.

Die Hierarchie der Regionen ist sehr vielfältig und fein abgestuft. Wenn man die eigentliche Periphe-

rie für Europa hier beiseite läßt, so kann man zwei Großregionen bestimmen (im Sinn einer Generalisierung vieler unterschiedlicher und z.T. auch widersprüchlicher Daten)²⁴:

1. Im Zentrum des europäischen Weltsystems wurden die meisten Warenketten organisiert und kontrolliert, z.B. im 19. Jahrhundert die Produktion und der Export von Tuch in viele Länder. Für diese Ware mußte die Baumwolle in den Südstaaten der USA, Ägypten oder Indien angebaut und auf den Markt gebracht werden, mußte Kohle gefördert, mußten Dampfmaschinen gebaut und Fabriken erstellt, mußten Handelswege politisch und militärisch gesichert werden etc.
2. Die Länder der Halbperipherie (man könnte auch sagen: die Länder des Halbzentrums) konnten vielfältig Prozesse konkurrierender Imitation fördern, ihre eigene Baumwollindustrie mit Zöllen schützen und die neuen Produktionsmethoden der Montanindustrie ins Land holen. Aber ihr Export auf dem Weltmarkt bestand überwiegend aus Rohstoffen – Getreide oder Tabak, Wein oder Wolle, Erdöl oder Eisenerz. Die Exporte aus der Halbperipherie waren also oft Waren, bei denen man nicht viel Kompetenzen akkumulieren, nicht viel Kenntnisse und Macht anhäufen konnte. Selbst die Organisation dieser Exporte lag oft in der Hand ausländischen Kapitals. Und jene Waren, bei deren Herstellung technologisches Wissen entstand – z.B. die Hüttenwerke und Werften, die Rußland in Belgien oder in Frankreich kaufte –, wurden im Zentrum von belgischen oder französischen Ingenieuren geplant und entwickelt.

Mit der Ausnahme Österreichs und Böhmens gehörten alle 1918 bis 1921 neu entstandenen Länder zur Halbperipherie – ob ihr Export mehr aus Steinkohle und Mastvieh bestand wie in Polen oder aus Tabak und Rosenöl wie in Bulgarien. Aldcroft und Morewood schreiben von „Agricultural Europe“ im Unterschied zu „Industrial Europe“ und rechnen neben den Ländern Ostmitteleuropas auch Italien, Spanien und Portugal dazu²⁵. In der Zwischenkriegszeit erklärten die Länder Ostmitteleuropas Industrialisierung und wirtschaftlichen Aufstieg zu ihrem politischen Ziel und suchten es meist mit Hilfe von Staatsunternehmen zu erreichen; Polen hatte z.B. am Ende der dreißiger Jahre vermutlich die höchste Staatsquote in der

19 Vgl. Immanuel Wallerstein, *The Modern World System*, 3 Bde., New York 1974–1989; H.-J. Nitze (Anm. 16).

20 Vgl. Hans-Heinrich Nolte (Hrsg.), *Internal Peripheries in European History*, Göttingen 1991.

21 Für den russischen Fall vgl. Hans-Heinrich Nolte, *Tradition des Rückstands. Ein halbes Jahrtausend Rußland und der Westen*, in: *Vierteljahresschrift für Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, 78 (1991), S. 66–77.

22 Vgl. Dieter Senghaas, *Von Europa lernen*, Frankfurt a. M. 1982; Clemens Dillmann, *Von Europa lernen?*, Pfaffenhofen 1992.

23 Vgl. Fernand Braudel, *Die Dynamik des Kapitalismus*, Stuttgart 1986, S. 14 u. ö.; ders. (Hrsg.), *Europa – Bausteine seiner Geschichte*, Frankfurt a. M. 1989.

24 Vgl. H.-H. Nolte (Anm. 2).

25 Derek H. Aldcroft/Steven Morewood, *Economic Change in Eastern Europe since 1918*, Aldershot 1995, S. 43.

Industrie außerhalb der UdSSR²⁶. Aber es gelang nicht, die Abstände zu verringern; das Pro-Kopf-Nationalprodukt lag meist zwischen 30 und 40 Prozent von dem des Westens, und der Schuldendienst für auswärtige Kredite überstieg in der Regel ein Drittel der Exporterlöse²⁷.

Die halbperiphere Lage hatte Ostmitteleuropa mit der UdSSR gemeinsam, auch wenn es sicher graduelle Unterschiede gab. Auch die Sowjetunion konnte auf dem Weltmarkt wenig absetzen außer Rohstoffen. Obwohl die sowjetische Führung den Staat zum sozialistischen Gegenzentrum des Kapitalismus entwickeln wollte, blieb er doch ein bloßer Zulieferer für den Weltmarkt²⁸. Deutschland beutete die UdSSR – soweit sie nach 1941 erobert wurde – nach denselben Kriterien aus wie Polen oder Serbien (nämlich als Lieferant von Rohstoffen und billiger Arbeitskraft), während die böhmische und die französische Industrie z. B. durchaus für Endprodukte eingespannt wurden.

Nach ihrem Sieg 1945 hat die UdSSR ihre monopolsozialistische Struktur den ostmitteleuropäischen Ländern übergestülpt. Für alte Industrie-Regionen des Kerns wie Böhmen oder Sachsen lag darin von Anfang an ein Verlust an Status und Kompetenz, der auch heute noch nur schwer zu verkraften ist. Für die Länder des „Agricultural Europe“ bildete die stalinistische Variante wenigstens überhaupt eine Form der Industrialisierung. Im Fall Polens kam hinzu, daß die Abtrennung der weniger produktiven polnischen und die Inbesitznahme der produktiveren deutschen Ostprovinzen eine grundlegende Verbesserung der Agrarstruktur und eine Verdoppelung der industriellen Basis ermöglichte: 1949 betrug die Industrieproduktion pro Kopf 230 Prozent, die Agrarproduktion 122 Prozent jener der Jahre zwischen 1934 und 1938. In allen osteuropäischen Ländern gelangen die ersten Fünfjahrespläne – allerdings nicht ohne jene langfristigen Schwächen hervorzubringen, welche später unübersehbar wurden: die Überbetonung des Investitionsgütersektors, die Förderung der Quantität auf Kosten der Qualität, die geringe Flexibilität der Planwirtschaft und der Abbau persönlicher Initiative²⁹.

Ostmitteleuropa trägt also noch heute die Formen wie die Konsequenzen der stalinistischen Industrialisierung mit sich. Daß hier schnell jener Grad an industrieller Kompetenz und Konkurrenzfähig-

keit, an Arbeitsproduktivität und Innovationskapazität erreicht werden könnte, wie sie für den Westen kennzeichnend sind, ist wenig wahrscheinlich. Um nur das Beispiel der Innovationen anzusprechen: 1989 wurden aus Polen 11 europäische Patente angemeldet, aus der Bundesrepublik dagegen 5 610 und aus Japan 3 666 ...³⁰.

Auf dem Weg zu mehr Marktwirtschaft haben die Länder Osteuropas unterschiedliche Strategien verfolgt und in unterschiedlichem Ausmaß Erfolge aufweisen können³¹. Es liegt trotzdem nahe, zu denken, daß die Probleme Osteuropas auch nach dem Zusammenbruch des Monopolsozialismus zu einem solchen Ausmaß gemeinsame sind, daß es sich anbietet, in der Wirtschaftsentwicklung zusammenzugehen. Da die Europäische Union auch die über ein Jahrzehnt alten Beitrittswünsche der Türkei auf absehbare Zeit nicht erfüllen wird, liegt die zusätzliche Überlegung nahe, daß dieses durch seine halbperipheren Strukturen teilweise ähnlich geprägte Land einer neu zu schaffenden Wirtschaftsunion der Länder östlich der Oder beitreten könnte. Ökonomisch wäre ein Großraum vom Mittel- zum Eismeer und von der Ostsee zum Pazifik groß genug, einen sinnvollen Schutz eigener Industrien gegen Japan, die USA und Westeuropa zu organisieren. Politisch haben fast alle diese Staaten Probleme beim Aufbau demokratischer Nationalstaaten bzw. bei der Entlassung nicht integrationswilliger Minderheiten in die begrenzte Souveränität heutiger Nationen.

Für die sozialökonomischen Probleme der Großregion östlich der Oder verspräche ein solcher einigermaßen homogener Wirtschaftsraum gute Lösungschancen. Wenn Länder im 19. und 20. Jahrhundert den Aufstieg geschafft haben, dann oft mit einer Mischung aus Markt, staatlicher Steuerung und Sicherung, aber nicht durch Abschottung nach außen³². Am Ende des 20. Jahrhunderts allerdings haben selbst mittlere Nationalstaaten nicht mehr die günstigste Größenordnung für solch eine Politik, auch wenn manche Kleinstaaten ihr Heil noch in Lücken auf dem Weltmarkt suchen können. Heute braucht man große Einheiten, um gegen Konkurrenzmacht bestehen zu können.

26 Vgl. ebd., S. 77.

27 Vgl. ebd., S. 56.

28 Vgl. Klaus von Beyme, Die Sowjetunion in der Weltpolitik, München 1983, S. 92–103.

29 Vgl. D. H. Aldcroft/St. Morewood (Anm. 25), S. 125–127.

30 Vgl. ebd., S. 186. Der Indikator Patente deutet nicht auf natürliche Begabungen, sondern unter den Bedingungen heutiger Wissenschaft und Technik auf den Standard von Forschungsinstitutionen hin.

31 Vgl. hierzu die vorzügliche Übersicht von Werner Weidenfeld (Hrsg.), Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa, Bonn 1995 (= Schriftenreihe der Bundeszentrale, Band 329).

32 Vgl. Dieter Senhaas, Vom Nutzen und Elend der Nationalismen im Leben von Völkern, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31–32/92, S. 23–32.

IV. Politik und Macht

Die Geschichte Osteuropas als Teil jenes europäischen Systems, das im Hochmittelalter entstand³³, war zu einem beträchtlichen Teil durch Rückständigkeit geprägt. Rückständigkeit ist ein Begriff, der Relativität bezeichnet³⁴; und er gilt auch nur in diesem Sinn. Im Verhältnis zum Zentrum des europäischen Systems waren die osteuropäischen Gesellschaften oft genötigt, sich damit auseinanderzusetzen, daß westeuropäische Mächte militärisch und wirtschaftlich leistungsfähiger waren und dies auch zu Angriffen nutzten – von der Vernichtung des Byzantinischen Reichs im 4. Kreuzzug bis zum deutschen Versuch, ganz Osteuropa zu unterwerfen. Zu der Schwierigkeit, an den Entwicklungen des Westens gleichberechtigt und gleichzeitig teilzunehmen, kam die Tatsache, daß die osteuropäischen Gesellschaften oft zu Zweifrontenkriegen gezwungen waren – sie mußten sich gleichzeitig gegen westliche und östliche Mächte, gegen die deutsche Ostexpansion und den Angriff der Mongolen, gegen das Osmanische Imperium und Habsburg verteidigen. Und sie mußten sich gegeneinander verteidigen, denn sie waren auch nie untereinander einig.

Die osteuropäische Geschichte ist deshalb immer wieder durch ein „Sichbehaupten“ gekennzeichnet. Dabei gab es durchaus große welthistorische Versuche: In Böhmen wurde im 15. Jahrhundert mit der Reformation begonnen, der Übersetzung der Bibel in die Landessprache, der Kritik am Besitz der Kirche. Polen bildete im 16. und 17. Jahrhundert das Musterbeispiel für einen adligen Parlamentarismus, der zehn Prozent der Bevölkerung zu politischer Partizipation führte und in welchem die Macht der Monarchie eng begrenzt wurde. Rußland versuchte im 20. Jahrhundert eine Gesellschaft aufzubauen, die nach ganz anderen Kriterien organisiert war als der Kapitalismus und die die Entfremdung und Ausbeutung des Menschen beenden sollte.

Alle diese Versuche scheiterten. Die Reformation hatte erst Erfolg, als sie ein Jahrhundert später in Deutschland begonnen wurde. Der Parlamentarismus begann seinen Siegeszug erst, als er in der

33 Vgl. einführend Klaus Zernack, *Osteuropa*, München 1977; Bernd Bonwetsch/Manfred Grieger (Hrsg.), *Was früher hinterm Eisernen Vorhang lag*, Dortmund 1991.

34 Vgl. Daniel Chirot (Hrsg.), *The Origins of Backwardness in Eastern Europe*, Berkeley 1989; Manfred Hildermeier, *Das Privileg der Rückständigkeit*, in: *Historische Zeitschrift*, (1987) 244, S. 557–603.

Mitte und zum Ende des 17. Jahrhunderts in England durchgesetzt wurde gegen Versuche, auch dort den Absolutismus zu etablieren. Und ob es für sozialistische Konzepte noch eine Zukunft gibt oder nicht, das wird wohl erst das 21. Jahrhundert lehren.

Aber trotz solcher Katastrophen wie der zwangsweisen Rekatholisierung Böhmens, den Teilungen Polens oder dem Zusammenbruch des Monopolsozialismus haben die Gesellschaften Osteuropas sich behauptet. Böhmen wurde nicht deutsch – was am Anfang des 15. Jahrhunderts durchaus einmal möglich schien. Polen wurde nicht russisch, wie man es in Petersburg anstrebte. Und Rußland wurde nicht in Reichskommissariate zerlegt, wie man es in Berlin geplant hatte.

Politische Macht im europäischen System war keineswegs eine bloße Funktion der Hierarchie der Großregionen. Militärisch entscheidend war vielmehr, daß alle europäischen Staaten in der Lage waren, gegeneinander Krieg zu führen; daß die strategische Lage einer Macht, der „Geist“ einer Armee, die Klugheit oder Torheit der Mächtigen von Bedeutung sind; daß Quantität gegen Qualität ausgespielt werden kann. Rußland hat im europäischen Konzert lange mehr Macht besessen als die Deutschen, obgleich diese in der Regel ökonomisch leistungsfähiger waren. Das Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland war deshalb oft durch eine doppelte Asymmetrie gekennzeichnet, die einerseits in den Vormärschen russischer Truppen bis in die Mitte Deutschlands – von Peters I. Armeen in Mecklenburg bis zur Roten Armee in Thüringen –, andererseits in der ökonomischen Überlegenheit Deutschlands ihren Ausdruck fand³⁵.

Während in Mittel- und Osteuropa die absolutistischen Regierungen – allen voran Rußland, Österreich und Preußen – die ständischen Staaten im 17. und 18. Jahrhundert besiegten und schließlich unter sich aufteilten, wurden in Westeuropa – wo insgesamt mehr Mittel verfügbar und mehr Menschen zur Teilnahme an der Politik in der Lage waren – ständische Reichstage und Landtage in Richtung auf den demokratischen Parlamentarismus hin entwickelt. Das Bedürfnis, zwischen West- und Osteuropa zu unterscheiden, erhielt mit der Durchsetzung der Republik in Frankreich und dem Sturz der Republik in Polen eine politische Strukturkomponente. Während der Westen im 19. Jahr-

35 Vgl. Hans-Heinrich Nolte, *Die doppelte Asymmetrie. Zur historischen Struktur des russisch-deutschen Verhältnisses*, in: *Forschungen zur osteuropäischen Geschichte*, 48 (1993), S. 141–158.

hundert demokratisch wurde, blieb der Osten spät-absolutistisch. Deutschland lag tatsächlich in der Mitte – erste Demokratisierungen gelangen erst im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, und auch dann verblieben noch beträchtliche „Reservatrechte“ der Monarchen.

Mitteleuropa war ein angemessener Begriff, um diesen politischen und wirtschaftlichen Übergangsraum zu bezeichnen. Damit war zugleich ein Gebiet benannt, das bei kluger und vorsichtiger Politik aufgrund des Macht- und Wirtschaftspotentials Deutschlands am Ende des 19. Jahrhunderts vermutlich als deutscher Einflußbereich hätte organisiert werden können – nicht als formeller Herrschaftsraum, aber als „informal Empire“. Deutschland scheiterte jedoch mit dem Versuch, Mitteleuropa als Basis für eine Weltmachtstellung zu nutzen, da das deutsche Potential – auch einschließlich des Potentials der nichtdeutschen Völker des Raumes – damit deutlich überfordert war³⁶. Nach diesem Scheitern im Ersten Weltkrieg – dem allerdings der Sieg gegen das zaristische Rußland vorausgegangen war – wurde der Raum in Versailles gegen Rußland bzw. die Sowjetunion und gegen das Deutsche Reich in einer Kette souveräner Nationalstaaten organisiert. Der polnische Historiker Oskar Halecki hat damals für diese Staaten den Begriff „Ostmitteleuropa“ geprägt: das Europa zwischen Deutschland und Rußland³⁷.

Ostmitteleuropa als ein Deutschland ausschließender Begriff besaß in der Periode zwischen Versailles und München große Plausibilität. Damit waren alle Länder zusammengefaßt, welche den Machtanstieg Deutschlands oder der UdSSR zu fürchten hatten. Dies waren ganz überwiegend „neue“ Nationen mit unerfahrenen Staatsbürokratien, mit einem großen, aber am Niveau Deutschlands oder der UdSSR gemessen doch schwachen Militärapparat, mit dringenden sozialen Nöten und großen ethnischen Minderheiten. Kulturell waren die Länder sehr unterschiedlich – lutherisch, katholisch, orthodox oder muslimisch geprägt, von säkularisierten Eliten geführt oder von religiösen, mit demokratischen oder autoritären politischen Traditionen. Aber sie waren alle in einer ähnlichen politischen Lage – fast jedes hatte territoriale Ansprüche gegen den Nachbarn, niemals fand man zu einem Bündnis aller, und alle suchten Bündnisse mit Mächten außerhalb des Raums – ob es nun Frankreich, Italien oder Deutschland war.

36 Vgl. P. Kennedy (Anm. 2), Kapitel 5 und 6.

37 Vgl. Oskar Halecki, Grenzraum des Abendlandes, Salzburg 1956.

Ostmitteleuropa als Kette souveräner Nationalstaaten wurde von Deutschland mit Duldung durch die Westmächte (München)³⁸ und in Komplizenschaft mit der UdSSR (deutsch-sowjetischer Nichtangriffsvertrag)³⁹ zerstört. Ostmitteleuropa als deutsches Herrschaftsgebilde⁴⁰ wurde durch die militärische Überlegenheit der UdSSR – im Bündnis mit den Westmächten – zerschlagen. Diese sowjetische militärische Überlegenheit beruhte eher auf quantitativer Zusammenfassung der Mittel als auf qualitativen Vorsprüngen und wäre ohne deutsche Führungsfehler nicht derart wirksam geworden⁴¹. Sie bildete die Grundlage der sowjetischen Vorherrschaft nach 1944/45. Daß die sowjetische Führung glaubte, ihre Überlegenheit gründe sich auf ein historisch fortschrittlicheres sozialökonomisches System, hat zwar die konkrete Ausübung von Herrschaft strukturiert, aber nicht begründet.

Der Zwiespalt zwischen internationalistischer, sozialistischer Begründung von Herrschaft und der Realität staatlicher (nationaler) militärischer Macht gehörte zu jenen Rissen im System, welche die kritische Intelligenz Ostmitteleuropas aufzeigte und erweiterte. Insbesondere die polnische Intelligenz ging hier voran; Jacek Kuron und Karol Modzelewski kritisierten den „real vorhandenen Sozialismus“ schon 1963 als „Monopolsozialismus“⁴². Sie bereiteten damit jenes intellektuell offene Klima vor, aus dem heraus Polen in den achtziger Jahren in großer nationaler Geschlossenheit nicht nur die sowjetische Vorherrschaft, sondern zunehmend den Sozialismus als System bekämpfte⁴³. Tschechen, Ungarn und Slowenen folgten. Es lag nahe, für den Befreiungskampf gegen die UdSSR auf Geschichtsbilder zurückzugreifen, welche die Differenz zu Osteuropa im engeren Sinne und insbesondere zu Rußland herausstellten.

Solange die Führung des Perestroikaprozesses bei der UdSSR lag und nicht nur Michail Gorbatschow vom „gemeinsamen europäischen Haus“

38 Vgl. Bernd-Jürgen Wendt, Economic Appeasement, Düsseldorf 1970.

39 Vgl. Erwin Oberländer (Hrsg.), Hitler-Stalin-Pakt, Frankfurt a. M. 1989.

40 Vgl. Bruno Wasser, Himmlers Raumplanung im Osten, Basel 1993.

41 Vgl. Heinrich Nolte, Letzter Generalstabschef des Deutschen Afrikakorps: Vom Cannae-Mythos, Göttingen 1991.

42 Vgl. Jacek Kuron/Karol Modzelewski, Monopolsozialismus, Hamburg 1969; Hans-Heinrich Nolte, Rußland/UdSSR Hannover 1991, S. 168–176.

43 Vgl. Melanie Tatur, Solidarność als Modernisierungsbewegung, Frankfurt 1989.

sprach, so lange trat die darin enthaltene Tendenz zu einem neuen Riß durch Europa zurück. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR wurde die Frage, wohin Rußland gehöre, jedoch akut. Von Estland bis Kroatien forderten die Politiker der sich befreienden Länder die Aufnahme in EU und NATO. Sollte/soll Rußland auch Mitglied werden?

Auf der nach 1991 wieder „russischen“ Seite wurde ebenfalls deutlich, daß eine neue Ordnung Europas auch in einer neuen Teilung bestehen könne, welche den russischen Einfluß einfach nach Osten zurückdrängen würde. In Moskau haben manche das Gefühl, daß durch einen solchen Verlust an Einfluß der – ja in der Tat welthistorische – Verzicht der UdSSR auf den Versuch, seinen Einflußbereich mit militärischer Gewalt zusammenzuhalten, nicht honoriert würde. Die Regierung Jelzin stemmt sich gegen eine Osterweiterung sowohl der NATO wie der EU. In der russischen Intelligenz werden jedoch auch Stimmen laut, welche die eurasische Sonderrolle Rußlands betonen⁴⁴. So plädiert Andrej Fursov dafür, das „Herzland“ des eurasischen Kontinents (von Rußland bis zur Mongolei und Nordiran) müsse grundsätzlich nach ganz anderen Kategorien konzipiert werden als dessen „Ufergürtel“ (wie Westeuropa oder die Anrainer des Gelben Meeres). Das „russische System“ bestehe im Zusammenspiel von Macht und Bevölkerung im Großraum (günstigenfalls ergänzt durch eine russische kritische Intelligenz)⁴⁵.

Es ist prinzipiell wichtig, zu einer Ordnung der politischen Verhältnisse zu gelangen, die in Rußland nicht jenes Gefühl der Einsamkeit gegenüber Europa entstehen läßt, welches früher die andere Seite russischen Sendungsglaubens gewesen ist⁴⁶. Es ist andererseits ebenfalls wichtig, daß der Westen unmißverständlich macht, daß er ein Überrennen, eine Dominierung Ostmitteleuropas durch Rußland nicht noch einmal dulden wird. Differenzierte politische Ziele erfordern differenzierte politische Lösungen.

44 Vgl. die Beiträge von L. Ponomareva und V. Tschatschaturjan in: *Evropejskij Al'manach*, Moskau 1993, S. 29–49.

45 Vgl. Andrej Fursov/Jurij Pivovarov, *Kommunismus, Rußland und die alte Ordnung*, in: Verein für Geschichte des Weltsystems, Barsinghausen, Rundbrief 9, 1995.

46 Vgl. Hans-Heinrich Nolte, *On the loneliness of Russia and the Russian Idea*, in: *Coexistence*, 32 (1995), S. 39–48.

Ein Wirtschaftsraum Osteuropa-Nordasien könnte für die wirtschaftliche Entwicklung Ostmitteleuropas viele Chancen bieten. Polen und Ungarn, die innerhalb der EU für die Rolle der Schlußlichter prädestiniert wären, könnten innerhalb eines solchen Wirtschaftsraums führende Rollen spielen. Da Rußland jedoch die einzige Großmacht, wenn nicht sogar Weltmacht einer solchen Wirtschaftsunion wäre, würde es schwerfallen, eine militärisch stabile, ausgeglichene Lage innerhalb der Wirtschaftsunion zu schaffen. Sicherheits- und machtpolitisch ist deshalb die NATO gefordert.

Dem Sicherheitsbedürfnis der Länder Ostmitteleuropas und insbesondere Polens kann am ehesten dadurch Rechnung getragen werden, daß einige von ihnen Mitglieder der NATO werden. Polen würde bei einer solchen differenzierten Lösung also sowohl Mitglied eines osteuropäisch-nordasiatischen Wirtschaftsraums wie Mitglied des nordatlantischen Verteidigungsbündnisses sein. Es würde damit im 21. Jahrhundert jene Rolle der Vermittlung zwischen West und Ost, zwischen Zentrum und Halbperipherie übernehmen, welche Deutschland im 20. Jahrhundert über seinem Hegemonieversuch versäumt hat. Die Übergänge zu nüchternen, diskussionsfreudigen, demokratischen Gesellschaften können nicht anders als langfristig gedacht werden. Für diese Übergänge müssen Lösungen gesucht werden, welche weniger auf die Rückkehr zu alten Grenzen und nicht auf verführerische Hoffnungen der „*restitutio ad integrum*“ bauen⁴⁷, sondern auf zukunftsbezogene Bündnisse, welche sowohl die Interessen Osteuropas wie jene Ostmitteleuropas berücksichtigen.

Um in Rußland, der Ukraine, Georgien usw. nicht das Gefühl aufkommen zu lassen, durch eine Osterweiterung der NATO bis zum Bug isoliert zu werden, sollte der Westen, sollten insbesondere die Länder Ostmitteleuropas den gleichzeitigen Abschluß eines Wirtschaftsbündnisses anstreben, das die Verbindungen zum Osten stärkt: von der Oder bis zum Amur.

47 Ich übertrage damit die Kritik Reinhard Wittrams (in: *Das Nationale als europäisches Problem*, Göttingen 1954) an Geschichtsbildern, welche eine ursprüngliche Integrität von Nationen voraussetzen (welche verloren und wieder herzustellen sei) auf ähnliche Vorstellungen von Kulturkreisen, etwa „Westeuropa“ – oder „Eurasien“.

Haßlieben und Spannungsgemeinschaften Zum Verhältnis von Demokratien und Nationalismen im neuen Osteuropa

Das Verhältnis von Demokratie und Nationalismus gehört zu den „ewigen“ Themen der bisherigen neuzeitlichen europäischen Geschichte. Auch in Osteuropa war es seit dem beginnenden 19. Jahrhundert ein Leitmotiv, das namentlich in Perioden großer Umbrüche immer wieder in den Vordergrund rückte – so auch am Anfang der neunziger Jahre, als die politischen und die national(staatlich)en Wenden ineinander übergingen. Der Kontrast zur westeuropäischen Entwicklung verleitete zu dem Vorwurf an die Adresse der Osteuropäer: „Wir vertiefen die Integration, und ihr reißt Staaten auseinander!“ Wieder einmal sah sich ein dichotomes Europa-Bild in seiner Quintessenz bestätigt: der Westen modernisiert, der Osten ethnisiert und nationalisiert.

Hier verknüpfen sich zwei verwandte Auffassungen, die jeweils von der Vorstellung eines strukturellen Antagonismus getragen werden: Sie betreffen das Verhältnis von Tradition und Rationalität (Moderne) und gewissermaßen analog das von Nationalismus und Demokratie. Gerade (aber nicht nur) im Hinblick auf Osteuropa gilt für diese Sicht als ausgemacht, daß der Nationalismus (analog die Tradition) dem Wesen nach irrational, destruktiv und antidemokratisch sei. Was Osteuropa anbelangt, so gaben einige der Realitäten aus der ersten Hälfte der neunziger Jahre der Antagonismus-These Nahrung: die Kriege und Greuelthaten in Ex-Jugoslawien, die mit Waffengewalt ausgetragenen Konflikte im ex-sowjetischen Raum, die Auflösung der Tschechoslowakei, Auseinandersetzungen zwischen ethnischen Mehrheiten und Minderheiten. Zumindest bestärkte diese Entwicklung ein Quasi-Axiom: Daß im neuzeitlichen Osteuropa die Sorge um die nationale Souveränität und Selbstbehauptung durchweg stärker gewesen sei als die um die bürgerliche und individuelle Freiheit.

Viele Historiker und manche Sozialwissenschaftler haben sich in verschiedenen Perioden solchen Verdikten entgegengestemmt und darauf hingewiesen,

daß die dichotomische Perzeption zu simpel ist¹. Wengleich die unmittelbare Wirkung solcher Mahnungen auf die breitere Öffentlichkeit gerade in Krisenzeiten weiterhin zu wünschen übrigläßt, haben sie sich durchaus nicht als folgenlos erwiesen. Die jetzige Bandbreite an Positionen reicht im Hinblick auf das Verhältnis von Demokratie und Nationalismus weit über die schlichte Bipolarität hinaus. Und gerade unter dem Eindruck der Realitäten zu Beginn der neunziger Jahre haben plumpe Elemente und Auslegungen der Modernisierungstheorie und vorzeitige Verkündigungen vom „Ende des Nationalstaates“ ebenso an Wirkungskraft verloren wie der Glaube an eine einfache Rekonstruktion, die das „gesunde“ nationale Erbe aus der vermeintlichen Tiefkühltruhe des Sozialismus unbeschadet wiederauferstehen läßt.

Gegenwärtig sind unter denjenigen, die sich im Westen mit Osteuropa beschäftigen, vier wichtige Strömungen auszumachen. Erstens eine national(istisch)-konservative alten Typs, für die Nation(alismus) und Demokratie organisch zusammengehören, alles Multikulturelle ein Greuel und die nationale Selbstbestimmung dagegen ein Heiligtum zu sein scheint. Allerdings legt sie eben aus nationalen und/oder ideologischen Motiven das Selbstbestimmungsrecht je nach Volksgruppe höchst unterschiedlich aus. Sie steht insgesamt für die national(istisch)e Demokratie, also für Demo-

1 Für historische Arbeiten aus der jüngsten Vergangenheit siehe vor allem Piotr S. Wandycz, *The price of freedom. A history of East Central Europe from the Middle Ages to the present*, London–New York 1993 (Teile davon enthält Piotr Wandycz, *Die Freiheit und ihr Preis. IWM-Vorlesungen zur modernen Geschichte Zentraleuropas*, Wien 1993); Hagen Schulze, *Staat und Nation in der europäischen Geschichte*, München 1994; für eine bündige Zusammenfassung der Argumente siehe Jan Křen, *Keine Demokratie ohne Lösung der nationalen Frage*, in: Bernd Faulenbach/Heinz Timmermann (Hrsg.), *Nationalismus und Demokratie. Gesellschaftliche Modernisierung und nationale Idee in Mittel- und Osteuropa*, Essen 1993, S. 41–44, sowie seine Diskussionsbeiträge ebd., S. 51f. und S. 65; für historisch-sozialwissenschaftliche Überlegungen zum Verhältnis Tradition–Moderne vor allem Carl J. Friedrich, *Tradition und Autorität*, München 1974.

kratie *mit* Nationalismus, manchmal in der umgekehrten Reihenfolge. Am anderen Ende der Skala bewegt sich der „post-nationale Diskurs“; diese Strömung sieht den Nationalismus als Todfeind der Demokratie und verfiucht daher Demokratie *ohne* Nationalismus. Dazwischen haben sich die beiden Exponenten aus der Kommunitarismus-Debatte geschoben. Die Meinungsführer klassischer oder neuerer Ausprägungen des Liberalismus setzten Individuum und bürgerliche (bzw. offene) Gesellschaft in jedem Fall *vor* (und nur in Ausnahmefällen *gegen*) die Volksgruppe und nationale/ethnische Gemeinschaft; sie lehnen vor allem das ethnisch-kulturelle Konzept ab und befürworten demgegenüber (zumindest bis auf weiteres) den heterogenen und liberalen Nationalstaat – also die Demokratie *um* den Nationalismus. Auf der anderen Seite stehen die Kommunitaristen, für die Nation und ethnische Gruppe zu denjenigen Gemeinschaften gehören, die ein positives Gegengewicht gegen Fehlentwicklungen der demokratischen Gesellschaft bilden können, namentlich gegen den Prozeß extremer libertärer Entbindung aus sozialen und moralischen Kontexten; sie treten für eine Wiederverknüpfung von Nation und Demokratie, für einen demokratischen Patriotismus neuer Art ein².

Welche Hinweise ergeben sich nun aus den osteuropäischen Entwicklungen und Erfahrungen der letzten fünf Jahre für das Verhältnis von Demokratie und Nationalismus, für die Wechselwirkungen zwischen Transformation und Nationalismen? Dem wollen wir im folgenden hauptsächlich unter zwei Gesichtspunkten – Nationalstaat und Staatenlandschaft der eine, Demokratie und nationale/ethnische Belange der andere – nachgehen und eine Anmerkung zu einem dritten Gesichtspunkt – Kultur und Ökonomie – anfügen. Der Raum, der hier zur Debatte steht, ist der zwischen Deutschland und der Ex-Sowjetunion; wenn also von Ost-

europa die Rede ist, sind die ostmittel- und die südosteuropäischen Staaten gemeint.

I. Nationalstaat, Nationalitäten und neue Staatenlandschaft

Die Veränderungen in der Staatenlandschaft Osteuropas haben allein in quantitativer Hinsicht deutliche Verschiebungen der Relationen herbeigeführt, die für die Nationalismus-Problematik von Belang sind. Da ist zum einen der schlichte Umstand, daß in diesem Raum nicht mehr wie von 1918 bis 1990 sieben, sondern nunmehr 13 Staaten existieren – wenn wir auch Bosnien und Hercegovina, Serbien und Montenegro als Einzelstaaten zählen und damit sowohl die Realität in Bosnien und Hercegovina als auch die Formalität der unter „Bundesrepublik Jugoslawien“ oder „Rest-Jugoslawien“ firmierenden Verbindung zwischen Serbien und Montenegro beiseite lassen. Zum anderen verschoben sich mit der Zersplitterung der Staatenwelt die Relationen zwischen Staatsnationalitäten und nationalen/ethnischen Minderheiten (siehe Tabelle 1).

Die Quote der nationalen/ethnischen Minderheiten, bezogen auf den gesamten Raum, ist also gegenüber der sozialistischen Periode um etwas mehr als die Hälfte gestiegen; indexieren wir sie für das Jahr 1975 bei 100, so steht sie zwanzig Jahre später bei 155. Das ist eine Veränderung von beachtenswertem Ausmaß, was aber mitnichten ausreicht, um daraus etwa eine Tendenz der „Rückkehr zur Zwischenkriegszeit“ zu konstruieren. Dagegen spricht schon die entsprechende Vergleichszahl: Sie stünde, wenn wir vom selben Index ausgehen, in dieser Periode bei 341.

Wichtiger noch als der quantitative Aspekt ist die strukturelle Richtung der Veränderungen. Für viele nationale/ethnische Gruppen zog die Wende zu Beginn der neunziger Jahre einen bedeutsamen Status-Wechsel nach sich. Infolge der staatlichen Neubildungen stellte logischerweise der formelle Aufstieg den Regelfall, der Abstieg die Ausnahme dar. Mindestens 11,2 Millionen Menschen wurden so praktisch über Nacht zu „vollwertigen“ Staatsnationalitäten, nachdem sie zuvor bestenfalls als Juniorpartner in einer multinationalen Verbindung angesehen werden konnten; das betraf 4,5 Mio. Slowaken, 3,7 Mio. Kroaten, 1,7 Mio. Slowenen und 1,3 Mio. Mazedonen. Einen eindeutigen Status-Verlust erfuhren dagegen – wenn wir auch hier

2 Siehe beispielhaft für die erstgenannte Strömung Georg Brunner, Nationalitätenprobleme und Minderheitenkonflikte in Osteuropa (= Arbeitspapiere 10 der Bertelsmann Stiftung), Gütersloh 1993; für die zweite Peter Glotz, Der Irrweg des Nationalstaates, Stuttgart 1990; Shlomo Avineri, Demokratie und Nationalismus in postkommunistischen Staaten, in: Europäische Rundschau, 21 (1993) 4, S. 51–60; für die dritte Ralf Dahrendorf, Die Sache mit der Nation, in: Michael Jeismann/Henning Ritter (Hrsg.), Grenzfälle. Über neuen und alten Nationalismus, Leipzig 1993, S. 101–118, und schärfer im Sinne der Gegenüberstellung von offener Gesellschaft und Nationalismus George Soros, Toward Open Societies, in: Foreign Policy, Spring 1995, S. 65–75; für die vierte Tilman Mayer, Kommunitarismus, Patriotismus und das nationale Projekt, in: Bernd Estel/Tilman Mayer (Hrsg.), Das Prinzip Nation in modernen Gesellschaften. Länderdiagnosen und theoretische Prinzipien, Opladen 1994, S. 115–128.

Tabelle 1: Quote der nationalen/ethnischen Minderheiten in Osteuropa um 1930, 1970, 1990³

	Zwischenkriegszeit 1930er Jahre; 7 Staaten		Sozialistische Periode 1970er Jahre; 7 Staaten		Post-1989-Periode 1990er Jahre; 13 Staaten	
	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent
Bevölkerung gesamt	94 591 473	100,0	110 231 409	100,0	121 779 552	100,0
Staatsnationalitäten	70 948 261	75,1	102 209 973	92,7	108 009 271	88,7
ethnische Minderheiten	23 643 212	24,9	8 021 436	7,3	13 770 281	11,3

Bosnien und Hercegovina nicht einbeziehen – „nur“ etwas mehr als 720 000 Menschen: die ursprünglich insgesamt ca. 670 000 Serben in Kroatien, Mazedonien und Slowenien sowie die etwa 53 000 Tschechen in der Slowakei. Selbst wenn man hier auch die knapp über 300 000 Slowaken in der Tschechischen Republik hinzurechnet, macht die Summe der „Absteiger“ – etwas mehr als eine Million – nur ein Elftel derjenigen der „Aufsteiger“ aus. Was die Nationalitätenfragen in Osteuropa anbelangt, so hat sich nach 1989 also in erster Linie nicht die Minoritäten-, sondern die Majoritätenproblematik vergrößert.

Dies deutet auf eine spezifische Kontinuitätslinie in der neuzeitlichen Geschichte Osteuropas hin. Wenn wir die Staatsverbände nach ihrer jeweils realen ethnischen Struktur – und nicht nach dem Selbstverständnis der Staatsnationen – unterschei-

3 Die Zahlenangaben beziehen sich auf die Staaten Albanien, Bulgarien, Jugoslawien (Post-1989-Periode: Bosnien und Hercegovina, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Serbien, Slowenien), Polen, Rumänien, Tschechoslowakei (Post-1989-Periode: Slowakei, Tschechien) und Ungarn. Wo immer möglich, wurden amtliche Angaben, namentlich Volkszählungsergebnisse, herangezogen. Die Daten für die Zwischenkriegszeit und für die sozialistische Periode nach Stephan M. Horak, *Eastern European National Minorities, 1919–1980*, in: ders. (Hrsg.), *Eastern European National Minorities, 1919–1980. A Handbook*, Littleton, Col. 1985, S. 1–34, hier S. 2 ff., sowie Paul S. Shoup, *The East European and Soviet Data Handbook: Political, Social, and Developmental Indicators, 1945–1975*, New York 1981, passim. Die Daten für die neunziger Jahre (Rumänien, Slowakei, Ungarn und Staaten im ex-jugoslawischen Raum) nach: Die Ethnostruktur der Länder Südosteuropas aufgrund der beiden letzten Volkszählungen im Zeitraum 1977–1992. Zusammenge stellt von Gerhard Seewann, in: *Südosteuropa*, 42 (1993) 1, S. 78–82; Albanien nach *Statistical Yearbook of P.S.R. of Albania 1990*, Tirana 1990, S. 35; Bulgarien nach den amtlichen Angaben der Volkszählungsergebnisse durch das Nationale Statistische Institut, Bd. 1, Sofia 1994; Tschechien nach: Lidové Noviny, 4. Juli 1991. In Polen ist nach der Wende noch keine Volkszählung durchgeführt worden. Es wurden die bis jetzt detailliertesten Schätzungen eingesetzt, die Heinrich Mrowka, *Selbstverständnis und Rolle der deutschen Minderheiten in Polen*, in: *Volkgruppen in Ostmittel- und Südosteuropa*, hrsg. von Georg Brunner und Hans Lemberg, Baden-Baden 1994, S. 61–76, hier S. 61 f., wiedergibt.

den⁴ und sie dann über die verschiedenen Perioden seit Erlangung ihrer Unabhängigkeit begleiten, ergibt sich das in Tabelle 2 festgehaltene Bild.

Gewiß läßt sich daraus kein linearer Prozeß ableiten, doch sind die über längere Zeiträume wirkenden Tendenzen nicht zu übersehen: die Auflösung der multinationalen Gebilde, die Einschränkung der Multi- und damit auch der Interethnizität, die Neigung also zur ethnischen Verengung und nicht zuletzt die Durchsetzungskraft des Nationalstaats. Insofern reihten sich die Veränderungen zu Beginn der neunziger Jahre in die Kontinuität eines längeren historischen Prozesses ein – und verließen diesen nicht in einer Art Rückfall, wie es das Schlagwort von der „Wiederkehr der Zwischenkriegszeit“ suggeriert. Auffällig ist allerdings der große zeitliche Bogen, den dieser auch heute noch nicht vollendete Prozeß geschlagen hat. Osteuropa hat keineswegs nur verspätete Nationen; aber es hat, im europäischen Zusammenhang betrachtet, leicht verspätete, verspätete und stark verspätete Nationalstaaten. Und die Ungleichzeitigkeiten und die Ungleichmäßigkeiten (nicht nur) der staatlichen Entwicklungen haben sich in Dimensionen bewegt, die Gegengewichten in Gestalt nationalstaatsübergreifender Kräfte und Initiativen wenig Chancen ließen.

Wie wird nun die national(staatlich)e Frage im neuen konstitutionellen und politischen Kontext beantwortet⁵? Nicht einmal auf den ersten Blick scheinen die grundlegend (in Ungarn) oder weitge-

4 Da es keine „objektiven“ Kriterien für eine solche Unterteilung gibt und auch nicht geben kann, haftet jedem Ansatz etwas Willkürliches an. Für andere Untergliederungen siehe etwa G. Brunner (Anm. 2), S. 18 f.

5 Für eine umfassende Sammlung detaillierter Analysen – die zudem den Vorteil des Vergleichs mit anderen europäischen Staaten bietet – siehe Jochen A. Frowein/Rainer Hoffmann/Stefan Oeter (Hrsg.), *Das Minderheitenrecht europäischer Staaten*, Teil 1 und 2 (Beiträge zum ausländischen öffentlichen Recht und Völkerrecht, Band 108 und 109), Berlin u. a. 1993 f. (darin in Teil 1 die Beiträge von Mahulena Hoskova über Polen, S. 258–307, und die Tschechoslowakei, S. 407–447, sowie von Georg Nolte über Ungarn, S. 501–536, in Teil 2 die von Mahulena Hoskova über Bulgarien, S. 1–26,

Tabelle 2: Staatsverbände in Osteuropa nach ethnischer Struktur, 1848–1995

	bis 1878	1878–1918	1918–1945	1945–1990	1991/1993–1995
Relativ homogene Nationalstaaten	Serbien (seit 1867)	Serbien Rumänien	Albanien Ungarn	Albanien Ungarn Polen	Albanien Ungarn Polen Slowenien Tschechien
Nationalitätenstaaten – Anteil der ethnischen Minderheiten ca. 10–25 Prozent	–	Bulgarien Montenegro	Bulgarien	Bulgarien Rumänien	Bulgarien Rumänien Kroatien Slowakei
Multi-ethnische Nationalitätenstaaten – Anteil der ethnischen Minderheiten 25–40 Prozent	–	–	Polen Rumänien	–	Mazedonien Montenegro Serbien
Mehr- und Vielvölkerstaaten (bzw. Reiche mit osteuropäischen Bestandteilen)	Österreich – Ungarn Osmanisches Reich Rußland Preußen	Österreich – Ungarn Osmanisches Reich Rußland Preußen	Jugoslawien Tschechoslowakei	Jugoslawien Tschechoslowakei	Bosnien und Hercegovina

hend (in Polen) revidierten Texte und die gänzlich neuen Verfassungen (in allen anderen Staaten) in dieser Hinsicht den verbreiteten Eindruck von der Versessenheit der osteuropäischen Staaten auf die ethnische, um nicht zu sagen völkische Bestimmung des Staatswesens zu erhärten. Polen etwa definiert sich über die Nation, die hier traditionell im politischen Sinne verstanden wird; auch die Tschechische Republik erklärt nicht eine Ethnie, sondern die Bürger zur Grundlage des Staates. Genau dasselbe tut zunächst auch die slowenische Verfassung, ehe sie dann doch wieder das Titularvolk ins Spiel bringt. So ist Slowenien per definitionem „der Staat seiner Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, der auf dem bleibenden und unveräußerlichen Selbstbestimmungsrecht des slowenischen Volkes beruht“ – ein offensichtlicher innerer Widerspruch, der das Land sowohl zu einer ethnisch indifferenten Staatsnation als auch zu einem ethnisch bestimmten Nationalstaat deklariert.

Weit stärkere Belege für die fortlebende Ausstrahlungskraft der ethnischen Nationalstaatsidee lassen sich allerdings in den anderen Verfassungen finden. Die schärfsten Ausprägungen davon liefern

von Joseph Marko über Kroatien, S. 83–128, Serbien, S. 286–319, und Slowenien, S. 320–351, sowie von Friederike Böhmer über Rumänien, S. 216–245).

Bulgarien und Rumänien. Die bulgarische Verfassung hebt in weit überdurchschnittlicher Intensität auf den homogenen („einheitlichen“) Charakter des Nationalstaats ab. Offensichtlich steht hier schon der Begriff der „nationalen Minderheit“ auf dem nationalstaatlichen Index; jedenfalls wird er in amtlichen Texten tunlichst gemieden. Noch krasser geht es verfassungsrechtlich in Rumänien zu. Hier unterliegen alle – sehr häufig und sehr eindeutig vorgetragene – Verfassungsbestimmungen über den „nationalen, unabhängigen, einheitlichen und unteilbaren Charakter des rumänischen Staates“ einem Aufhebungsverbot (Art. 148 Abs. 1).

Dennoch: Obwohl auch in den anderen Staaten unitaristische Wünsche ihren Weg in die Verfassungen gefunden haben, herrscht im Hinblick auf das grundsätzliche Verständnis vom Nationalstaat eine poröse und keineswegs ungebrochene Kontinuität vor. Denn es sind – auch in den Verfassungstexten – viele Widersprüchlichkeiten aufgetaucht, die auf Breschen der Unsicherheit hindeuten. Die Präambel der slowakischen Konstitution etwa beginnt jetzt zwar mit den Worten „Wir, das slowakische Volk“ (in der sozialistischen Version hatte es „Wir, die Bürger der Slowakischen Republik“ geheißen), doch folgt später wenigstens der Hinweis „gemeinsam mit den . . . Angehörigen der nationalen Minderheiten und ethnischen Gruppen“. Und

der Amtseid des slowakischen Präsidenten verpflichtet diesen ausdrücklich, auch für das Wohl der nationalen/ethnischen Minderheiten Sorge zu tragen. Ähnlich wie bei der slowenischen Verfassung geht es auch bei der kroatischen – allerdings auf anderer Ebene – begrifflich betrachtet kunterbunt zu. Kroatien ist demnach der „Nationalstaat des kroatischen Volkes und Staat der Angehörigen anderer Völker und Minderheiten“, worauf acht davon namentlich und danach „die anderen“ angeführt werden – mit anderen Worten: Kroatien ist sowohl ein ethnisch bestimmter Nationalstaat als auch ein multiethnischer Nationalitätenverband. Selbst in Rumänien finden sich ähnliche Kuriositäten. So erklärt eine Propagandabroschüre der Regierung kategorisch: „Rumänien ist ein einheitlicher Nationalstaat“ – und listet unmittelbar darunter die Nationalitäten-Statistik mit 17 namentlich genannten ethnischen Gruppen auf.

Das Problem erschöpft sich, wie die angeführten Beispiele belegen, nicht in der ethnischen Dimension. Vielmehr kommt darin die Besonderheit zum Ausdruck, daß die Nationalbewegungen in Osteuropa von der deutschen Tradition das ethnisch-kulturelle Verständnis vom Nationalstaat und von der französischen das zentralistische Strukturmodell übernahmen. Das hat Osteuropa grundsätzlich verwundbarer gemacht für die doppelte Versuchung von (ethnischer) Homogenisierung und (administrativer) Zentralisierung. Gerade in Osteuropa ist eine solche Verbindung konfliktträchtig, denn der Raum weist eine Fülle von ethnischen und regionalen Identitäten auf, die quer zu den Säulen des einheitlichen Nationalstaates verlaufen und von dessen Rastern nicht angemessen erfaßt werden können. Das betrifft eben nicht nur die ethnischen Minderheiten, sondern auch „historische Landschaftsindividualitäten“ (Theodor Schieder), Entitäten also wie Oberschlesien oder Siebenbürgen, Mähren oder das „tschechische“ Schlesien, Vojvodina oder Kosovo – um nur einige der bekanntesten von denjenigen anzuführen, die als solche noch bestehen. Bosnien und die Hercegovina gehörten dazu, ehe Ethnisierung und Krieg sie aushöhlten, Mazedonien ebenso, bevor sich dort unter dem Dach Jugoslawiens und zunächst in Form der Verwaltungsnation der Prozeß des *nation building* durchsetzte. Ethnische Gemengelagen und regionale Eigenheiten drängen hier geradezu nach spezifischen Mischformen von personaler und territorialer Autonomie.

Die Entwicklungen in den letzten Jahren geben allerdings kaum Anlaß zur Annahme, daß in dieser Frage rasch mit einer Trendwende zu rechnen ist. Unabhängig davon, ob sich die Nationalstaaten

ethnisch-kulturell oder politisch-staatsbürgerlich definieren, ist ihre Abneigung gegen jedwede Art von territorialer Autonomie ziemlich gleichmäßig entwickelt: Prag tut sich mit Mähren schwer, Bukarest weiterhin mit Siebenbürgen, Sofia hat vorsorglich per Verfassung autonome Gebilde überhaupt verboten.

Solche Defizite gehen allerdings nicht ausschließlich und in einigen Fällen nicht einmal hauptsächlich auf das Konto der Tradition bzw. „des Nationalismus“. Gerade an diesem Moment wird deutlich, daß die Transformationen zuweilen höchst zwiespältige Wirkungen zeitigen. Auf der einen Seite drängen zahlreiche ihrer entscheidenden Erfordernisse – in rechtlicher, ökonomischer, sozialer, politischer, gesellschaftlicher und selbst in kultureller (Bildung und Ausbildung etwa) Hinsicht – nach Vereinheitlichung und Zentralisierung. Andererseits haben die neuen politischen und ökonomischen Freiheiten zusammen mit der Öffnung der Grenzen alte und neue Verbindungslinien zum Leben erweckt, die als naturwüchsige Folge der Systemwenden eine spontane Regionalisierung (häufig zuerst in den Grenzgebieten) nach sich gezogen haben. Hier tun sich gegenwärtig die besten Aussichten auf einen Wandel nicht „von oben“, sondern „von unten“ auf.

Im Hinblick auf das Verständnis vom Nationalstaat finden wir also im neuen Osteuropa weiterhin eine Reihe verengender, retardierender, hemmender Elemente, daneben aber auch sichtbare Hinweise für eine zeitgemäße Anpassung. Dieser stehen indes viele objektive Hindernisse entgegen, die die Möglichkeiten und Voraussetzungen für nationalstaatsübergreifende Initiativen stark einschränken. Die Krux für die Osteuropäer in der gegenwärtigen Periode hat mit den leidigen, aber eben unvermeidlichen Folgen der Ungleichzeitigkeiten zu tun: Für übernationale Verbände – gleich welcher Art – ist es zu spät, für dezentralisierte oder gar föderalisierte Staatswesen noch zu früh; eine osteuropäische Binnen-Integration steht derzeit nicht zur Debatte, die angestrebte Integration in die westlichen Institutionen aber nicht auf der Tagesordnung.

II. Neue politische Landschaften und Nationalismen

1989 war Osteuropa weithin – der allgemeinen Atmosphäre, den Prioritäten der Hauptakteure und der Perzeption der Zeitgenossen nach – ethnisch

indifferent und in national(staatlich)er Hinsicht neutral. Freiheit, Wohlstand und Öffnung hießen die Losungen des Jahres, nicht nationale Souveränität und Unabhängigkeit. Das bedeutete freilich nicht, daß die ethnischen und national(staatlich)en Komponenten völlig belanglos gewesen wären. Die organisatorische Formierung der ungarischen Opposition hatte sich ab 1987 über ein nationales Anliegen beschleunigt – die Behandlung der Magyaren in Rumänien. In Bulgarien zog der Versuch zur Zwangsassimilierung der ethnischen Türken nicht nur deren Massenexodus und andere Widerstandsaktionen, sondern auch Proteste und Solidarisierungseffekte bei den allerdings noch sehr schwachen oppositionellen Kräften der Titulnation nach sich. Den unmittelbaren Anstoß für den Aufruhr gegen die Clanokratie der Ceauşescus gaben Aktionen ethnischer Ungarn in Transsilvanien, die dann auch die Unterstützung ethnischer Rumänen bekamen.

Das sind bei weitem nicht alle Beispiele für eine verbreitete Erscheinung im unmittelbaren Vorfeld und während der wichtigsten Ereignisse des Jahres 1989: Der Kampf um nationale/ethnische Belange und Rechte sowie der um die individuellen und politischen Freiheiten beflügelten sich gegenseitig. Das galt im übrigen auch für den zwar nicht ostentativ zur Schau getragenen, aber überall wirksamen antisowjetischen Faktor. Auch wenn Gorbatschow das seit 1945 herrschende Koordinatensystem durcheinandergebracht hatte und 1989 von Reformern und Systemgegnern als Verbündeter angesehen werden konnte – der Kampf gegen die KP-Regimes blieb stets untrennbar mit dem Bestreben zur Abschüttelung der sowjetischen Hegemonie verbunden.

Beförderten also die Nationalismen die Systemwenden, so war es umgekehrt nicht nur unvermeidlich, sondern in vielerlei Hinsicht ausgesprochen wünschenswert, daß sie ihrerseits durch die politischen Transformationen Raum zur Entfaltung bekamen⁶. Dies gilt vor allem für die Rechtsstellung und die politische Repräsentation der ethnischen/nationalen Minderheiten; in diesen Fragen sind bislang auch die deutlichsten Fortschritte erzielt worden.

Zwar sorgen die hartnäckigen Traditionen der Doktrin vom Einheitsstaat immer wieder für

⁶ Eine brillante theoretische Analyse dazu bei Jadwiga Staniszkis, Dilemmata der Demokratie in Osteuropa, in: Rainer Deppe/Helmut Dubiel/Ulrich Rödel (Hrsg.), Demokratischer Umbruch in Osteuropa, Frankfurt a. M. 1991, S. 326–347, hier insbes. S. 335–344.

restriktive Aus- und Rückfälle, doch sind – gemessen an den Verhältnissen der Zwischenkriegszeit und erst recht an denen der sozialistischen Periode – in den wichtigsten Teilbereichen Fortschritte zu registrieren. Das gilt für die allgemeinen Garantien und Schutzbestimmungen ebenso wie für Fragen der Meinungs- und der Vereinigungsfreiheit, der Repräsentation auf staatlicher und kommunaler Ebene, des Erziehungswesens und selbst, wenn auch nicht durchweg, im Hinblick auf den Status der Minderheitensprachen.

Ein Gefälle zwischen Ostmittel- und Südosteuropa ist dabei nicht zu übersehen⁷. Polen etwa hat – was die Verabschiedung vom Mythos der Homogenität anbelangt – den größten Sprung vollzogen; Ungarn hat – was das Minderheitenrecht angeht – die umfassendsten und großzügigsten Regelungen eingeführt. Demgegenüber sind im engeren Bereich Südosteuropas – von der bemerkenswerten Ausnahme Mazedonien abgesehen – deutliche Abfälle zu registrieren. Aber auch hier sind neben eindeutigen Restriktionen positive neue Momente zu verzeichnen. In Bulgarien etwa ist es mit dem Hinweis auf die Staatssprache nicht getan: Die Verfassung gebietet, daß die politischen Parteien ihre Geschäfte und namentlich den Wahlkampf in Bulgarisch zu führen haben. Zugleich aber wird den ethnischen Minderheiten der Schutz vor Assimilierung garantiert – eine Passage, von der Rumänien, von ungarischer Seite dazu aufgefordert, nichts wissen wollte. Bukarest wiederum verhält sich in Sprachenfragen toleranter als Sofia.

Von einer zufriedenstellenden Situation im gesamten Raum kann also noch lange nicht die Rede sein. Aber im gesamteuropäischen Maßstab schneiden die osteuropäischen Staaten, wenn man die Vergleiche jeweils regional ansetzt – also Bulgarien und Rumänien nicht an der Schweiz, sondern an Griechenland und der Türkei mißt –, nicht so schlecht ab, wie es zuweilen den Anschein erweckt.

Ähnliches gilt im Hinblick auf die politischen Interessenvertretungen der nationalen/ethnischen Minderheiten und deren Repräsentation in den Parlamenten. In ausnahmslos allen Staaten haben sich neue Organisationen der nationalen/ethni-

⁷ Das war von Beginn an zu beobachten. Siehe für eine Sammlung von Länderstudien zu der ersten Periode Margareta Mommsen (Hrsg.), Nationalismus in Osteuropa. Gefährliche Wege in die Demokratie, München 1992. Für eine spätere Übersicht siehe Paul Lendvai, Nationalitätenkonflikte in Mittel- und Osteuropa, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.), Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa. Strategien für Europa (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 329), Bonn 1995, S. 89–103.

schen Minderheiten konstituiert, und die schon vor 1989 bestehenden sind zu neuem Leben erwacht. Die zahlenmäßig größten Gruppen (einzige Ausnahme: die Roma) sind in den zentralen Parlamenten durch eine eigene politische Interessenvertretung zumeist in angemessener Relation repräsentiert. Für die kommunale Ebene gilt dies entsprechend, sofern kompakte Siedlungsräume gegeben sind – in den meisten Fällen selbst dort, wo Friktionen zwischen Majoritäten und Minoritäten gang und gäbe sind und zuweilen spektakuläre bis handfeste Formen annehmen.

So sind die Magyaren auf der Ebene der Parlamente, der Gemeinde-, Stadt- und Bezirksräte wie auch in der Zahl der Bürgermeister sowohl in der Slowakei als auch in Rumänien weitgehend proportional vertreten. Tirana etwa tut sich zwar weiterhin schwer mit einer entgegenkommenden Behandlung der griechischen Minderheit im Lande, die allerdings durch die permanenten Propagandasalven aus Athen auch nicht unbedingt befördert wird. Dennoch konnte die griechische „Partei der Union zur Verteidigung der Menschenrechte“, die eine aggressive panhellenische Propaganda betreibt, bei den Kommunalwahlen im Juli 1992 antreten, und sie stellt seitdem rund fünf Prozent aller Bezirks-, Stadt- und Gemeinderäte. In Bulgarien sind nach der Verfassung Parteien „auf ethnischer Grundlage“ verboten, aber beim Verfassungsgericht kam eine sich darauf berufende Klage gegen die politische Interessenvertretung der Türken nicht durch. Dieser Entscheidung lagen offensichtlich eher politische Motive zugrunde, und so hat auch die im Grunde tatsächlich ethnische Partei ihren festen Platz im Parlament und in den Gemeinde- und Bezirksräten der Siedlungsgebiete der Türken. Kurzum: Auf diesem Feld hat bislang fast überall die Demokratie eindeutig Vorrang vor der Nation, im bulgarischen Fall die Politik Vorrang vor Verfassung und Nation.

Es ist indes offensichtlich, daß diese Relationen sich nicht in allen Teilen Osteuropas und schon gar nicht in gleichem Maße durchsetzen konnten. In mehreren Fällen und verschiedenen Perioden erlangten national(staatlich)er Aspekt und einseitig national(istisch)e Kräfte ein solches Übergewicht, daß sie zumindest zeitweise den politischen und ökonomischen Transformationen ihren Stempel aufdrücken, sie lähmen oder gar buchstäblich überwältigen konnten. Ein noch relativ glimpflich ausgegangenes Beispiel ist der tschechisch-slowakische Scheidungsprozeß, der mehr als zwei Jahre lang die Handlungsspielräume beider Seiten bestimmte – und verengte. Wiewohl in der Slowakei auch nach der Trennung stärkere Residuen einer

übermäßig national(istisch)en Mobilisierung erhalten blieben, verschoben sich mit der staatlichen Souveränität die Prioritäten wieder zugunsten der sozialökonomischen Aufgaben und der politischen Institutionen.

Weitaus folgenschwerer, ja katastrophal fiel der Preis für die neue Freiheit in einigen Teilen Ex-Jugoslawiens aus. Vor dem Hintergrund der Erosion staatlicher Strukturen und der Fragmentierung des Gewaltmonopols sorgten zumeist bizarre Verbindungen von alt-neuen Eliten für eine ethno-fundamentale Wendung der Veränderungen⁸. Unter der Nutzung und Mobilisierung feindseligen Sentiments, das auf die kulturellen, konfessionellen und ethnischen Unterschiede abhob, eroberten maximalistisch-ethnokratische Kräfte die politische Hegemonie innerhalb ihrer jeweiligen Volksgruppen. Mit deren Unterstützung für unversöhnliche – da weder zum Kompromiß geschweige denn zum Konsens bereite – Positionen war in den ethnisch gemischten Gebieten die gewaltsame Entladung der Konflikte nicht mehr aufzuhalten.

War ein solcher Preis unvermeidlich, und ist er ausschließlich „dem Nationalismus“ anzulasten? Die Krise der multinationalen Verbände war Ende der achtziger Jahre eine allgemeine Erscheinung und sicher unausweichlich – denn wie sollte die politische Freiheit obsiegen, wenn sie den Nationen verwehrt wurde? Gewiß nicht unvermeidlich waren jedoch die Gewalt- und erst recht die Greuelthaten. Natürlich tragen hierfür die Ethnokraten und ihre Anhänger und Erfüllungsgehilfen die entscheidende Verantwortung. Aber es sollte zu denken geben, wie ohnmächtig die in erster Linie an politischer Demokratie interessierten sowie die moderaten nationalen Kräfte der ethno-fundamentalen Flut gegenüberstanden. Man muß die Konflikte in den beiden Ex-Föderationen nicht ausschließlich auf diesen einen Blickwinkel beschränken, aber sie enthielten auch die Komponenten des Aufstands der Peripherie gegen die Metropole (was in der Slowakei vorherrschend war) und des Landes gegen die Stadt (was in Bosnien überzog).

Die Hauptprotagonisten der Systemwenden von 1989 waren aber fast durchweg säkulare (haupt-)städtische Intellektuelle, die weder der nationalen

8 Dazu vor allem Marie-Janine Calic, *Der Krieg in Bosnien-Herzegowina. Ursachen, Konfliktstrukturen, Internationale Lösungsversuche*, Frankfurt a. M. 1995, sowie dies., *Ethnische Konflikte in Bosnien-Herzegowina – eine strukturelle Analyse*, in: Gerhard Seewann (Hrsg.), *Minderheiten als Konfliktpotential in Ostmittel- und Südosteuropa*, München 1995, S. 154–173.

Frage noch den Anliegen des Landes und der Peripherie übermäßig großes Interesse entgegenbrachten – was unter säkularen (haupt-)städtischen Intellektuellen wahrlich keine osteuropäische Spezialität darstellt. Da sie die Bedeutung beider Fragen notorisch unterschätzten und vernachlässigten, fielen sie aus allen Wolken, als sie die nationale bzw. ethnische Formierung bemerkten. Das war in Prag so, als der Ruf nach slowakischer Souveränität sich verstärkte, und unter den Intellektuellen in Sarajevo nicht anders, als sie nach den Wahlen von November/Dezember 1990 konstatieren mußten, daß die ethnischen Parteien wider ihre Erwartungen einen überwältigenden Sieg davongetragen hatten⁹.

Nationale/ethnische Bestrebungen müssen nicht zwangsläufig in Haß, Gewalt und Krieg münden. Aber wie alle neuen Freiheiten haben auch die auf diesem Feld einen janusköpfigen Charakter, und sie verlangen einen (zuweilen sehr hohen) Preis. Selbst dort, wo offensichtlich Fortschritte erzielt worden sind, bleiben daher Schwachstellen, die meist in den Begleiterscheinungen sichtbar werden, nicht aus. Im Zusammenhang mit der politischen Repräsentation der nationalen/ethnischen Minderheiten – einer insgesamt betrachtet bislang durchaus erfreulich behandelten Frage – sind beispielsweise gewichtige Schwachpunkte auszumachen, die unter ungünstigen Bedingungen zu strukturellen Störungen führen können. Es sind zwar viele Arten namentlich von kulturellen Organisationen der nationalen/ethnischen Minderheiten gebildet worden, doch eine Diversifikation ihrer politischen Interessenvertretungen hat (noch?) nicht stattgefunden. Das hängt sicher zum einen damit zusammen, daß auch die soziale und ökonomische Schichtung unter den meisten Minderheitengruppen nicht stark entwickelt ist, zum anderen damit, daß zur Stabilisierung der Minderheitenpositionen gerade in der Anfangsperiode der neuen Zeit die organisatorische Einheit von Nutzen ist. Aber die damit verbundene Gefahr ist offensichtlich: Wenn sich diese Konstellation auf Dauer festsetzt, droht die ethnische Vergitterung der politischen Landschaften in Osteuropa.

Daß die Tendenz dazu bereits jetzt vorhanden ist, belegen nicht nur Parteienlandschaften, Wahlergebnisse und Abstimmungsverhalten. Nur in einem einzigen Land in Osteuropa – nämlich in Mazedonien – ist eine Minderheitenorganisation in

der Regierung vertreten. Es fällt den Majoritäten nach wie vor schwer, einen Angehörigen einer nationalen/ethnischen Minderheit etwa als Minister zu akzeptieren. Und es fällt auch dem Beobachter nach wie vor schwer, sich als realisierbare Möglichkeit etwa einen ethnischen Deutschen als polnischen Kulturminister, einen ethnischen Türken als bulgarischen Verteidigungsminister oder einen ethnischen Ungarn als rumänischen Innenminister vorzustellen. Gewiß sind solche Hemmschwellen keine osteuropäische Spezialität. Aber sie wiegen in diesem Raum besonders schwer. Und in dieser Hinsicht hat sich auch nach 1990 wenig verändert. Während die Minderheiten in Parlamenten und Gemeinderäten einigermaßen zufriedenstellend vertreten sind, werden ihre Angehörigen fast überall aus der Administration ferngehalten – und dies trifft auf alle Ebenen zu. Ein vorzüglicher Kenner Osteuropas, Hugh Seton-Watson, machte als die beiden Grundursachen für die Leiden der Minderheiten während der Zwischenkriegszeit das schlechte Regierungssystem und die Identifikation von (Staats-)Nationalität und Staatsapparat aus. Was den zweiten Punkt anbelangt, so herrscht in Osteuropa noch allzuviel Kontinuität.

III. Kultur und Ökonomie

Für gewöhnlich wird als Seismograph für die Stellung und Behandlung der nationalen/ethnischen Minderheiten die Antwort auf die Frage herangezogen, wie es um die Möglichkeiten für die Bewahrung und Pflege ihrer Sprache und ihrer Kultur bestellt ist. Es lag daher auf der Hand, daß mit der Wende neben der Frage der politischen Repräsentation die für die kulturelle Identität bedeutsamen Bereiche in den Vordergrund rückten: Status der Minderheitensprachen, Erziehungswesen, Minoritätenpresse und Zugang zu den Medien. Die Entwicklungen in diesen Bereichen wurden zu Beginn der neunziger Jahre von einigen spektakulären Konflikten begleitet. In der Slowakei etwa kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, nachdem in einigen Gemeinden auf amtliche Anweisung hin die in ungarisch gehaltenen Orts- und Straßenschilder entfernt worden waren. Kurz darauf wurde entschieden, daß bei mehr als 20prozentigem Minoritätenanteil die Schilder zweisprachig sein sollten. In Bulgarien mobilisierten chauvinistische Kräfte in Zentren der gemischten Siedlungsgebiete – auch durchaus schlagkräftigen – Protest gegen die Absichtserklärung, an den Schulen fakultativen Türkisch-Unterricht einzuführen. Sie hatten

⁹ Hierzu jetzt sehr anschaulich Ljiljana Smajlović, Desintegration, Ethnisierung, Krieg: Der Fall Bosnien, in: Magaritsch A. Hatschikjan/Peter R. Weilemann (Hrsg.), Nationalismen im Umbruch. Ethnizität, Staat und Politik im neuen Osteuropa, Köln 1995.

insofern Erfolg, als bis zum heutigen Tage die Realisierung des Vorhabens eine höchst seltene Erscheinung geblieben ist.

Solche Konflikte haben zumindest zeitweise die – wenn auch in höchst unterschiedlichen Ausmaßen ausgefallenen – Fortschritte überdeckt. Gewiß, Osteuropa ist in der Frage der Amtssprachen nach wie vor weitgehend unitaristisch, Mehrsprachigkeit im Prinzip unerwünscht. Nichtsdestoweniger stellt heute etwa Bulgarien, das sich in der sprachlich-kulturellen Toleranz-Skala an der untersten Stufe bewegt, einen Ausnahmefall dar, wenn es einige Minimalnormen (Dolmetscher bei Gericht, fakultativer muttersprachlicher Unterricht) auf dem Papier anerkennt, aber in der Realität mehr oder weniger häufig mißachtet. In allen anderen Staaten mit größeren Minderheitengruppen sieht die Sachlage auf diesem Sektor deutlich besser aus. Das trifft auch auf Staaten zu, die üblicherweise in Minoritätenfragen eine schlechte Reputation genießen, etwa die Slowakei oder Rumänien. Und das betrifft erst recht Polen: Hier, wo bis 1989 nicht einmal die Existenz einer deutschen Minderheit anerkannt wurde, registrierte man am Ende des Schuljahres 1993/94, daß in Oppeln und Kattowitz die Hälfte aller Grundschulen Deutschunterricht (zumeist allerdings als Fremdsprache) anbot, an 24 Grundschulen muttersprachlicher Deutschunterricht stattfand und an einem (Oppelner) Gymnasium zweisprachiger Unterricht erteilt wurde. Sowohl von polnischer wie auch von deutscher Minoritätenseite wurde dazu angemerkt, daß diese Zahlen noch höher ausgefallen wären, wenn es nicht spürbare Defizite gäbe: an Lehrern, an Ausbildungsstätten für Lehrer und an Geld.

Dies ist eine durchaus verallgemeinerbare Aussage für Osteuropa: Oft setzt inzwischen nicht mehr der mangelnde Wille die Grenzen, sondern das mangelnde Geld. Es ist eine Binsenweisheit, aber in der gegenwärtigen Periode hat sie besonderes Gewicht: Minderheitenpolitik kostet Geld, und eine gute kostet noch mehr. Angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage und der finanziellen Ressourcen der osteuropäischen Staaten wäre es schlicht realitätsfremd, für die nächste Zukunft sprunghafte Verbesserungen etwa im Bereich des Schulwesens und damit auch des Unterrichts in den Minoritätensprachen zu erwarten.

Dies ist nicht der einzige und langfristig nicht der bedeutendste Aspekt der Ökonomisierung der ethnischen Beziehungen in Osteuropa¹⁰. Wichtiger

10 Dazu jetzt neu Rumen Dimitrov, Türken, Tabak, Politik. Zur Ökonomisierung ethnischer Konflikte in Bulgarien, in: ebd.

noch erscheint ein anderer Umstand, der mittelbar oder unmittelbar aus der sozialökonomischen Transformation entspringt. Die Folgewirkungen der grundlegenden Änderungen der Eigentumsverhältnisse, der Restitutionsen namentlich in den ländlichen Gebieten und der Einbrüche in der Industrie- und Agrarproduktion haben die Lebensbedingungen großer Teile verschiedener Minderheitengruppen in besonderem Maße und offensichtlich auf Dauer getroffen. Dies gilt dort, wo die Minderheiten auch früher keinen Grundbesitz hatten und von der Restitution zunächst nur die darauf folgende Arbeitslosigkeit zu spüren bekamen; wo sie kollektiv auf bestimmte Tätigkeiten oder auf die Nutzung ökonomischer Nischen spezialisiert waren, die inzwischen ganz oder teilweise der krisenhaften wirtschaftlichen Entwicklung zum Opfer gefallen sind; und vor allem dort, wo zu alledem noch ein strukturschwaches Siedlungsgebiet hinzukommt – also insbesondere für die Roma überall, für die Türken in Bulgarien, für die Albaner in Kosovo, in Montenegro und Mazedonien. Wo die Ökonomisierung der ethnischen Beziehungen auf relativ gleichmäßige sozialökonomische Konstellationen trifft, kann sie gewiß zu einer Versachlichung im Verhältnis von Mehrheiten zu Minderheiten beitragen. Wo sie aber traditionell unterprivilegierte Minderheiten tangiert oder auch ökonomisch besonders agile noch scheinbar bevorzugt, besteht durchaus die Gefahr der Verschärfung, wenn aufeinanderprallende ökonomische Interessen ethnisch gelesen und entsprechende Disproportionen in Nationalitätenkonflikte übersetzt werden.

Hier liegt eines der sicher nicht intendierten, aber wohl unvermeidlichen Ergebnisse der doppelten Wende zu Beginn der neunziger Jahre. Osteuropa kennt aus der Zwischenkriegszeit die Ethnisierung ökonomischer Beziehungen, als – etwa bei der Landreform – ökonomische Maßnahmen systematisch auch zur Schwächung der Positionen der nationalen/ethnischen Minderheiten genutzt wurden. Nun erlebt es ungefähr das Gegenstück: Selbst dort, wo der Wille zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den Nationalitäten vorhanden ist, stößt er an die sozialökonomisch und in gewissem Sinne auch kulturell bedingten Schranken. Je nachdem, wie geduldig oder zielbewußt die Antwort auf diese neue Herausforderung für den gesamten Raum ausfällt, wird sich die Waage zugunsten der radikalen oder aber der moderaten national(istisch)en Kräfte neigen. Wenn die Antwort auf Dauer uneinheitlich bleibt, wird die Wende von 1989 auch den Keim für die Spaltung der Nationalismen in Osteuropa gelegt haben.

IV. Fazit

Das thematisch wie räumlich breite und vielfältige Spektrum der Erscheinungsformen und Auswirkungen nationaler/ethnischer Bestrebungen verweist darauf, daß es sich hier nicht um ein einheitliches Ganzes handelt. Wir haben es nicht mit *dem* Nationalismus zu tun, sondern mit Nationalismen, die in sich nicht einheitlich und nicht statisch sind, sondern diversifiziert, variabel, mobil – was auch heißt, von innen und von außen beeinflussbar. Ihre Wechselwirkungen mit den Transformationen reichen von der gegenseitigen Beflügelung bis zur Möglichkeit der gegenseitigen Erstickung. Gewiß können Demokratie und Nation/Ethnie in ein antagonistisches Verhältnis geraten, was in einzelnen Fällen während der vergangenen fünf Jahre in Osteuropa geschehen ist. Doch war dies weder die Regel noch erst recht das bestimmende bzw. unabänderliche Strukturelement der Entwicklungen in dieser Region.

Die vereinfachenden Gegenüberstellungen – Nation vs. Demokratie, Nationalstaat vs. Integration, Tradition vs. Moderne, Mythos vs. Realität – operieren mit schlichten Alternativen, die sauber nach „Böse“ und „Gut“ trennen. Gewiß – was das Verhältnis von Demokratie und Nation/Ethnizität angeht, so stellen in Osteuropa Disproportionen zugunsten von Nation, Nationalstaat und Ethnizität eine große Gefahr dar, die in unterschiedlichen Ausmaßen und Regionen auch gegenwärtig zum Ausdruck kommt. Es existiert in diesem Raum unbestreitbar so etwas wie eine nationalistische oder ethnizistische Versuchung. Aber diese mit einer Art universalistischem Fundamentalismus bekämpfen oder gar austreiben zu wollen ist nach aller Erfahrung die zweitsicherste Möglichkeit zur Förderung intoleranter Ausprägungen von Nationalismen¹¹.

11 Nicht geringen Anteil an der Verbreitung der Dichotomien haben einige bekannte Werke aus der Nationalismus-Forschung, namentlich Eric J. Hobsbawm, *Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780*, Frankfurt

Auch im osteuropäischen Regelfall sind heute die Beziehungen zwischen Nation und Demokratie von gleichzeitiger Anziehung und Abstoßung gekennzeichnet – ein Verhältnis, in dem die Interessen beider Seiten weder automatisch zusammenfallen noch sich zwangsläufig entgegenstehen, in dem beide also einander bedürfen und aufeinander angewiesen sind: deswegen eben Haßliebe und Spannungsgemeinschaft¹². Es ist ziemlich müßig und dazu noch schädlich, die Probleme, die dieses komplizierte Verhältnis bereitet, durch das Niederzwingen der einen Seite „lösen“ zu wollen – das wird in aller Regel beiden Seiten nicht guttun. Vielmehr kommt es darauf an, eine vernünftige Basis für beider Zusammenleben zu finden, die die Spannungen nicht leugnet und doch die Gemeinschaft hervorhebt. „Jedes Land muß den *Raum der eigenen Freiheit*, soweit wie möglich, entdecken und ausnutzen. Jedes sollte sich die Fähigkeit verschaffen zu Initiativen, die den eigenen sozialen Bedürfnissen entsprechen. Jedes sollte sich auch Rechenschaft geben über die wirklichen Bedürfnisse sowie über die Rechte und Pflichten, durch die es gehalten ist, solche Bedürfnisse zu befriedigen. Die Entwicklung der Völker setzt ein und verwirklicht sich am besten, indem sich jedes einzelne Volk um die eigene Entwicklung in Zusammenarbeit mit den anderen bemüht.“¹³

a. M. – New York 1991; partiell auch Ernest Gellner, *Thought and Change*, London 1964, der aber später – *Nations and Nationalism*, New York 1983 – weitaus differenzierter argumentierte; obwohl der Titel der deutschen Übersetzung – fälschlicherweise – anderes suggeriert, gehört Benedict Anderson, *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*, London 1983 (deutsch: *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines erfolgreichen Konzepts*, Frankfurt a. M. – New York 1988) nicht in diese Reihe. Für eine materialreiche und fundierte Übersicht siehe Bernd Estel, *Grundaspekte der Nation*, in: B. Estel/T. Meyer (Anm. 2), S. 13–81, hier insbes. S. 25 ff.

12 In bewußter und dankbarer Anlehnung an einen Begriff, den der tschechische Historiker Jan Křen zur Charakterisierung der Beziehungen zwischen Tschechen und Deutschen (und Juden) in den böhmischen Ländern benutzt hat. Siehe Jan Křen, *Konfliktní společenství (Konfliktgemeinschaften). Česi a Němci 1780–1918*, Praha 1990.

13 Papst Johannes Paul II., Enzyklika *Sollicitudo rei socialis*, 30. Dezember 1987, Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls 82, S. 54 f. Hervorhebung im Original.

Die Europäische Union und die mittelosteuropäischen Länder: Entwicklungen und wirtschaftspolitische Optionen

I. Europäische Union und gesamteuropäische Marktwirtschaft

Nachdem Europa fast eine Generation lang durch ideologische Gegensätze und Machtrivalitäten geprägt war, bietet sich in den neunziger Jahren erstmals seit 1914 wieder die Chance, eine prosperierende gesamteuropäische Marktwirtschaft zu errichten. Anders als vor dem Ersten Weltkrieg bestehen auf der politischen Ebene durch die Existenz internationaler Organisationen (IMF, GATT/WTO, Bank für Internationalen Zahlungsausgleich) erprobte Institutionen für multilaterale, an Regeln ausgerichtete Problemlösungen einerseits und andererseits ordnungspolitische Vorgaben für die Transformationsländer. Zudem ist mit der Europäischen Union in Westeuropa eine in Jahrzehnten gewachsene Gemeinschaft mit supranationalen politischen Entscheidungsstrukturen und einer als wirtschaftlicher Liberalisierungsclub ausgeformten Gruppe von marktwirtschaftlichen Industrieländern entstanden.

In der ersten Hälfte der neunziger Jahre, in denen die EU als Integrationsprojekte das Binnenmarktprogramm, die Wirtschafts- und Währungsunion sowie die EFTA-Erweiterungsrunde auf der Agenda hatte¹, hat sich unversehens durch den Kollaps von RGW und UdSSR die Option einer Integration Mittelosteuropas mit der EU ergeben. Es stellt sich die Frage, welche Entwicklungen für das West-Ost-Verhältnis in Europa von besonderer Bedeutung sind, welche neuen wirtschaftspolitischen Anpassungsprobleme sich aus der Öffnung Mittelosteuropas und welche politischen Optionen für eine Neugestaltung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen sich ergeben. Dabei sind die Veränderungen der EU-Ostgrenze nur ein Teilaspekt der durch den Niedergang des Sozialismus bzw. des Modells der Zentralverwaltungswirtschaft beding-

ten Umfeld-Krise der EU. Die Südgrenze zu den afrikanischen Maghreb-Staaten, die in Teilen auch Verfechter dieses obsoleten Modells waren, ist gleichfalls stabilisierungsbedürftig, da auch hier wachsende Einkommensrückstände gegenüber Westeuropa, steigender Migrationsdruck und politische Radikalisierung drohen.

Für ein stabiles Gesamteuropa gibt es vier Voraussetzungen: In der EU müßte einerseits der wirtschaftliche Problemüberhang der siebziger und achtziger Jahre – vor allem die hohen Arbeitslosenquoten – beseitigt werden, andererseits muß nach der EFTA-Erweiterungsrunde ein neues institutionelles und politisches Gleichgewicht in der EU gefunden werden. Mit Österreich, Finnland und Schweden wurde die EU um Länder erweitert, die historisch und aktuell erhebliche Verbindungen nach Mitteleuropa aufzuweisen haben. In den kleineren Ex-RGW-Ländern müßten die transformationspolitischen Anpassungsprobleme bewältigt und ein dauerhaftes hohes Wirtschaftswachstum zur Befriedigung des steigenden Anspruchsniveaus der Bevölkerung erreicht werden. Schließlich müßten externe Schocks und Störpotentiale eingegrenzt und kontrollierbar bleiben, wobei die Probleme in den Nachfolgestaaten der UdSSR sowie Jugoslawiens die wichtigsten potentiellen Destabilisierungsherde sind.

1. Integrationsdynamik in der EU und Systemtransformation in Mittelosteuropa

Mit der Schaffung des EU-Binnenmarktes 1993 ergab sich in der EU ein verschärfter Konkurrenzdruck, und zwar nicht nur im Industriebereich, sondern erstmals – dank Liberalisierung der Dienstleistungen – auch im Dienstleistungs- bzw. Finanzsektor. Der Druck zur Erwirtschaftung einer marktgerechten Kapitalverzinsung nimmt dadurch zu. Die Liberalisierung des Banken- und Versicherungssektors bedeutet in Verbindung mit der am 1. Januar 1994 begonnenen zweiten Stufe der Währungsunion (Gründung des Europäischen Währungsinstituts, Vorlage von Konvergenzprogrammen im Blick auf die Defizit-Begrenzungskriterien etc.), daß sich in den EU-Ländern der wirt-

¹ Zu Problemen der EFTA-Erweiterungsrunde siehe insbesondere H. Kramer u. a., Österreich in der Europäischen Union, Sonderheft der WIFO-Monatsberichte, Wien 1994.

schaftspolitische Autonomiegrad vermindert, so daß traditionelle Mittel der Geld- und Fiskalpolitik nur noch eingeschränkt eingesetzt werden können².

Für die mittelosteuropäischen Länder, die bei wachsenden Export- und Importquoten verstärkt vom EU-Konjunkturzyklus abhängig werden, bedeutet dies besondere Risiken im marktwirtschaftlichen Transformations- und Öffnungsprozeß. Denn anders als in den EU-Wohlfahrtsstaaten sind in den postsozialistischen Ländern die sozialen Sicherungssysteme wenig ausgebaut, und zudem ist das Pro-Kopf-Einkommen vergleichsweise niedrig; die Visegrád-Länder³ erreichen etwa Pro-Kopf-Einkommen wie Portugal, Irland und Griechenland. Für das Jahr 2010 erwartet die EU, daß die Spitzenreiter Slowenien und Tschechische Republik 80 bzw. 75 Prozent des EU-Durchschnittseinkommens erreichen, Rumänien und Bulgarien allerdings nur 29 bzw. 36 Prozent (Griechenland: 51 Prozent).

Die mittelosteuropäischen Länder sehen sich neben den eigentlichen transformationsseitigen Anpassungsproblemen also mit marktwirtschaftlichen Konjunkturproblemen konfrontiert, wozu noch die Erfordernisse des strukturellen Wandels treten. Dabei spielt in den Ex-RGW-Ländern (ohne UdSSR) die Landwirtschaft – in der EU ein kostspieliger Subventionsgänger – noch eine relativ große Rolle: Etwa zehn Millionen Menschen (ein Viertel der Erwerbsbevölkerung) ist dort in der Landwirtschaft beschäftigt, während die EU-Anteilswerte bei Beschäftigung und Produktion nur 6 bzw. 2,5 Prozent ausmachen. Nachdem die kleineren RGW-Länder über Jahrzehnte durch das Wirtschaftssystem und die Vorherrschaft der UdSSR wie durch die Abschottung gegenüber den kapitalistischen Weltmärkten geprägte Spezialisierungsmuster entwickelt haben, ist mit der marktwirtschaftlichen Transformation und der Öffnung zu den OECD-Ländern sowie mit der weitgehenden Abschaffung der CoCom-Liste eine Entwertung vieler Produktionsgüterschwerpunkte, Produktionsstandorte und -verfahren zu erwarten. In dem Maß, in dem sich in Mittelosteuropa wettbewerbliche Anpassungsprozesse entwickeln, wird es zu neuen Spezialisierungsmustern entsprechend den komparativen Vorteilen der Ex-RGW-Länder kommen.

2 Vgl. P. J. J. Welfens, *European Monetary Integration*, Heidelberg 1994³; ders., *Europäische Union*, in: A. Boersch Supan/J. von Hagen/P. J. J. Welfens (Hrsg.), *Springers Handbuch der Volkswirtschaftslehre*, Heidelberg i. E.

3 Dazu zählen Ungarn, Polen und die ČSFR bzw. deren Nachfolgestaaten; benannt nach einem Treffen auf Schloß Visegrád bei Budapest im Februar 1991.

Struktureller Anpassungsdruck entsteht im Zuge der durch den Binnenmarkt verschärften Markt- und Standortkonkurrenz auch in der EU, wo die Preiswettbewerbsfähigkeit bei standardisierten Produkten eine viel größere Rolle als bisher spielen wird. In der EU besteht daher eine Tendenz, bei Standortverlagerungen und Verminderung von Fertigungstiefen – u. a. durch Erhöhung der Importe – gerade auch die neuen Investitions- und Handelsmöglichkeiten mit Mittelosteuropa zu prüfen: Der EU-Anpassungsdruck wirkt also indirekt auf die Transformationsländer ein; der interindustrielle Handel zwischen der EU und den Transformationsländern wächst. Bei ähnlichen Produktionsbedingungen und Einkommensniveaus in den EU-Ländern selbst besteht eine Tendenz zu einem weiter zunehmenden wechselseitigen Handel (mit ähnlichen Produkten) in der Gemeinschaft und verstärkter Ausnutzung von Massenproduktionsvorteilen, wodurch ein Markteintritt für Produzenten aus Drittländern erschwert wird. Als Marktzutrittsschranken wirken auch bestehende und neuentwickelte Technikstandards, die z. B. in der Elektroindustrie weitgehend durch multinationale Unternehmen vereinbart werden. Gleichwohl bedeuten die verschärfte Binnenmarktkonkurrenz und längerfristig erhöhtes Wachstum in der EU, daß die mittelosteuropäischen Transformationsländer Chancen zu stark steigenden Westexporten haben. Die EU-Integration wirkt also handelsschaffend für Gesamteuropa.

Infolge der Abschaffung nichttarifärer Handelshemmnisse bei gleichzeitiger EU-Erweiterung um die EFTA-Länder kommt es zu einer erheblichen Verschärfung des Standortwettbewerbs und infolgedessen zu Arbeitsplatzverlusten und verminderten Steuereinnahmen in negativ vom Struktur- und Standortwandel betroffenen Regionen Westeuropas. Der Standortwettbewerb verschärft sich zudem dadurch, daß die mittelosteuropäischen Transformationsländer nach Jahrzehnten sozialistischer Autarkiepolitik nunmehr eine Transformation zu offenen Marktwirtschaften durchführen: Dank niedriger Löhne und relativ gut ausgebildeter Arbeitskräfte sowie einer liberalisierten Außenhandels- und Direktinvestitionsgesetzgebung sind sie zu Wettbewerbern bei arbeits- und wissensintensiven Produktionen geworden; ähnlich wie Japan im Verhältnis zu Südostasien und die USA zu Lateinamerika hat die EU nunmehr in unmittelbarer Nachbarschaft eine Niedriglohnregion, was bei verschärftem EU-weiten Wettbewerb zu beschleunigten Standortverlagerungen nach Mittelosteuropa führen kann. Zwar hatten im Zeitraum 1990–1993 nur Ungarn und die Tschechoslowakei

bzw. die Tschechische Republik relativ hohe Pro-Kopf-Direktinvestitionszuflüsse zu verzeichnen, aber Polen, die Slowakische Republik und andere Länder könnten bei Erhöhung der politischen Stabilität rasch aufholen.

2. Neue Arbeitsteilung in Europa

Eine neue effiziente Arbeitsteilung in Europa könnte unter marktwirtschaftlichen Vorzeichen bei Freihandel und freiem Kapitalverkehr entstehen, so daß Prosperität und Stabilität in ganz Europa zustande kämen; letzteres wird aber kaum möglich sein, wenn es nicht gelingt, das große West-Ost-Wohlstandsgefälle in Europa nachhaltig zu vermindern. An der Wohlstandsgrenze zwischen Deutschland und Polen sind die Unterschiede im Pro-Kopf-Einkommen ähnlich groß wie zwischen Kalifornien und Mexiko, zugleich aber sind die Voraussetzungen für eine Minderung des ökonomischen Gefälles schlechter als in Nordamerika. Historisch-politische Belastungen im Verhältnis zwischen Deutschland und Osteuropa bzw. der Ex-UdSSR sowie ein wachsender ökonomischer Nationalismus in West- und in Osteuropa lassen zum Beispiel eine (West-)Migration osteuropäischer Arbeitskräfte sowie deutsche und andere EU-Direktinvestitionen im Ex-RGW-Raum als komplexere Kanäle für ökonomische Angleichungsprozesse erscheinen als entsprechende Vorgänge in Nordamerika. Um so wichtiger wäre es, die in der EG bewährten Angleichungsmechanismen zum Zuge kommen zu lassen: freien Außenhandel und freien Kapitalverkehr.

Die Ex-RGW-Staaten lagen 1990/91 im Pro-Kopf-Einkommen hinter Griechenland, und ihre Pro-Kopf-Exporte betragen kaum ein Achtel des EFTA-Durchschnittswertes. Die hierin zum Ausdruck kommenden verpaßten Entwicklungschancen sozialistischer Wirtschaften bedeuten aber keineswegs, daß Osteuropa und die Ex-UdSSR nicht ein enormes wirtschaftliches und technologisches Potential hätten und unter bestimmten Bedingungen an verschüttete historische Anfangserfolge als Marktwirtschaften anknüpfen könnten. Immerhin lag Finnland im Pro-Kopf-Einkommen 1913 nur 60 Prozent vor Rußland, während es 1991 mit 23 980 US-Dollar ein gut fünffach so hohes Pro-Kopf-Einkommen wie Rußland mit 3 000–4 000 US-Dollar erreichte (auf Basis von Kaufkraftparitäten sind die Unterschiede allerdings etwas geringer). Hätte Finnland 1991 nur einen Vorsprung von 60 Prozent gegenüber Rußland verzeichnet, so hätte dies für Rußland bedeutet, daß man dort fast das Pro-Kopf-Einkommen Großbritanniens erreichte. Für die Ex-ČSFR, die in der Zwischenkriegszeit

eines der ökonomisch und technologisch führenden europäischen Länder war, könnte ein Wiederanknüpfen an historisch zeitweilig verbaute Entwicklungslinien einer Marktwirtschaft noch weit größere absolute wie relative Pro-Kopf-Einkommensgewinne auf lange Sicht bedeuten. Die Situation in den Ex-RGW-Ländern ist insgesamt vom historischen Hintergrund – wie der aktuellen Entwicklung – her allerdings durchaus recht differenziert.

Für Westeuropa würden sich insgesamt bei einem erfolgreichen marktwirtschaftlichen Entwicklungsprozeß im Ex-RGW-Raum mit seinen rund 350 Millionen Einwohnern Chancen zur Erschließung preiswerter Bezugsquellen für Rohstoffe, Vorprodukte und Industriewaren auf der einen Seite, auf der anderen Seite neue Absatzmärkte und Investitionsstandorte anbieten. Unklar bleibt zunächst, wie das ökonomische Entwicklungspotential des Ex-RGW-Raumes erschlossen werden kann und inwieweit insbesondere die westeuropäischen Staaten dazu beitragen und zugleich davon profitieren können. Sicher abzusehen ist allerdings ohne weiteres, daß erfolgreiche ökonomische Aufholprozesse in Osteuropa und der Ex-UdSSR eine Öffnung zur Weltwirtschaft hin erfordern werden. Das heißt, daß Westeuropa sich neben neuen Märkten vor allem mit neuen Konkurrenten konfrontiert sehen wird. Dies ist solange wenig problematisch, wie es für die von verschärfter Importkonkurrenz negativ in der EU betroffenen Industrien globale Ausweichmöglichkeiten auf der Absatz- wie der Produktionsseite sowie alternative Arbeitsplatzangebote gibt. Von daher sind etwa die Entwicklungsaussichten der Chemieindustrie und des Fahrzeugbaus im Gegensatz zur Stahl- und Textilindustrie eher unproblematisch.

II. Entwicklungen im Verhältnis Mittelosteuropa – Europäische Union

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und den Ländern des ehemaligen Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) haben sich seit 1990 im Zuge der mittelosteuropäischen Systemtransformation dramatisch gewandelt. Die Ex-RGW-Länder haben eine umfassende außenwirtschaftliche Öffnung vorgenommen, wobei sich die regionale Orientierung der kleineren Länder stark zugunsten der EU und zu Lasten der EX-UdSSR bzw. des Intraregionalhandels verändert hat. Ansätze zu einer verstärkten Wirtschaftsintegration

mit der EU sind erkennbar, die eine Zollunion (von Handelshemmnissen freier Binnenmarkt mit gemeinsamem Außenzoll der Länder) und darüber hinaus eine Wirtschaftsunion (Politikkoordinierung) darstellt: Die Schranken für den Handels- und Kapitalverkehr zwischen West- und Osteuropa werden schrittweise abgebaut.

Aus außenhandelstheoretischer Sicht kommt es zwischen sich stärker integrierenden Ländern zu einem wohlfahrtsfördernden Handelwachstum (Handelsschaffungseffekt). Dem steht ein negativer Handelsablenkungseffekt gegenüber, der für Drittländer eine Handelsverminderung mit den „Alt-Ländern“ des Integrationsraums bedeutet. Der Gesamtnutzeneffekt von Handelsschaffungs- und Handelsablenkungseffekt ist um so eher positiv, je größer das Wirtschaftswachstum im erweiterten Integrationsraum ist. Allerdings bestehen im Ex-RGW-Raum erhöhte politische Konfliktpotentiale, weil erfahrungsgemäß eine sinkende Handelsintensität mit wachsender außenpolitischer Konfliktbereitschaft der betroffenen Länder einhergeht. Außenhandelsbeziehungen benachbarter Länder sind im allgemeinen besonders intensiv, schon wegen der relativ geringen bilateralen Transportkosten⁴. Infolge der rückläufigen Industrieproduktion und des Fehlens der für den Außenhandel unabdingbaren Reputation und Stabilität inländischer Unternehmen und Banken in Mittelosteuropa ist jedoch der Außenhandel im Ex-RGW-Raum in einigen Sektoren zu gering.

Es stellt sich die Frage, inwieweit im Zuge des ökonomischen Transformationsprozesses in Mittelosteuropa Anpassungsimpulse entstehen, die das dortige regionale Handels- und Direktinvestitionsdefizit vermindern, oder ob im Gegenteil wirtschaftliche Mechanismen und politische Instabilitäten diesbezüglich einen weiteren Niedergang auslösen. Mit Blick auf die EU stellt sich das Problem, ob diese direkt oder indirekt – etwa über eine Einflußnahme via internationale Organisationen (z.B. eine um Mittelosteuropa erweiterte „neue“ OECD) – im Ex-RGW-Raum politisch und ökonomisch auf mehr Stabilität und letztlich auf ein höheres Wachstum und steigenden intra- und extraregionalen Handel wirken können. Nur bei internen oder externen Stabilisierungsimpulsen kann eine auch für das Zusammenwachsen von West- und Osteuropa unerläßliche Prosperität in den Transformationsländern entstehen.

4 Siehe hierzu H. Linnemann, *An Economic Study of International Trade Flows*, Amsterdam 1966.

1. Entwicklungstendenzen und Probleme in Mittelosteuropa

Der RGW und die UdSSR sind 1990/91 zerfallen, und eine Reihe von neuen Staatengründungen im Ex-RGW-Raum sowie im ehemaligen Jugoslawien erschweren den ökonomischen Transformationsprozeß⁵. Die Wirtschaftsprobleme der Transformationsländer in Mittelosteuropa zeigen sich vor allem in drei Bereichen:

1. Es gab massive Produktionseinbrüche und stark ansteigende Arbeitslosenquoten – mit Ausnahme der Tschechischen Republik. Nach starken Rückgängen beim Bruttoinlandsprodukt 1990–1992 zeigten sich 1993/94 allerdings erstmals positive Wachstumsraten in Transformationsländern: insbesondere in der Tschechischen Republik und in Polen, das immerhin ein reales Wachstum von fünf Prozent erreichte⁶. Die langfristigen Wachstumschancen sind – politische Stabilität vorausgesetzt – höher als in Westeuropa, weil Mittelosteuropa weitgehend nicht patentgeschützte Technologievorsprünge der OECD-Länder nunmehr aufholen könnte; die alte CoCom-Liste existiert nicht länger, die für den Technologietransfer wichtigen Direktinvestoren werden aktiv umworben, und die verbesserten Anreize für eine Weltmarktorientierung werden neue Wachstumschancen erschließen und mobilisieren. Mit der Modernisierung des Kapitalbestandes in Mittelosteuropa dürften aber in der ersten Transformationsphase selbst bei mittleren Wachstumsraten kaum Beschäftigungsgewinne zu erzielen sein, da der Import westlicher Technologien und Anlagen einen Produktivitätsschub in der Industrie bringt. Allerdings entstehen im expandierenden Dienstleistungssektor neue Arbeitsplätze.

2. Produktionsrückgänge und Unternehmenskonkurse – unvermeidliches Nebenergebnis der Priva-

5 Einführend in die Transformationsproblematik siehe D. Cassel, *Wirtschaftssysteme im Umbruch*, München 1990; K.-H. Hartwig/H.J. Thieme (Hrsg.), *Transformationsprozesse in sozialistischen Wirtschaftssystemen*, Heidelberg 1992; P.J.J. Welfens, *Market-oriented Systemic Transformations in Eastern Europe*, Heidelberg 1992; R. Portes (Hrsg.), *Economic Transformation in Central Europe. A Progress Report*, London 1993; P. Jasinski/P.J.J. Welfens, *Privatization and Foreign Direct Investment in Transforming Economies*, Aldershot 1994.

6 Fünf Prozent Wachstum sind allerdings bei sich im Transformationsprozeß ergebenden erhöhten Einkommensunterschieden vermutlich zuwenig, um für die einkommensmäßig untere Hälfte der (Wahl-)Bevölkerung eine erheblich verbesserte Nutzenposition zu erzielen. Dem in Marktwirtschaften differenzierteren und qualitativ besseren Konsumgüter- und Dienstleistungsangebot steht nämlich gerade für die wenig Qualifizierten (und Geringverdienenden) das neue Arbeitsplatzrisiko gegenüber.

tisierungsanstrengungen – führen zu massiven Beschäftigungsproblemen, die sich in zweistelligen Arbeitslosenquoten niederschlagen; unter ökonomischen Gesichtspunkten ist die Schließung unrentabler Unternehmen häufig sinnvoll und die von Unternehmen mit früher negativer Wertschöpfung gar ein volkswirtschaftlicher Gewinn. Die Schließung von Betrieben, die Entschlackung der Staatsverwaltung und schließlich der Rüstungsabbau konfrontieren die jungen Demokratien des Ex-RGW-Raumes jedoch mit einem Arbeitslosenproblem, dem sie auf Dauer politisch kaum gewachsen sind. Die im Vergleich zu Westeuropa hohen Erwerbsquoten – insbesondere bei Frauen – wären zu Beginn der neunziger Jahre noch stärker gefallen, wenn nicht durch hohe Inflationsraten, ja Hyperinflation in einigen Transformationsländern, die Reallöhne deutlich reduziert worden wären.

3. Effizienzsichernde Privatisierungen, Demonopolisierungen und Konkurse sind bislang in den Ex-RGW-Ländern nur langsam und partiell durchsetzbar gewesen; dies steht im Gegensatz zu den neuen Bundesländern, wo die Einbindung in die westdeutsche bzw. EG-Wettbewerbsordnung im Zuge der deutschen Wiedervereinigung 1990 erfolgte. Aber auch in Ostdeutschland ist nach jahrzehntelanger Trennung von der Weltwirtschaft ein ökonomisch-technologischer Aufholprozeß – trotz hoher westdeutscher Transfers – erst allmählich zu realisieren; jährliche Wachstumsraten von sieben Prozent, wie sie für eine Verdoppelung des Sozialproduktes in zehn Jahren erforderlich wären, sind von Ex-RGW-Ländern allenfalls längerfristig zu erreichen⁷.

Die traditionellen Spezialisierungsmuster der kleineren Ex-RGW-Länder, die dank preiswerter UdSSR-Rohstoffexporte und infolge fehlenden Drucks zur Erwirtschaftung einer positiven Kapitalrendite stark auf rohstoff- und kapitalintensive Produktion ausgerichtet waren, werden auf Dauer nicht haltbar sein⁸. Angesichts der besonders starken Entwertung des Realkapitalbestandes in den ehemals sozialistischen Ländern und der sehr geringen Reallöhne ist offenkundig, daß die Transformationsländer kurz- bis mittelfristig komparative Vorteile bei arbeitsintensiven Gütern haben werden, wozu angesichts ebenfalls

niedriger Energiekosten – z.T. bedingt durch geringe Umweltschutzaufgaben – auch energieintensive Produktgruppen treten können. Hier sind aus westeuropäischer Sicht die größten Produktionseinbußen zu befürchten; der internationale Preisverfall bei standardisierten Gütern könnte mittelfristig in einigen Industrien – nämlich im Zuge des osteuropäischen Kapazitätsausbaus und des Modernisierungsprozesses – eher noch stärker ausfallen als kurzfristig. Langfristig ist nicht ausgeschlossen, daß durch gezielte Forschungs- und Entwicklungs (F&E)-Anstrengungen sowie staatliche Interventionen auch stärker kapital- und wissensintensive Industrien komparative Vorteile für die Transformationsländer darstellen. Im Fall Ungarns, das erhebliche Direktinvestitionen und damit neue Technologien nach der Transformation anziehen konnte, ist diese Entwicklung im Bereich forschungsintensiver Güter verstärkt in den neunziger Jahren zu erwarten. Im übrigen kann erwartet werden, daß die kleineren Ex-RGW-Länder dank guter Humankapitalausstattung und hoher Arbeitsverfügbarkeit eine verstärkte Spezialisierung bei mobilen forschungsintensiven Industrien vornehmen werden, aber auch bei Gütergruppen, die arbeitsintensiv sind.

Wenn Länder wie Polen, die Ukraine oder Rußland bestimmte Exporte stark expandieren lassen, so ist mit Veränderungen internationaler relativer Preise (Terms-of-trade-Effekten) zu rechnen, die für Anbieter ähnlicher Güter parallel Preis-, Umsatz- und Gewinneinbußen bedeuten. Diese Entwicklung durch westeuropäischen Protektionismus und Erhaltungssubventionen zu behindern, würde bedeuten, daß Westeuropa letztlich den Transformationsprozeß verzögert und eigene Wachstumschancen – nämlich steigende Kapitalgüterexporte für expandierende Industrien – behindert.

Für den Entwicklungsprozeß der Transformationsländer wesentlich wäre es, den Offenheitsgrad der Volkswirtschaften trotz der sozialistischen Erblasten rasch zu steigern⁹: Darunter ist aus theoretischer Sicht der Anteil der handelsfähigen, der Weltmarktkonkurrenz ausgesetzten Güter am Sozialprodukt zu verstehen; in pragmatischer Sicht kann auch auf die Exportquote (Exporte von

7 Zum Transformationsprozeß in Ostdeutschland vgl. P. J. J. Welfens (Hrsg.), *Economic Aspects of German Unification*, Heidelberg 1995²; G. Gutmann/U. Wagner (Hrsg.), *Ökonomische Erfolge und Mißerfolge der deutschen Vereinigung – eine Zwischenbilanz*, Stuttgart 1994.

8 Vgl. H. Klodt, *Perspektiven des Ost-West-Handels: Die komparativen Vorteile der mittel- und osteuropäischen Reformländer*, in: *Die Weltwirtschaft*, (1993) 4, S. 424–440.

9 Drei wesentliche Erblasten sind dabei die „Systemerbschaft“ im Sinne fortwirkender bürokratischer Entscheidungsstrukturen, die „Verhaltenserbschaft“ als Fortführung leistungsfeindlicher, initiativschwacher und inflexibler Verhaltensweisen sowie die „Strukturerbschaft“ in Form einer überdimensionierten und technisch veralteten Industrie. Siehe hierzu H.-H. Höhmann/C. Meier, *System Transformation in the East of Europe: Tasks, Risks and External Aspects*, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 4, Köln 1994.

Gütern und Dienstleistungen in vH des Bruttoinlandsproduktes) bzw. die Importquote abgestellt werden, die im Vergleich zu westeuropäischen Ländern vergleichbarer Größe in der Regel unterdimensioniert erscheinen. 1991 betrug die Exportquote Belgiens, der Niederlande, Österreichs und Spaniens 73, 54, 41 bzw. 17 Prozent, während Bulgariens, Ungarns, der Ex-ČSFR und Polens 63, 42, 34 und 20 Prozent erreichten. Die Export- und Importquoten der Transformationsländer sind seit 1992 z. T. erheblich gestiegen. Wichtiger noch ist, daß es zu einer regionalen Neuorientierung zugunsten Westeuropas gekommen ist.

Da zumindest mittelfristig die komparativen Vorteile der Transformationsländer gerade bei den („sensiblen“) Produkten liegen, die relativ arbeits-, energie- und umweltintensiv sind, ist seitens der OECD-Länder und hierbei insbesondere bei Produzenten in der EU zu befürchten, daß die 1990/91 noch schmale Exportbasis der Transformationsländer rasch und dauerhaft zunehmen wird; die EU-Importe werden weiterhin im Wachstumsprozeß zunehmen. Zudem haben OECD-Umfragen ergeben, daß das Exportpotential der Transformationsländer in vielen Fällen nicht nur wegen EU-seitiger Importbarrieren unterausgelastet und langsam wachsend ist, sondern weil in Mittelosteuropa noch interne Exportbarrieren bedeutsam sind¹⁰:

- Es bestehen erst längerfristig behebbare Infrastrukturengpässe in Mittelosteuropa, wo über Jahrzehnte eine starke RGW-Orientierung vorherrschte; diese Engpässe behindern das Wachstum der Exporte entlang der expandierenden West-Ost-Nachfrageachse in Europa.
- Die durch den Transformationsprozeß bedingten Unsicherheiten und die durch mangelnde langfristige Stabilität der Wirtschaftspolitik (z. B. in der Geld- und Wechselkurspolitik) verursachten Entscheidungsrisiken beeinträchtigen den Außenhandel, aber auch den Kapitalverkehr und die Kapitalbildung insgesamt.
- Unterentwickelte Finanzmarktinstitutionen beschränken die Dynamik der Exporte, für die stabile Währungsbedingungen sowie verlässliche und leistungsfähige Finanzdienstleister eine notwendige Vorbedingung sind.

2. EU-Perspektiven der Transformation

Die EU hat mit den kleineren Ex-RGW-Ländern in den Europa-Verträgen einen asymmetrischen

¹⁰ Vgl. OECD, Barriers to Trade with the Economies in Transition, Paris 1994.

Liberalisierungspakt geschlossen, der stufenweise zu Freihandel und freien Direktinvestitionen in Gesamteuropa führen wird. Nichttarifäre Handelshemmnisse bestehen seitens der EU allerdings in den sogenannten sensiblen Bereichen Landwirtschaft, Eisen und Stahl, Chemie, Textil und Bekleidung, wobei die EU-Länder bei der Ex-ČSFR auf Selbstbeschränkungsabkommen (SBA) bei Eisen und Stahl zum Schutz der EU-Industrie gedrängt haben. Die sensiblen Wirtschaftsbereiche sind dabei für die EU und den Ex-RGW von unterschiedlicher Bedeutung: Nur zwischen ein und vier Prozent der OECD-Importe stammten 1992 bei sensiblen Produkten aus den Ex-RGW-Ländern, während für einige Ex-RGW-Länder die Anteile sensibler Produkte am Gesamtexport bei fast 50 Prozent lagen. Bei den Exporten in die EU lagen 1992/93 die Anteilswerte der sensiblen Güter im Bereich von 40 Prozent (ČSFR) und 70 Prozent (Bulgarien), wie Tabelle 1 ausweist.

Wenn die EU-Länder die Exporte der Transformationsländer beschränken, so reduziert dies die Chancen Osteuropas auf ein exportinduziertes Wirtschaftswachstum. Mehr noch – die EU beschränkt dann indirekt ihre eigenen Absatzmöglichkeiten bei Kapitalgütern, die von den Transformationsländern nur bei hinreichenden Devisenerlösen mit hohen Wachstumsraten aus der EU importiert werden können.

Die mit den kleineren Ex-RGW-Ländern seitens der EG 1992/93 geschlossenen „Europa-Abkommen“ liberalisieren zwar den Warenhandel zwischen West- und Osteuropa, doch unterliegt fast die Hälfte der Exporte der Transformationsländer mengenmäßigen Beschränkungen. Dabei ist zu bedenken, daß die Westexporte Osteuropas von einer niedrigen Ausgangsbasis expandieren, so daß die 1991–1994 verzeichneten Exportzuwachsraten von rund 20 Prozent auf Seiten der kleinen Ex-RGW-Länder nicht als so gravierend erscheinen; gerade 3,8 Prozent der EG-Importe (ohne Intra-EG-Handel gerechnet) entfielen 1992/93 auf Mittelosteuropa, nochmals etwa 3,5 Prozent für die Ex-UdSSR kamen hinzu. Dieser Anteilswert ist jeweils geringer als die EG-Importe aus der Schweiz. Deutschland repräsentierte dabei fast 60 Prozent der EG-Importe.

Aus EU-Sicht erklärt sich der Charakter der sensiblen Industrien im wesentlichen daraus, daß diese Sektoren seit Jahrzehnten vom Wettbewerbsdruck der Weltmärkte teilweise abgeschirmt waren. Bei Chemieprodukten und in der Stahlindustrie stellt sich die Problematik allerdings anders dar: Bei Standardchemikalien sind die in Mittelosteuropa

Tabelle 1: Anteil sensibler Güter* an Exporten ausgewählter Länder in die EU 1992/93 (in Prozent)

	ČSFR	Ungarn	Polen	Rumänien	Bulgarien	Rußland
Eisen und Stahl	11	4	12	7	7	3
Chemie	8	9	6	4	7	4
Lederwaren, Textil, Bekleidung	17	23	21	49	38	1
Agrarprodukte	4	18	11	5	18	2

* Sensible Güter: Güter aus Sektoren mit Überkapazitäten bzw. hoher Subventionsquote in Europa.

Quelle: European Bank for Reconstruction and Development (EBRD; deutsch: EBWE, sog. Osteuropabank), Transition Report, London 1994, S. 117.

vorhandenen Produktionskapazitäten und Expansionsoptionen relativ groß, so daß die Öffnung der EU nach Mitteleuropa und die regionale Neuorientierung dieser Länder im Außenhandel hohe Marktanteilsverluste und massive Gewinneinbußen befürchten läßt, zumal wenn ausländische Direktinvestoren Produktionskapazitäten und den Modernisierungsgrad erhöhen. Furcht vor sinkenden Preisen bzw. Gewinnmargen ist insbesondere ein Grund für den Widerstand der EU-Stahlindustrie gegen eine völlige Importliberalisierung. In die Stahlindustrie sind in den beiden Jahrzehnten nach 1970 rund 120 Mrd. DM an Subventionen geflossen.

Die Ex-RGW-Länder Polen und ČSFR (einzige Visegrád-Länder mit verfügbaren Daten) waren 1992 im Vergleich zum Exportspezialisierungsgrad von Taiwan und Korea noch keineswegs deutlich auf bestimmte Exportproduktgruppen spezialisiert. Dies deutet darauf hin, daß mögliche Massenproduktionsvorteile noch wenig genutzt werden und daß der Wettbewerbsdruck bei begrenzter Privatisierung noch nicht lange genug gewirkt hat, um zur Herausbildung deutlicher Exportschwerpunkte beizutragen. Für EU-Unternehmen, die handelbare standardisierte Güter herstellen, dürfte von daher längerfristig aus Mitteleuropa ein dreifacher Anpassungsdruck über die Importkonkurrenz entstehen: Erhöhte Produktionspotentiale, steigende Spezialisierungsgrade und technologische Aufholprozesse werden den Strukturwandlungsdruck in der Industrie erhöhen. Dies gilt auch deshalb, weil im Zuge der Transformation zunächst ein Einbruch bei der Industrieproduktion als Folge des Abschmelzens von unter marktwirtschaftlichen Bedingungen nicht rentablen Produktionsbereichen zu erwarten ist, gefolgt von einem einkommensmäßigen Aufholprozeß in den Ex-RGW-Ländern, währenddessen der Anteil des Produzierenden Gewerbes am Bruttoinlandsprodukt noch ansteigen kann.

Da in fast allen EU-Ländern hohe Arbeitslosenquoten und ein hoher Anteil von Langzeitarbeitslosen die Widerstände gegen sektorale Schrumpfungprozesse verstärken, entstehen durch die außenwirtschaftliche Öffnung in West- und Osteuropa für die EU zumindest temporär erhebliche Probleme. Die Forderungen nach ex- und impliziten Erhaltungssubventionen werden zunehmen. In den EU-Verträgen ist zwar eine Beihilfenaufsicht über nationale Subventionen vorgesehen, es ist aber keineswegs sichergestellt, daß auf der EU-Ebene ähnliche Grundsätze angewendet werden. In dem Maß, wie auf nationaler Ebene die EU-Beihilfenaufsicht sowie die fiskalischen Begrenzungskriterien des Maastrichter Vertrages die Gewährung von Erhaltungssubventionen erschweren, dürfte in Brüssel der Druck auf ein Anwachsen supranationaler Mittel mit ähnlicher Zwecksetzung entstehen. Dies könnte dann besonders kritisch werden, wenn sich durch eine EU-Osterweiterung die ordnungspolitische Balance zugunsten protektionistisch-subventionsfreundlicher Politikkonzepte, ja einer selektiven Industriepolitik, verändern würde.

3. Die Rolle Mitteleuropas für die EU

Mitteleuropa ist für die EU aus wirtschaftlicher Sicht dreifach relevant: Wegen der Notwendigkeit zur Modernisierung des Kapitalbestands sowie der wachsenden Nachfrage nach westlichen Konsumgütern ist die Region ein wachsender Absatzmarkt für EU-Produzenten. Infolge der niedrigen Löhne ist Mitteleuropa eine für Standortverlagerungen von EU-Unternehmen längerfristig attraktive Region, zumal bei Verbesserung der Ost-West-Infrastrukturverbindungen (insbes. Straßenverkehr, Eisenbahn, Telekom). Schließlich ist die Region als Importquelle von Vor- und Endprodukten zunehmend attraktiv, da sich bei gegenüber der EU deutlich geringeren Preisen die Produktqualität und -diversifikation im Zuge von Privatisierung,

Wettbewerbsverschärfung und Kapitalmodernisierung verbessert. Unter scharfem Konkurrenzdruck des EU-Binnenmarkts stehende Unternehmen können durch den Einkauf preiswerter Vorprodukte in Mittelosteuropa ihre Preiswettbewerbsfähigkeit verbessern. Für die EU besteht erstmals die Möglichkeit – ähnlich wie für Japan und die USA seit Jahrzehnten –, hochwertige Vorprodukte aus einer benachbarten Niedriglohnregion zu importieren. Ob es dieser Region gelingen wird, den asiatischen Tigerländern zu folgen, die ihre Anteile am Weltexport binnen 25 Jahren mehr als vervierfachen konnten, bleibt abzuwarten.

Mittelosteuropa ist langfristig als Investitionsstandort interessant, da die Visegrád-Länder plus Bulgarien und Rumänien bei guter Humankapitalausstattung über den Vorteil sehr niedriger Lohnkosten und z.T. niedriger Steuersätze verfügen. Die Arbeitskosten in Ungarn als dem Land mit den höchsten Löhnen im Ex-RGW-Raum lagen 1992 nicht einmal bei der Hälfte des Durchschnittswertes für die Schwellenländer.

Tabelle 2: Arbeitskosten in ausgewählten Ländern (BRD [West] 1992: 100)

Südkorea	22,6
Taiwan	21,4
Portugal	21,3
Singapur	19,7
Hongkong	16,0
Mexiko	10,4
Ungarn	8,8
ČSFR	5,3
Polen	4,9

Quelle: Institut der Deutschen Wirtschaft, IWD Mitteilungen, Nr. 32, 12. August 1993, S. 2.

Die Aufhebung der derzeitigen ökonomischen Trennlinien in Europa wird in West- und Osteuropa insgesamt zu massiven Anpassungsproblemen führen, so daß man angesichts begrenzter ökonomischer und politischer Anpassungsfähigkeit eine künstlich verlangsamte, aber gleichwohl progressive Liberalisierung erwägen könnte. Dabei ist die verlängerte Anpassungsfrist in der EU zweckmäßigerweise für eine Verminderung der Arbeitslosenquoten durch eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik in Verbindung mit einer reformierten Arbeitslosenversicherung – mit regional differenzierten, anreizkompatiblen Beitragssätzen – zu nutzen¹¹. Auch für Mittelosteuropa

11 Vgl. P. J. J. Welfens, Growth and Full Employment in the European Union, Volkswirtschaftliche Diskussionsbeiträge, Nr. 201, Universität Münster 1994.

wären differenzierte Beitragssätze, die positiv von der regionalen Höhe und Durchschnittsdauer der Arbeitslosigkeit abhängen, als Anreiz zu vollbeschäftigungskonformer Tarif- und Wirtschaftspolitik sinnvoll. Eine derartige Reform ließe sich allerdings wohl erst nach einer beschäftigungswirksamen Wachstumsoffensive durchsetzen: Bei an nähernder Vollbeschäftigung werden die Widerstände gegen eine derartige Reform gering sein, da sich kaum eine Region ex ante eindeutig als überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit gefährdet einordnen kann.

Die Transformation zur Marktwirtschaft in Mittelosteuropa schafft enorme Anpassungsprobleme, bietet aber auch neue Expansionschancen. In den Transformationsländern gibt es ein erhebliches Expansionspotential für eine Reihe von Dienstleistungen und Gütern, die in der Zentralverwaltungswirtschaft von den staatlichen Planern systematisch vernachlässigt und bei denen chronische Versorgungsmängel bekannt wurden; dies gilt etwa für den privaten Wohnungsbau bzw. die Bauwirtschaft insgesamt, für den Gesundheitssektor, den Tourismus sowie für Banken und Versicherungen.

Angesichts der sozialismustypischen Vernachlässigungen von Dienstleistungen ergibt sich in den Transformationsländern ein erhebliches Wachstumspotential für private, soziale und industrielle Dienstleistungen. Industrielle Dienstleistungen dominieren in Westeuropa und sind dabei häufig durch Auslagerung von Dienstleistungen entstanden, die herkömmlich innerhalb von Industrieunternehmen erbracht worden waren. Die Privatisierung der Industrie in den Reformländern dürfte hier Expansionsimpulse für spezialisierte Dienstleistungsanbieter erbringen. Die Expansion relativ arbeitsintensiver Dienstleistungen dürfte den Ost-West-Immigrationsdruck in Europa vermindern, während Westeuropa zugleich von Hardware-Importen und dem Entstehen neuer Joint-venture-Partner profitieren könnte.

III. Optionen für eine Integration Mittelosteuropas mit der EU

Die Europäische Union steht vor der historisch einmaligen Herausforderung, nach einer erfolgreichen Integration Großbritanniens, Irlands und Dänemarks 1973, einer Süderweiterung in den

achtziger Jahren und einer erfolgsversprechenden EFTA-Erweiterungsrunde in den neunziger Jahren zu Ende dieses Jahrhunderts West- und Mitteleuropa ökonomisch und politisch in eine Gemeinschaft zu integrieren, die Frieden, Stabilität und Prosperität anstrebt. Hierfür gibt es verschiedene Optionen, die von einer vollen Mitgliedschaft bis zu weniger anspruchsvollen Integrationsformen reichen. Die Funktions- und Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft sollte dabei im Eigeninteresse sowohl der EU wie auch der mittelosteuropäischen Länder nicht gefährdet werden.

Betrachtet man eine gesamteuropäische Marktwirtschaft als ein internationales Kollektivgut mit positiven externen Effekten (Technologie-Spillers; Friedenserhaltungsimpuls), so stellt sich allerdings das Problem, daß nicht ohne weiteres alle EU-Staaten die für ein „politisches Allokationsoptimum“ notwendige, zunächst kostspielige Unterstützung der Transformation in Mitteleuropa erbringen werden. In der Tat ist es z. B. erstaunlich, daß Großbritannien zwar über den Know-how-Fund der Regierung Beträchtliches an technischer Hilfestellung für die Visegrád-Länder gewährt, doch das Engagement der britischen Industrie bei Direktinvestitionen und im Außenhandel ist viel geringer als in Deutschland, Italien oder Frankreich; dies gilt in ähnlicher Weise sogar für den Finanzdienstleistungssektor, in dem britische Unternehmen mit führend sind. Hier zeigt sich eine gewisse Problematik eines Wirtschaftssystems, das – aus marktwirtschaftlich durchaus vernünftigen Effizienzgründen – Staatsunternehmen und -beteiligungen weitgehend abgestoßen hat, dem aber bei strikter Trennung von Staat und Wirtschaft die Möglichkeit fehlt, außenwirtschafts- und sicherheitspolitisch zweckmäßige Direktinvestitionsengagements in bestimmten Zielländern nachhaltig zu fördern.

1. EU-Osterweiterung und institutioneller Reformbedarf

Eine EU-Erweiterung um einige mittelosteuropäische Staaten wird schon Ende der neunziger Jahre ein Thema auf der Brüsseler Agenda sein. Könnten etwa die Visegrád-Länder Vollmitglied werden, so bedeutet dies für die EU eine Erweiterung auf 19 Mitgliedsstaaten – ein Quantensprung gegenüber der ursprünglichen Sechser-Gemeinschaft, so daß eine institutionelle Reform unumgänglich wird. Für die mittelosteuropäischen Länder bedeutet eine EU-Mitgliedschaft, daß sie mit erheblich höheren Direktinvestitionszuflüssen rechnen können, sofern Standortpolitik

und Wirtschaftspolitik marktgerecht sind¹². Spanien und Portugal konnten nach dem EU-Beitritt starke Zuwächse bei den Direktinvestitionen verzeichnen, und zwar im Gegensatz zu Griechenland, wo Inflation, eine überdimensionierte Staatswirtschaft, Infrastrukturdefizite und eine instabile Wirtschaftspolitik Auslandsinvestoren fernhielt.

Neben den EU-Institutionen, die mit jeder Erweiterung schwerfälliger werden, ist auf Seiten der EU bei einer Osterweiterung die fiskalische Schwerpunktsetzung auf der Ausgabenseite zu verändern. Denn die beträchtlichen Agrarproduktionen in Polen und Ungarn würden unter Status-quo-Regelungen für die EU kaum verkraftbare Belastungen bedeuten und zudem den agrarbezogenen Ausgabenanteil noch weit über 50 Prozent anheben. Eine Reform der EU-Agrarpolitik wird mithin unumgänglich. Hingegen würde man unter ökonomischen Gesichtspunkten Ausgabenschwerpunkte auf supranationaler Ebene eher in den Bereichen Verteidigung, Umwelt sowie F&E-Projekte erwarten, nämlich in den Bereichen mit EU-weiten Spillover-Effekten bzw. bei internationalen öffentlichen Gütern mit EU-weitem Bezug¹³. Um einem Ausufer von Subventionen vorzubeugen, müßte eine Subventionsberichterstattung in der EU eingeführt werden, so daß – getrennt nach Erhaltungssubventionen und Neugründungshilfen – die pro Unternehmen bzw. Wirtschaftsaktivität gewährten Gesamtsubventionen erkennbar wären.

Mit zunehmender Mitgliederzahl ergeben sich in der EU wachsende Probleme, eine effiziente Entscheidungsfindung herbeizuführen. Dem könnte einerseits durch eine Rückverlagerung von Kompetenzen auf die nationale Ebene (bzw. nachgeordnete Gebietskörperschaften) begegnet werden, andererseits wären Reformen der Institutionen und Abstimmungsregeln im EU-Club denkbar. Erwägenswert wäre es, die Konsensbildung durch

12 Siehe zu einer theoretischen Analyse P. J. J. Welfens, Integration der mittel- und osteuropäischen Staaten mit der EG: Ausgangsbedingungen, Anpassungsprobleme und Chancen, in: E. Kantzenbach/O. G. Mayer (Hrsg.), Europäische Gemeinschaft – Bestandsaufnahme und Perspektiven, Berlin 1993, S. 135–188; P. J. J. Welfens, The Single Market and the Eastern Enlargement of the EU, Heidelberg 1995; ders., Europa 2001, München (i. E.).

13 Zu dieser Problematik siehe auch CEPR, Making Sense of Subsidiarity: How Much Centralization for Europe, London 1994; P. J. J. Welfens, Grundlagen der Wirtschaftspolitik, Heidelberg 1995; T. Straubhaar, Zur optimalen Größe eines integrierten Wirtschaftsraumes, in: E. Kantzenbach/O. G. Mayer (Hrsg.), (Anm. 11), S. 101–134; G. Tichy, Theoretical and Empirical Considerations on the Dimension of an Optimum Integration Area in Europe, in: Außenwirtschaft, 47 (1992), S. 107–137.

Anreize zur Blockbildung zu erleichtern, während die Stimmenzahl für kleine Länder im Ministerrat zugleich für den Fall isolierter Stimmabgabe reduziert werden müßte: Wenn kleinere Länder als Ländergruppe abstimmen (z. B. Benelux, Skandinavische Gruppe, Visegrad), dann könnte der jeweiligen Ländergruppe eine Zusatzstimme zuerkannt werden. Die kleineren Länder hätten von daher einen Anreiz, sich zu stabilen Aktionsgruppen zusammenzuschließen, so daß bei einer Abstimmung letztlich wieder nur eine geringe, überschaubare Zahl von Ländern bzw. Ländergruppen um die jeweiligen Mehrheiten ringen müßte.

Eine EU-Osterweiterung wird im Ministerrat unter Status-quo-Ländergewichten dazu führen, daß das politische Gewicht der Bundesrepublik Deutschland und Frankreichs auf ein Drittel des Wertes von 1958 zurückgeht. Mit der Zersplitterung der Macht in der EU droht nicht nur eine Aufweichung der deutsch-französischen Politikachse, sondern auch das Risiko von Entscheidungsschwäche in Situationen, in denen EU-Handlungsfähigkeit stärker als früher erforderlich ist. Dem wäre durch Veränderung der Stimmengewichte vor einer Erweiterung um mittelosteuropäische Staaten Rechnung zu tragen. Auch eine Verfassungsdiskussion mit Blick auf die Einführung eines Zwei-Kammersystems ist erwägenswert. Schließlich ist auch das Demokratiedefizit in der EU ein wichtiges, aber bei EU-Erweiterung noch schwieriger zu lösendes Problem. Immerhin zeigen rückläufige Wahlbeteiligungen bei Europawahlen in einigen Mitgliedsländern, daß das Interesse an der EU-Integration sinkt. Dieses Problem wird sich verschärfen, wenn bei einer EU-Osterweiterung zunehmend komplexe Politikprobleme mit sinkender Transparenz für die Wählerschaft behandelt werden, während gleichzeitig eine ansteigende EU-Steuerbelastung – als Folge erhöhter Strukturfonds- und Agrarmarktausgaben – zu bewältigen wäre. Schon mit dem Maastrichter Vertrag und dem Schritt zur Wirtschafts- und Währungsunion wurde in der EU ein schwieriger Integrationsschritt unternommen, für den politische Unterstützung in den Mitgliedsländern nur schwer zu gewinnen ist.

Es ist im Eigeninteresse der 15er-Gemeinschaft, aber auch der neuen Beitrittsländer, daß die EU durch eine Erweiterung nicht an Handlungsfähigkeit verliert. Gelänge es der EU zunehmend weniger, innerhalb der Gemeinschaft problemgerechte und marktkonforme Lösungen zu verabschieden und im Außenverhältnis als verlässlicher und enga-

giertes Verhandlungspartner aufzutreten, dann könnte der internationale Einfluß der EU zurückgehen, das Ausmaß an internen Konflikten zunehmen und die politische Legitimität der EU-Integration geschwächt werden.

2. Modifizierte EWR-Mitgliedschaft

Mittelosteuropäische Länder könnten alternativ zu einer EU-Vollmitgliedschaft zunächst in die schwächere Integrationsform des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) aufgenommen werden, der die wirtschaftlichen Vorteile von Freihandel und freier Faktormobilität bietet. Jedoch gewährt dieser weder den Anspruch auf EU-Strukturfondsmittel noch die Möglichkeit zu expliziter Teilhabe an den EU-Entscheidungen. Für die EU hätte dies, abgesehen vom ausbleibenden Anwachsen der EU-Institutionen und der damit verbundenen Entscheidungseffizienz-Probleme, kaum Vorteile, da der wirtschaftliche Anpassungsdruck aus Mitteleuropa die EU unvermindert treffen würde und man zugleich auf Einwirkungsmöglichkeiten verzichtete, die sich bei einer EU-Mitgliedschaft durch die disziplinierende Wirkung der Mitgliedsstatuten (z. B. Beihilfenaufsicht) wie auch den Einfluß auf die aktuelle Politik ergeben.

Kaum vorstellbar seitens der EU ist wohl, daß Arbeitnehmerfreizügigkeit gegenüber Transformationsländern mit großem Abstand zum EU-Durchschnittseinkommen gewährt werden kann. Zu groß sind bei den meisten Ex-RGW-Ländern die ökonomischen Unterschiede an der Ost-West-Schnittfläche. Ein neues EWR-Konzept, nämlich mit begrenzter Arbeitnehmerfreizügigkeit, könnte für die EU wie für einige Länder in Mitteleuropa sinnvoll sein. Eine großzügig kontingentierte Gastarbeiterregelung wäre dabei erwägenswert, denn Gastarbeiter aus dem Ex-RGW-Raum beseitigen Arbeitsengpässe in Westeuropa; zugleich könnten Gastarbeiterüberweisungen – so wie vor Jahrzehnten bei spanischen oder italienischen Gastarbeitern in Deutschland – helfen, Zahlungsbilanzprobleme der Transformationsländer zu überwinden. Die EWR-Mitgliedschaft könnte also als eine Art Qualifikationsstufe für den Aufstieg in den EU-Club ausgestaltet werden.

Eine Integration Osteuropas mit Westeuropa kann dauerhaft nur erfolgen, wenn die EU den Strukturwandel beschleunigt und Anreize für eine Expansion kapital- und dienstleistungsintensiver Sektoren einerseits und zu Höherqualifikation der Arbeitnehmerschaft andererseits gibt. Neue produktivitätssteigernde Infrastrukturprojekte und Qualifikationsinitiativen sind dazu erforderlich.

Die Normalisierung der neuen alten Nachbarschaft Zum aktuellen Stand der deutsch-polnischen Beziehungen

I. Der neue Rahmen der deutsch-polnischen Beziehungen nach 1989 und die deutsch-polnischen Verträge 1990/91

Die politischen Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland blieben unter den weltpolitischen Bedingungen der „bipolaren Welt“ belastet von ungelösten Problemen. Bis zum Warschauer Vertrag vom Dezember 1970 sträubte sich die Bundesrepublik – im Gegensatz zur DDR – dagegen, die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen. Erst der Warschauer Vertrag brachte eine gewisse Entspannung auf diesem Gebiet¹. Beharrlich vertraten ihrerseits die kommunistischen Machthaber Polens die These, es gäbe in Polen keine deutsche Minderheit. Ebenso forderten sie von den Westdeutschen, daß sie – den DDR-Deutschen gleich – nur die polnischen Namen der nunmehr in Polen liegenden früheren deutschen Orte benutzen sollten.

An gutem Willen mangelte es vielen Polen und Deutschen, die aus der Geschichte lernen wollten, trotzdem nicht². Daß es sich hier vor allem um Menschen aus der geistigen Elite der beiden Völker handelte – Vertreter der polnischen Intelligenzja, der deutschen Intellektuellen, der Kirchen in den beiden Ländern –, war einerseits vielversprechend, offenbarte andererseits aber die Unmöglichkeit ungehinderter, spontaner Kontakte der beiden Völker.

Der polnische Umbruch der Jahre 1988/89 öffnete zwar den Weg für ein neues deutsch-polnisches Verhältnis. Polen befreite sich ja Schritt für Schritt aus dem Korsett des sowjetsozialistischen Systems. Doch erst die Wiedervereinigung Deutschlands und der fortschreitende Zerfall der

Sowjetunion haben die welt- und systempolitischen Rahmenbedingungen des deutsch-polnischen Verhältnisses endgültig verändert. Dieses fand seinen Ausdruck in den historischen deutsch-polnischen Verträgen vom 14. November 1990 (über die Bestätigung der Grenze – der sog. Kleine Vertrag)³ und vom 17. Juni 1991 (über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit – der sog. Große Vertrag)⁴.

Wegen der grundlegend veränderten weltpolitischen Rahmenbedingungen kann man nur schwer behaupten, daß der Nachbarschaftsvertrag eine Art Fortsetzung des Warschauer Vertrages über die Grundlagen der Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen vom 13. Dezember 1970 ist⁵. Vielmehr handelt es sich um einen gewaltigen qualitativen Sprung⁶: Zum ersten gibt es nicht mehr die Subjekte dieses Vertrages – selbst wenn man zur Kenntnis nimmt, daß die Bundesrepublik Deutschland nach der Wiedervereinigung ebenso in die Rechtsnachfolge der „alten“ Bundesrepublik wie die Republik Polen in die der Volksrepublik Polen eingetreten ist. Zum zweiten regulierte der Warschauer Vertrag fast ausschließlich die Frage der Anerkennung der polnischen Westgrenze (Art. 1). Alles in allem besteht er aus lediglich fünf Artikeln. Der Vertrag vom 17. Juni 1991 enthält dagegen 38 Artikel und spricht nur in der Präambel die Frage der deutsch-polnischen Grenze an, indem er nämlich den „Kleinen Ver-

3 Vgl. Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze vom 14. 11. 1990, Bonn 1991.

4 Vgl. Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17. 6. 1991, Bonn 1991.

5 Vgl. Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen, in: Dokumente der Ostpolitik der Bundesregierung. Verträge und Vereinbarungen, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1986, S. 21 ff.

6 Von einem „Paradigmawechsel“ spricht in diesem Zusammenhang Dieter Bingen, *Deutsch-polnische Beziehungen nach 1989: Themen und Tabus*, in: Hans van der Meulen (Hrsg.), *Anerkannt als Minderheit. Vergangenheit und Zukunft der Deutschen in Polen*, Baden-Baden 1994, S. 72 ff.

1 Vgl. Jerzy Maćków, *Die Entspannungspolitik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Entwicklung in Polen in den siebziger und achtziger Jahren*, in: *Zeitschrift für Politik*, (1993) 4, S. 374 f.

2 Vgl. Thomas Urban, *Deutsche in Polen. Geschichte und Gegenwart einer Minderheit*, München 1994², S. 131–135, 179–186.

trag“ würdigt. Berücksichtigt man schließlich die Tatsache, daß der Warschauer Vertrag sozusagen nur im Kielwasser des Moskauer Vertrages (zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion) vom August 1970 zustande kommen konnte, wird die neue Qualität des Nachbarschaftsvertrages offensichtlich.

Der Nachbarschaftsvertrag kann als eine Antwort auf eine historische Herausforderung betrachtet werden. Denn die außenpolitische Konjunktur für das gegenseitige Verhältnis zwischen Polen und Deutschland scheint die beste seit über 300 Jahren zu sein. Der Vertrag wird ihr gerecht, indem er sich der polnisch-deutschen Beziehungen zukunftsweisend annimmt. Sein zukunftsweisender Charakter kommt – zum ersten – in seinem recht umfassenden Regulierungsbereich zum Ausdruck. Er behandelt folglich die Probleme der bilateralen politischen und ökonomischen Beziehungen, der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, der direkten Kontakte zwischen den Bürgern beider Staaten (hier u. a. den Jugendaustausch) sowie die regionale und die kulturelle Zusammenarbeit. Zweitens betont der Vertrag die „größte Bedeutung“ der Europäischen Einigung, wobei sich die Bundesrepublik zur Hilfe bei der „Heranführung der Republik Polen an die Europäische Gemeinschaft“ verpflichtet (Art. 8). Die europäische Ausrichtung des Vertrags läßt hoffen, daß die strittigen Punkte der Nachbarschaft im sich einigenden Europa geklärt werden können. Insofern liegt es sowohl im polnischen als auch im deutschen Interesse, daß Polen möglichst schnell ein Mitglied des vereinten Europa wird.

Da dies noch nicht der Fall ist, wird im „Briefwechsel zum Vertrag“⁷ auf diese Streitpunkte aufmerksam gemacht. Beide Seiten sind sich darin einig, daß der Vertrag die Fragen der Staatsangehörigkeit und des Vermögens (vor allem der nach dem Zweiten Weltkrieg aus den polnisch gewordenen deutschen Ostgebieten zwangsweise umgesiedelten bzw. vertriebenen Deutschen und der polnischen Kriegsentschädigungsansprüche) nicht regelt. Die polnische Seite sieht sich zudem „derzeit“ nicht imstande, offizielle topographische Bezeichnungen in traditionellen Siedlungsgebieten der deutschen Minderheit auch in deutscher Sprache zuzulassen. Polnische Kommentatoren behaupten übereinstimmend, daß der Vertrag nicht „ideal“, dafür aber „optimal“ sei⁸.

Bezüglich der deutsch-polnischen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg wurde schon oft von „Normalisierung“ und „Versöhnung“ gesprochen, die anzustreben seien⁹. Die beiden Begriffe sind mittlerweile leider relativ verbraucht, was um so trauriger stimmt, als es erst seit 1991 möglich geworden ist, diese Ziele mit Unterstützung des deutschen und des polnischen Staates tatsächlich mit Leben zu füllen. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund wie auch wegen der Auflösung der DDR ist das Aufkommen des Begriffs „Nachbarschaft“ zu sehen.

Polen und Deutsche sind Nachbarn seit nunmehr 1000 Jahren. Es handelt sich hier also um eine sehr alte Nachbarschaft, die infolge der weltpolitischen Wandlungen der achtziger Jahre wiederbelebt wird. Aus diesem Grund wird im Titel dieses Aufsatzes über eine „Normalisierung der neuen alten Nachbarschaft“ gesprochen. Bundeskanzler Helmut Kohl erklärte Anfang Juni dieses Jahres vor dem Deutschen Bundestag, daß diese Nachbarschaft als Vorbild für das gespannte deutsch-tschechische Verhältnis dienen könne¹⁰. Der Juli-Besuch des deutschen Regierungschefs in Polen verlief in geradezu herzlicher Atmosphäre. Die insgesamt erstaunlich positive Entwicklung des deutsch-polnischen Verhältnisses darf freilich über die noch bestehenden Probleme nicht hinwegtäuschen.

II. Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen

Von der breiten Öffentlichkeit Deutschlands kaum bemerkt, ist Polen in den vergangenen Jahren unter den postkommunistischen Handelspartnern der Bundesrepublik zum wichtigsten Konkurrenten Rußlands geworden. Die polnischen Exporte nach Deutschland sind im vorigen Jahr um 18 Prozent gewachsen, die Importe aus Deutschland um 11 Prozent¹¹. Das Gesamtvolumen des deutsch-polni-

Zachodni (Westreview), (1992) 16, S. 5–61; Zdzisław W. Puślecki, Współpraca Polski ze zjednoczonymi Niemcami (Die Zusammenarbeit Polens mit dem wiedervereinigten Deutschland), in: Marian Szczepaniak u. a., Polska i jej nowi sąsiedzi (Polen und seine neuen Nachbarn), Poznań – Toruń 1994, S. 60.

⁹ Siehe z. B. Jörg K. Hoensch, Der Normalisierungsprozeß zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen. Hintergründe und Belastungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12–13/90, S. 39–51.

¹⁰ Vgl. Helmut Kohl, Ohne Furcht und Zwang leben können, in: Das Parlament, Nr. 24 vom 9. Juni 1995, S. 2.

¹¹ Vgl. Poland, Financial Times Survey vom 28. 3. 1995, S. III.

⁷ Vgl. Briefwechsel zum Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit, Bonn 1991.

⁸ Vgl. Lech Janicki, Podstawy prawne stosunków Polski ze zjednoczonymi Niemcami (Rechtsgrundlagen der Beziehungen Polens zur Bundesrepublik Deutschland), in: Przegląd

schen Handels hat im gleichen Jahr 20 Mrd DM überschritten¹². Die Tendenz ist weiter steigend, wobei bei polnischen Ausfuhren die Enderzeugnisse und nicht mehr die Rohstoffe bzw. Halbfabrikate einen immer größeren Anteil haben¹³. Was die deutschen Investitionen in Polen angeht, so steigen auch diese kontinuierlich. Zwar ist Deutschland in Polen nicht – wie etwa in der Tschechischen Republik, wo deutsche Investitionen ca. 40 Prozent aller Auslandsinvestitionen ausmachen¹⁴ – zum wichtigsten Investor geworden¹⁵, doch speziell in diesem und im vorangegangenen Jahr sind die deutschen Investitionen in Polen gestiegen.

Noch vor einigen Jahren sah die Lage recht düster aus. Die Entwicklungsunterschiede beider Volkswirtschaften hatten zur Folge, daß noch in den Jahren 1990/91 bei den polnischen Exporten die wenig verarbeiteten Produkte überwogen¹⁶. Die polnischen Experten schätzten, daß ihr Land durch den Abbruch der ökonomischen Beziehungen zur früheren DDR einen Verlust von etwa einer Mrd. DM erlitten hat¹⁷. So betrug im Jahre 1992 der polnische Export in das Territorium der ehemaligen DDR lediglich knapp über 27 Prozent der polnischen Ausfuhren in die DDR im Jahre 1989. Die polnischen Importe sanken sogar auf das Niveau von 16,8 Prozent der Einfuhren von 1989 ab¹⁸. Zugleich aber wuchs das Handelsvolumen Polens mit der „alten Bundesrepublik“.

Obwohl mittlerweile in Polen die bekanntesten deutschen Unternehmen vertreten sind, bringen sie jedoch bisher sehr wenig Kapital mit¹⁹. In-

12 Rußland: ca. 24 Mrd. DM. Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. 4. 1995.

13 Siehe entsprechende Daten für den Handel Polens mit Bayern, in: Polen, Beilage zur Süddeutschen Zeitung vom 13. April 1994, S. 3.

14 Siehe Polityka. Prywatyzacja (Politik. Privatisierung), Beilage zur Wochenzeitung Polityka vom August 1994.

15 In Polen sind das amerikanische und italienische Firmen, deren gemeinsamer Anteil an den Investitionen aus dem Ausland ca. 55 Prozent beträgt. Vgl. ebd.

16 Vgl. Z. W. Puślecki (Anm. 8), S. 66.

17 Vgl. ebd., S. 63.

18 Vgl. Jerzy Kleer, Oficjalnie i na szaro. Bez Niemiec polski handel przestalby istnieć (Offiziell und schwarz. Ohne Deutschland würde es keinen polnischen Handel geben), in: Polityka. Export. Import, Beilage zur Wochenzeitung Polityka, Nr. 12/1993.

19 Henkel stand beispielsweise im Herbst 1993 mit Investitionen in Höhe von 31 Mio. US-Dollar ganz oben auf Liste der deutschen Investoren (Platz 21 unter allen Investoren aus dem Ausland). Zum Vergleich: Der größte ausländische Investor, die italienische FIAT-Gruppe, tätigte für 260 Mio. US-Dollar Investitionen und machte für weitere 1,75 Mrd. US-Dollar Zusagen. Vgl. Z. W. Puślecki (Anm. 8), S. 68; Polityka. Prywatyzacja (Politik. Privatisierung), Beilage zur Wochenzeitung Polityka vom April 1994.

samt beträgt der deutsche Anteil an ausländischen Investitionen in Polen (z. Z. insgesamt ungefähr fünf Mrd. US-Dollar) ca. zehn Prozent (der dritte Platz unter den ausländischen Investoren nach den Vereinigten Staaten und Italien)²⁰. Es wäre jedoch völlig verfehlt, angesichts dieser ernüchternden Zahlen über das deutsche Kapital in Polen in Pessimismus zu verfallen. Denn bereits im Dezember 1993 stellte der polnische Ökonom Jerzy Kleer völlig zu Recht fest, daß Deutschland zum wichtigsten Wirtschaftspartner Polens geworden ist²¹. Er betonte, daß vorwiegend die privaten polnischen Firmen mit Deutschland handeln (hieraus resultierten 70 Prozent der polnischen Importe und 50 Prozent der Exporte im Jahre 1993). Die meisten dieser Firmen existierten vor 1989 gar nicht, was auf außerordentlich hohe Zuwachsraten schließen läßt. Zu diesen Zahlen kommen noch 3–4 Mrd. DM hinzu, welche von den deutschen Besuchern (ca. 50 Mio. im Jahr 1994!) im kleinen Grenzverkehr auf der polnischen Seite Jahr für Jahr ausgegeben werden. 1990 betrug der polnische Anteil am deutschen Ost-Export 14,4 Prozent, um zwei Jahre später bereits die Quote von 22 Prozent zu erreichen. „Die Deutschen“ – resümierte Kleer – „sind für uns ein ungeheuer wichtiger Partner, doch auch wir sind für sie nicht ohne Bedeutung.“²²

Der Nachbarschaftsvertrag (Art. 10, 3) hat ferner dazu beigetragen, daß die Bundesregierung konsequent die polnischen Bemühungen um Reduzierung der in der kommunistischen Zeit gemachten Auslandsschulden Polens unterstützte. Die Hermes-Kredite haben zusätzlich ihren Anteil an der im großen und ganzen doch beeindruckenden Entwicklung der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen.

III. Schwierigkeiten der regionalen Zusammenarbeit

Trotz aller Erfolge der ökonomischen Zusammenarbeit wird die Oder-Neiße-Grenze Schritt für Schritt zu einer Wohlstandsgrenze. In den neuen Bundesländern werden Jahr für Jahr Hunderte

20 Vgl. Michael Ludwig, Polen ist für ausländische Investitionen ein aussichtsreicher Binnenmarkt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. 4. 1995.

21 Vgl. J. Kleer (Anm. 18).

22 Ebd. (Alle Übersetzungen aus dem Polnischen, die in Deutsch noch nicht erschienen sind, stammen vom Autor – J. M.).

Milliarden DM investiert – Summen, mit denen man in polnischen Augen ganze Kontinente hätte sanieren können. Diese Ungleichheit der Entwicklungschancen bestimmt maßgeblich die Probleme der regionalen und grenznahen Zusammenarbeit²³. In Artikel 12 des Nachbarschaftsvertrages unterstreichen beide Seiten deren Bedeutung. Bereits seit Juni 1990 gibt es deshalb eine deutsch-polnische Regierungskommission, in der die deutschen Länder und polnischen Wojewodschaften (Amtsbezirke) zusammenarbeiten.

Symptomatisch für die Schwierigkeiten der beiderseits gewünschten regionalen Zusammenarbeit zwischen dem wohlhabend werdenden Europa (die neuen Bundesländer) und dem sich immer noch am Anfang des Weges zum Wohlstand befindenden Europa (Polen, Tschechien) sind die Probleme der Euroregion Neiße (Nysa, Nisa), die im Mai 1991 unter der Schirmherrschaft der Präsidenten Richard von Weizsäcker, Václav Havel und Lech Wałęsa ins Leben gerufen wurde. Entlang der deutsch-polnischen Grenze gibt es außerdem noch weitere Euroregionen: „Spree-Neiße-Bober“, „Pro Europa Viadrina“ und „Pomerania“ (in Ansätzen). In der Region „Neiße“, die zu den Gebieten mit der schlechtesten Infrastruktur in Europa gehört, wohnen über 1,6 Mio. Menschen, wobei 713 000 auf der deutschen und über 400 000 auf der polnischen Seite leben. In der Region dominieren die veralteten Industrien, die für die ökologische Katastrophe verantwortlich sind. Man lebt dort im Durchschnitt fünf Jahre kürzer als woanders in Europa²⁴.

In einem von der Konrad-Adenauer-Stiftung erstellten Bericht wurde die Entwicklung der Neiße-Region durchweg positiv bewertet, allerdings nur im Sinn der „Schaffung notwendiger, organisatorischer und inhaltlicher Voraussetzungen für spätere Aktivitäten“²⁵. Noch sachlicher werden die Ergebnisse der regionalen Zusammenarbeit in diesem deutsch-tschechisch-polnischen Dreieck in Polen gesehen. Die Polen stellen zuallererst fest, daß sie an die unterentwickeltesten Gebiete Deutschlands grenzen, von welchen keine Impulse für die Wirtschaftsentwicklung in Polen zu erwarten sind.

23 Vgl. Bert Brosch, Keine Berufung auf gemeinsame Wurzeln. Die Zwillingsstädte Görlitz und Zgorzelec übernehmen unter schwierigen Bedingungen die Vorreiterrolle, in: Polen, Beilage der Süddeutschen Zeitung vom 30.3.1995, S. IV.

24 Vgl. Marek Henzler, Granice interesów (Grenzen der Interessen), in: Polityka (Politik), Nr. 30 vom 23.7.1994.

25 Hennig Walscha (Hrsg.), Euroregion Neiße-Nisa-Nysa. Möglichkeiten grenzüberschreitender kommunaler Zusammenarbeit. Interne Studien und Berichte der Konrad-Adenauer-Stiftung, Nr. 69, Sankt Augustin 1994, S. 26.

Nicht ohne einen deutlichen Beigeschmack der Enttäuschung und Ironie zählt ein polnischer Autor auf, was als bisherige Erfolge der Euroregion verbucht werden könne. Demnach wurden 30 verschiedene gemeinsame Veranstaltungen organisiert (Handel, Kultur, Sport), man beschleunigte den Bau des Autobahnübergangs in der Nähe von Zgorzelec (Görlitz) sowie die Arbeiten an der Bahn zwischen Jelenia Góra (Hirschberg) und Liberec (Reichenberg) ebenso wie die Errichtung einer E-Mail-Verbindung zwischen Jelenia Góra, Zittau und Liberec. Es wurde ein Videofilm über die Euroregion gedreht, eine touristische Karte der Region und (aus Geldmangel) nur eine Nummer einer dreisprachigen Zeitschrift über die Region herausgegeben. In Zittau wurde schließlich ein Institut eröffnet, das die Kader für die Euroregion ausbilden soll²⁶.

Auch in den sonstigen deutsch-polnischen Euroregionen kann man nicht von spektakulären Erfolgen sprechen, obgleich durchaus guter Wille vorhanden ist²⁷. Es ist offensichtlich, daß die regionale Zusammenarbeit an der Oder und Neiße ohne nennenswerte materielle Unterstützung seitens der jeweiligen Regierungen sowie aus Brüssel weiterhin nur bescheidene Ergebnisse liefern wird²⁸.

IV. Die deutsche Minderheit in Polen und die Polonia in Deutschland

Einen historisch und auch gegenwärtig besonders belasteten Bereich der deutsch-polnischen Beziehungen stellen die Probleme der deutschen Minderheit in Polen²⁹ und – zunehmend – der „Polonia“ (so werden im Polnischen die im Ausland lebenden Polen genannt) in Deutschland dar. Die erste nichtkommunistische polnische Regierung nach dem Zweiten Weltkrieg unter Tadeusz Mazowiecki widerrief die kommunistische Behauptung, es gäbe keine deutsche Minderheit in Polen. Somit konnte es zu einer Entspannung auf diesem Gebiet

26 Vgl. M. Henzler (Anm. 24).

27 Vgl. Dietrich Schröder, Links und rechts der Oder soll neue Identität wachsen, in: Märkische Oderzeitung vom 22.12.1993; Albrecht Hinze, Träume von einer „Eurostadt“ in zwei Staaten, in: Süddeutsche Zeitung vom 19.5.1994.

28 Vgl. Hartmut Koschyk, Oberschlesien als Brücke zwischen Deutschen und Polen, in: H. van der Meulen (Anm. 6), S. 168f.

29 Vgl. Th. Urban (Anm. 2). Zur Darstellung zahlreicher Aspekte der Lage der deutschen Minderheit in Polen siehe Joachim Rogall, Die deutschen Minderheiten in Polen heute, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48/93, S. 31–43.

kommen, die u. a. an den rapide zurückgehenden Aussiedlerzahlen abzulesen ist³⁰. Die Pflege der deutschen Kultur und Sprache in den Siedlungen der deutschen Minderheit (vor allem im Bezirk Oppeln und in der Stadt Kattowitz) ist möglich geworden. Im Nachbarschaftsvertrag sind Rechte und Möglichkeiten der Minderheit aufgezählt, wobei ausdrücklich betont wurde, daß deren Verwirklichung die internationalen Standards für Minderheiten erfülle (Art. 20, 2).

Sieht man von Störungsversuchen seitens der extremen Kräfte auf deutscher und polnischer Seite ab³¹, so ist das Problem der deutschen Minderheit in erster Linie und wahrscheinlich auf längere Sicht von der Staatsangehörigkeitsfrage überschattet. Der Ursprung dieser Probleme liegt im bundesdeutschen Verständnis der Staatsangehörigkeit (Art. 116 des Grundgesetzes). Im Gespräch mit einem polnischen Journalisten erklärte Günter Hübner vom Pressebüro der deutschen Botschaft in Warschau: „Es gilt bei uns das ‚Gesetz des Blutes‘. Die Staatsbürgerschaft ist etwas nach Art der Gene. Es befindet sich im Menschen und ist untrennbar mit ihm verbunden, unabhängig vom Geburtsort. Deshalb geben wir keine Staatsbürgerschaft, erteilen wir diese auch nicht, sondern bestätigen sie mit dem entsprechenden Dokument.“³²

Die deutschen Konsulate in Polen „bestätigen“ dementsprechend die deutsche Staatsbürgerschaft deutschstämmiger polnischer Staatsbürger, indem sie ihnen deutsche Pässe ausstellen. 88 000 Angehörige der deutschen Minderheit haben in den letzten Jahren diese Pässe entgegengenommen. Solch eine Praxis ruft in Polen Ärger und Befürchtungen hervor, zumal einige polnische Staatsbürger mit der deutschen Staatsbürgerschaft sich dem polni-

schen Wehrdienst entziehen³³. Die offizielle polnische Seite zeigt freilich „stilles Verständnis“ für das deutsche Vorgehen, weil sie der inoffiziellen deutschen Begründung folgt, eine Anpassung des bundesdeutschen Staatsangehörigkeitsbegriffes an das „westliche“ Verständnis von der (sogenannten politischen) Nation würde eine Immigrationswelle von Aussiedlern provozieren³⁴.

Das vom Grundgesetz vertretene Verständnis von der deutschen Nation macht es unmöglich, selbst die zahlenmäßige Stärke dieser Minderheit zu bestimmen. Obgleich alle ernstzunehmenden, von der deutschen Minderheit gemachten Schätzungen besagen, daß sie nicht mehr als 500 000–600 000 Menschen zählt³⁵, wird auf der deutschen Seite seit Jahren ab und zu sogar von 1,5 Millionen gesprochen³⁶. Aus den offiziellen deutschen Quellen geht gleichzeitig hervor, daß in den achtziger und neunziger Jahren ca. 800 000 bis 900 000 Deutschstämmige Polen verlassen haben³⁷.

Die Vertreter der deutschen Polonia beklagen die auffallende Unterschiedlichkeit der Behandlung der Deutschen in Polen und der Polen in Deutschland. Im Nachbarschaftsvertrag wird zwar klar von der „deutschen Minderheit in der Republik Polen“, doch umgekehrt lediglich von „Personen deutscher Staatsangehörigkeit in der Bundesrepublik Deutschland, die polnischer Abstammung sind oder die sich zur polnischen Sprache, Kultur und Tradition bekennen“ (Art. 20) gesprochen. So verfügen die Angehörigen der deutschen Minderheit in Polen aufgrund von Bestimmungen des pol-

33 Vgl. ebd.

34 Vgl. Gerhard Bartodziej/Artur Hajnicz, *Stosunki polsko-niemieckie 1993 (zapis dyskusji w OSM)* (Die polnisch-deutschen Beziehungen 1993), Stenogramm einer Diskussion im Zentrum für Internationale Beziehungen, in: *Polska w Europie (Polen in Europa)*, Heft 9, Juli–September 1992, S. 108.

35 Vgl. etwa: Gerhard Bartodziej, *Die Lage der deutschen Minderheit aus politischer Sicht*, in: H. van der Meulen (Anm. 6), S. 141; Piotr Madajczyk, *Mniejszość niemiecka w Polsce w polityce wewnętrznej w Polsce i w RFN oraz w stosunkach między obydwu państwami* (Die deutsche Minderheit in Polen in der polnischen und bundesdeutschen Innenpolitik sowie in den Beziehungen zwischen den beiden Staaten), in: *Rocznik polsko-niemiecki* (Das polnisch-deutsche Jahrbuch), Bd. 1, Warszawa 1992, S. 55; J. Rogall (Anm. 29), S. 55, beschränkt sich lediglich auf den Hinweis, daß polnische und deutsche Schätzungen auseinanderfallen.

36 So Horst Waffenschmidt, der Regierungsbevollmächtigte für die Deutschen im Ausland, Mitte 1992. Vgl. Jacek Czaputowicz, *Die nationalen Minderheiten in den deutsch-polnischen Beziehungen*, in: *Więź* (Bund), Sonderausgabe „Polen und Deutsche. Ein Beitrag zur Geschichte des Dialogs“, 1994, S. 207. Am 29. Mai 1995 sprach Waffenschmidt „nur“ noch von einer Million Deutschen in Polen. Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 30. 5. 1995.

37 Vgl. *Info-Dienst, Deutsche Aussiedler* (Anm. 30).

30 Im Jahre 1991 kamen noch ca. 40 000 Aussiedler aus Polen; vgl. J. Rogall, ebd., S. 36. In den darauffolgenden Jahren ging die Zahl der polnischen Staatsbürger, die Auswanderungsanträge gestellt haben, kontinuierlich zurück: 1992 waren es ca. 29 000, 1993 ca. 10 000, 1994 ca. 4 400 und in den ersten vier Monaten 1995 nur noch 811. Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 30. 5. 1995. Im Jahre 1988 gab es noch 140 000, im Jahre 1989 250 000 und im Jahre 1990 noch fast 140 000 Aussiedler aus Polen. Vgl. *Info-Dienst, Deutsche Aussiedler*, Nr. 34 vom April 1992.

31 Dazu gehören einige Funktionäre der Vertriebenenverbände, anfangs deutsche Rechtsradikale und so mancher Vertreter der deutschen Minderheit, im vergangenen Jahr polnische Skinheads, Anfang Juli d.J. die Behörden in Frankfurt/Oder. In der letzten Zeit hat sich wieder die Landsmannschaft Schlesien zu Wort gemeldet, und zwar u. a. mit Klagen über die Lage der deutschen Minderheit in Polen und mit der Forderung an die polnische Seite, die nach dem Krieg erlassenen Enteignungsgesetze aufzuheben. Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 9. 6. 1995.

32 Vgl. Jan Dziadul, *Konflikt lojalności (Loyalitätskonflikt)*, in: *Polityka*, Nr. 40 vom 1. 10. 1994.

nischen Wahlrechts, das die Vertretungen der nationalen Minderheiten von der Geltung der 5-Prozent-Sperrklausel ausnimmt, über eine De-facto-Garantie des Einzugs in das Parlament. Seit 1991 stellen sie demnach einige (zuletzt 4) Abgeordnete im Sejm und einen Senator (Prof. Gerhard Bartodziej); sie haben übrigens neben der polnischen auch die deutsche Staatsbürgerschaft. Die in Deutschland lebenden Polen haben dagegen keine entsprechende politische Vertretung. Sie kritisieren diesen Umstand heftig, ohne allerdings die Tatsache wahrzunehmen, daß in Deutschland alle Ausländer, die nicht aus den EU-Ländern kommen, nicht nur in der Frage ihrer politischen Vertretung rechtliche Benachteiligungen zu ertragen haben³⁸.

Augenscheinlich ist die Benachteiligung der Polonia-Polen beim Einbürgerungsverfahren. Während ein in Polen lebender Deutschstämmiger den deutschen Paß erhalten darf, ohne die polnische Staatsbürgerschaft aufgeben zu müssen, wird ein in Deutschland lebender Pole von den deutschen Behörden gezwungen, auf seine polnische Staatsbürgerschaft zu verzichten, falls er den Weg der Einbürgerung gehen möchte. Sowohl für den Verzicht auf die polnische als auch für den Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft muß er sehr hohe Gebühren bezahlen. Anschließend kann er (gegen Gebühren) die polnische Staatsbürgerschaft sozusagen erneut beantragen, was weder die polnischen noch die deutschen Behörden stört, obgleich sowohl die Republik Polen als auch die Bundesrepublik Deutschland die doppelte Staatsbürgerschaft angeblich ablehnen.

Was den ungleichen rechtlichen Status der beiden Volksgruppen angeht, so hat die deutsche Seite bekräftigt („Briefwechsel“), daß sie sich bemühen werde, den „in der Bundesrepublik lebenden Personen, die polnischer Abstammung sind oder die sich zur polnischen Sprache, Kultur oder Tradition bekennen“, die gleichen Rechte und Möglichkeiten, wie sie die deutsche Minderheit in Polen besitzt, einzuräumen. Auch hier gibt es aber Probleme, selbst wenn es um die Bestimmung der zahlenmäßigen Stärke dieser „polnischen Minderheit“ geht. Da ein Pole seine nationale Zugehörigkeit in erster Linie aufgrund seines kulturellen Selbstverständnisses definiert³⁹, wird in Polen von einer ca. 600 000 Menschen zählenden deutschen Polonia

38 Vgl. Hans-Georg Golz, Wir müssen lernen, mit Fremden zu leben. Neue Daten und Fakten zur Migration, in: Deutschland Archiv, (1995) 1, S. 4–8.

39 Der kulturelle Begriff der Nation als einer aus der Geschichte gewachsenen, sich zu bestimmten Werten bekennenden Einheit wurde in der Zwischenkriegszeit von Regie-

gespröchen⁴⁰. Die deutschen Statistiken sprechen dagegen von nur ca. 260 000 in Deutschland lebenden Polen⁴¹ (polnischen Staatsbürgern).

Viele der „Kultur-Polen“ fühlen sich vom polnischen Staat im Stich gelassen, zumal die deutschen Politiker, vor allem auf der lokalen Ebene, von der Absichtserklärung des „Briefwechsels“ meist gar nichts wissen. Es scheint aber, daß die der deutschen Polonia zustehenden Rechte nicht nur aufgrund der hier genannten juristischen und kulturellen Umstände nicht wahrgenommen werden, sondern auch wegen ihres selbstverschuldeten niedrigen Organisationsgrades⁴². Es kommt erschwerend hinzu, daß im Gegensatz zur deutschen Regierung, die seit 1991 der deutschen Minderheit jährlich 20–30 Mio. DM zur Verfügung stellt⁴³, Warschau die Polonia in Deutschland kaum unterstützt.

Einen Dissens im Nachbarschaftsvertrag gab es in der Frage der topographischen Namen der von der deutschen Minderheit bewohnten Ortschaften in Polen. Abgesehen von zweifellos vorhandenen, historisch bedingten polnischen Ressentiments, wird auf der polnischen Seite argumentiert, daß weder die Deutschen bezüglich der in der Bundesrepublik lebenden Minderheiten (etwa der dänischen) die zweisprachigen Ortsbezeichnungen dulden (mit Ausnahme der von Lausitzer Sorben bewohnten Gebiete, wobei es sich hier um eine Übernahme der in der DDR bereits funktionierenden Lösung handelt), noch die deutschen Minderheiten in Westeuropa (etwa im Elsaß oder in Dänemark) ein derartiges Recht genießen⁴⁴.

V. Mentale Barrieren auf beiden Seiten

Die großen und unausweichlich schmerzhaften polnischen Anstrengungen, auch die offensichtlichen Erfolge der polnischen Wirtschaftstransformation⁴⁵, sind nicht imstande, der Verfestigung des Wohlstandsgefälles zwischen Deutschland und

rungskreisen um Józef Pilsudski vertreten. Vgl. Norman Davies, Heart of Europe. A Short History of Poland, Oxford–New York 1986, S. 138f.

40 Vgl. G. Bartodziej/A. Hajnicz (Anm. 34), S. 108.

41 Vgl. H.-G. Golz (Anm. 38), S. 5.

42 Siehe die Diskussion „Die polnische Minderheit in Köln“, in: Dialog, (1991) 2.

43 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. 6. 1995.

44 Vgl. J. Czaputowicz (Anm. 36), S. 209.

45 In den Jahren 1993 und 1994 hatte die polnische Wirtschaft die höchsten Zuwachsraten in Europa, die Exporte wuchsen im Jahr 1994 um 20 Prozent. Vgl. Poland, Financial Times Survey (Anm. 11), S. VII.

Polen entgegenzuwirken. Trotz hoher Zuwachsraten ist Polen mit seinem Bruttosozialprodukt von weniger als 100 Mrd. US-Dollar und seinen 38 Millionen Einwohnern wirtschaftlich immer noch um einiges schwächer als Deutschland. Vor allem diese Unterschiedlichkeit in der wirtschaftlichen Entwicklung ruft Schwierigkeiten der Zusammenarbeit hervor, welche mentale Barrieren konservieren bzw. entstehen lassen. Viele Polen, die aus der wirtschaftlichen Entwicklung ihres Landes keinen Nutzen ziehen, wünschen keine ausländischen Profiteure – was nicht selten politischen Demagogen Argumente liefert. Der auf Drängen des Staatspräsidenten Wałęsa im Februar 1995 abgewählte Premierminister Waldemar Pawlak warnte beispielsweise in seiner Abschiedsrede vor einer „Überschwemmung“ Polens durch das Auslandskapital.

Speziell die Deutschen beklagen, daß die Genehmigung zum Grundstückskauf für die in Polen investierenden Ausländer in jedem Einzelfall immer noch vom polnischen Innenministerium erteilt werden muß⁴⁶. Diese Absurdität wird in Polen selbst einerseits verspottet⁴⁷, andererseits gibt es mittlerweile politische Kräfte, die eine Änderung dieses Zustandes verhindern. Die polnischen Preise für Grundstücke sind nämlich für westliche Verhältnisse meist äußerst niedrig. Es sieht z. Z. nicht danach aus, daß der polnische Gesetzgeber eine marktgerechte Lösung für Auslandsinvestoren findet⁴⁸.

Was wiederum die deutsche Kritik an der trägen polnischen Bürokratie und der schwachen Infrastruktur angeht, so ist hier allerdings für mehr Verständnis für polnische Belange zu plädieren. Einerseits könnten die Deutschen ein bißchen mehr aus ihrer eigenen Erfahrung mit dem Transformationsprozeß in den neuen Bundesländern lernen. Es bedarf keiner besonderen Phantasie, um sich die Entwicklung dort ohne Hunderte von Milliarden „westdeutscher“ DM vorzustellen. Polen schneidet hier also trotz allem noch ganz gut ab. Andererseits scheinen die durchaus vergleichbaren bzw. noch weitaus größeren Schwierigkeiten die deutschen Unternehmen nicht von der Überzeugung abzubringen, daß es lohnt, sich in Rußland bzw. in

46 Nichtsdestoweniger gehören die Deutschen und die deutschen Firmen zu den häufigsten ausländischen Käufern von Grundstücken in Polen. Im Jahr 1993 durften sie 474 ha Grundstücke kaufen (es folgten die Amerikaner mit 125 ha). Vgl. Stanisław Podemski, *Polska dla Polaków* (Polen für die Polen), in: *Polityka*, Nr. 11 vom 18. 3. 1995.

47 Vgl. ebd.

48 Vgl. Interview mit dem polnischen Handelsrat Józef Olszynski, in: *Polen*, Beilage (Anm. 23), S. II.

Tschechien zu engagieren. Dies weist auf das beharrliche Weiterbestehen antipolnischer Ressentiments hin, die ja sowohl das Bismarcksche Reich als auch die Weimarer Republik als auch das Dritte Reich kennzeichneten.

Artur Hajnicz zufolge – einem der wichtigsten polnischen Autoren der deutsch-polnischen Verträge – können die im nationalen Bewußtsein der beiden Nationen bestehenden, historisch geformten Belastungen erst von den kommenden Generationen abgebaut werden⁴⁹. Hat sich auf dieser Ebene nach der Unterzeichnung des Nachbarschaftsvertrages schon etwas getan?

Die deutliche Verbesserung der politischen und ökonomischen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland hat leider keine differenziertere und sorgfältigere Wahrnehmung Polens in Deutschland mit sich gebracht. Nach wie vor befinden sich die Polen ganz unten auf der nationalen Sympathieskala der Deutschen. Wo nämlich die Kompetenz fehlt, greift man auf Vorurteile zurück⁵⁰. Polen hat hier einen schweren Stand, weil einerseits der ökonomische Entwicklungsstand des Landes es für viele Deutsche uninteressant macht⁵¹; auf der anderen Seite ist die polnische Geschichte der letzten 200 Jahre (bis 1989) in vielerlei Hinsicht die Geschichte der Konspiration und des Widerstandes – von in Deutschland kaum bekannten Phänomenen. Von daher erschien und erscheint die individualistische, nicht staatsgläubige politische Kultur der Polen den meisten Deutschen schlicht unverständlich.

Umgekehrt ruft jedoch Deutschland als ein größerer und „westlicher“, hochentwickelter Nachbar in Polen ein sehr großes Interesse hervor. Deshalb kann das positive Bild von der Bundesrepublik sehr viele Risse vertragen. „Zwischen Angst und Bewunderung“ – so beschrieb ein bekannter polnischer Soziologe das Spektrum der polnischen Wahrnehmung Deutschlands und der Deutschen⁵². Die Bewunderung hängt mit der Anerkennung der wirtschaftlichen Leistungen sowie mit der Würdi-

49 Vgl. G. Bartodziej/A. Hajnicz (Anm. 34), S. 92.

50 Wie etwa absurde Unterstellungen, lange Wartezeiten für die LKWs an der deutsch-polnischen Grenze seien „eine Antwort Warschaws auf die bisher nicht erfüllten Aufnahme-wünsche in die EU“ und der in den letzten Jahren mehrfach erfolgte Wechsel des Bürgermeisters in Zgorzelec sei jeweils eine Reaktion Warschaws auf die „Deutschlandfreundlichkeit“ der betroffenen Beamten gewesen. Vgl. B. Brosch (Anm. 23).

51 Vgl. D. Bingen (Anm. 6), S. 77.

52 Ireneusz Krzemiński, *Pomiędzy lękiem a podziwem* (Zwischen Angst und Bewunderung), in: *Przegląd Polityczny* (Die politische Review), (1994) 24, S. 130–133.

gung der westdeutschen Demokratie zusammen. Die Befürchtungen sind wiederum historisch begründet: Untersuchungen aus dem Jahre 1992 zeigen, daß die Deutschen am häufigsten als diejenigen betrachtet werden, von denen die Polen „mehr Schlechtes als Gutes“ erfahren haben. Ein deutlich unbefangeneres Verhältnis haben die Polen z. B. zu den Russen⁵³.

Dennoch ist in den letzten Jahren eine spürbare Verbesserung des polnischen Deutschland-Bildes festzustellen. Die Hälfte der polnischen Bevölkerung baut ihr Stereotyp des Deutschen auf der Basis von positiven Eigenschaften auf, wobei nur zwölf Prozent der Polen das gleiche in bezug auf ihre eigenen Landsleute tun⁵⁴. Dies geschieht unabhängig davon, daß im Deutschland der Wieder-

vereinigungsperiode, speziell in den neuen Bundesländern, zumindest in den Jahren 1992/93 der aggressive, oft gewalttätige Antipolonismus bedrohliche Ausmaße erreichte.

Während vor 1989 die deutsch-polnische Zusammenarbeit an den damaligen politischen Rahmenbedingungen scheiterte, scheint sie heute im mentalen Bereich auf die schwierigsten Hindernisse zu stoßen. Ob es angesichts der historischen Belastungen sowie der kulturellen und ökonomischen Unterschiede zwischen den beiden Partnern tatsächlich gelingen wird, eine freundschaftliche Nachbarschaft aufzubauen, hängt also nicht zuletzt von der Arbeit der politischen und kulturellen Eliten der beiden Länder ab⁵⁵.

53 Vgl. ebd.

54 Vgl. G. Bartodziej/A. Hajnicz (Anm. 34), S. 102.

55 Vgl. Anna Wolf-Powęska, Deutsch-polnische Interessengemeinschaft. Chancen und Möglichkeiten, in: H. van der Meulen (Anm. 6), S. 85.

Hans-Heinrich Nolte: Wohin mit Osteuropa? Überlegungen zur Neuordnung des Kontinents

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39/95, S. 3–11

Der Aufsatz zeigt erstens, daß Ostmittel- und Osteuropa, ähnlich wie der Westen des Kontinents, durch eine Vielzahl ethnischer, religiöser und kultureller Grenzen zerteilt wird; er plädiert dafür, solche Grenzen nicht zum Kriterium einer neuen Großgliederung zu machen, da damit Identitätskonflikte provoziert würden. Zweitens wird dargelegt, daß der gesamte Raum in Wirtschaft und Sozialverfassung durch eine Rückständigkeit gekennzeichnet ist, die kaum in Kürze aufgeholt werden kann. Durch das verfehlte sozialistische Experiment wurden in diesem Raum weitere gemeinsame Schwierigkeiten geschaffen. Es bietet sich daher an, die weithin ähnlichen Probleme in einer Wirtschaftsunion zu bearbeiten, die von der Oder zum Pazifik reicht und in der z. B. Polen einen Markt für seine Industrieprodukte finden könnte, den die EU kaum bieten wird. Drittens wird daran erinnert, daß Ostmitteleuropa politisch jahrhundertlang durch die deutsche und die russische Großmacht beherrscht worden ist. Um heute eine Dominierung durch Rußland zu vermeiden, sollten einige der Staaten Ostmitteleuropas, z. B. Polen, in die NATO aufgenommen werden.

Magarditsch A. Hatschikjan: Haßlieben und Spannungsgemeinschaften. Zum Verhältnis von Demokratien und Nationalismen im neuen Osteuropa

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39/95, S. 12–21

Welche Hinweise ergeben sich aus den osteuropäischen Entwicklungen und Erfahrungen der letzten fünf Jahre für das Verhältnis von Demokratie und Nationalismus, für die Wechselwirkungen zwischen Transformationen und Nationalismen? Der Beitrag geht diesen Fragen hauptsächlich unter zwei Gesichtspunkten nach – Nationalstaat und Staatenlandschaft der eine, Demokratie und nationale/ethnische Belange der andere – und fügt einige Überlegungen zu einem dritten – Kultur und Ökonomie – hinzu. Auch im osteuropäischen Regelfall sind heute die Beziehungen zwischen Nation und Demokratie von gleichzeitiger Anziehung und Abstoßung gekennzeichnet – ein Verhältnis, in dem die Interessen beider Seiten weder automatisch zusammenfallen noch sich zwangsläufig entgegenstehen, in dem also beide einander bedürfen und aufeinander angewiesen sind: deswegen Haßlieben und Spannungsgemeinschaften. Es ist ziemlich müßig und dazu noch schädlich, die Probleme, die dieses komplizierte Verhältnis bereitet, durch das Niederzwingen der einen Seite „lösen“ zu wollen – das wird in aller Regel beiden Seiten nicht guttun. Vielmehr kommt es darauf an, eine vernünftige Basis für beider Zusammenleben zu finden, die die Spannungen nicht leugnet und doch die Gemeinschaft hervorhebt.

Paul J. J. Welfens: Die Europäische Union und die mittelosteuropäischen Länder: Entwicklungen und wirtschaftspolitische Optionen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39/95, S. 22–31

Nach Jahrzehnten schwacher Außenhandelsbeziehungen mit Westeuropa – gebremst durch den Gegensatz von Markt- und Zentralverwaltungswirtschaften – haben sich die Voraussetzungen für einen fruchtbaren Handelsaustausch und intensivere Kapitalverkehrsbeziehungen erheblich verbessert: Der Systemwandel in Mittelosteuropa hat zu einer Neuordnung und Neuorientierung in den Außenwirtschaftsbeziehungen geführt. Die Europäische Gemeinschaft, die bereits in den späten achtziger Jahren ihre Handelsbeziehungen mit dem RGW neu strukturierte, hat zu Beginn der neunziger Jahre Europa-Abkommen mit den kleineren Ex-RGW-Staaten und Freihandelsabkommen mit den baltischen Staaten geschlossen. Ungarn, Polen und Rumänien (Bulgarien bereitet es vor) haben 1994 bereits ein Beitritts-gesuch bei der EU eingereicht, die seit Anfang 1995 durch ehemalige EFTA-Mitglieder neue Nettobeitragszahler hat. Angesichts der nunmehr offenen Niedriglohnländer in Mittelosteuropa steht die EU vor neuen strukturellen und wirtschaftspolitischen Herausforderungen. Zugleich sehen sich die Transformationsländer nicht nur mit ihren internen Anpassungsproblemen des Systemwandels konfrontiert, sondern auch mit protektionistischen Maßnahmen der EU, die bei wachsender Mitgliederzahl und größerer Heterogenität ihrer Mitgliedsländer politisch – auch wirtschaftspolitisch – schwerer zu führen ist.

Jerzy Maćków: Die Normalisierung der neuen alten Nachbarschaft. Zum aktuellen Stand der deutsch-polnischen Beziehungen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39/95, S. 32–39

Die Abschaffung des kommunistischen Systems in Polen, die Wiedervereinigung Deutschlands und der Zerfall der Sowjetunion veränderten grundsätzlich die Rahmenbedingungen des deutsch-polnischen Verhältnisses. Die deutsch-polnischen Verträge der Jahre 1990/91 stellten die optimale, Europa-orientierte Antwort auf diese historische Herausforderung dar. Damit gingen – trotz aller Probleme – beeindruckende Fortschritte in der wirtschaftlichen, regionalen und grenznahen Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten und Völkern einher. Ob es angesichts der historischen Belastungen sowie der kulturellen und ökonomischen Unterschiede zwischen den beiden Partnern tatsächlich gelingen wird, eine freundschaftliche Nachbarschaft aufzubauen, hängt nicht zuletzt von den politischen und kulturellen Eliten der beiden Länder ab.